STAATSANZEIGER

FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1976

MONTAG. 19. JANUAR 1976

Nr. 3

Section 5	eite		Seite		Seite
		権 担			
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei	I	Der Hessische Minister der Justiz		burg-Biedenkopf; hier: Hessisches	3
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 12. 1975 bis 29. 12. 1975	98	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	103	rorstamt Biedenkopf Neugliederung der Hessischen Staats- forstverwaltung im Landkreis Mar- burg-Biedenkopf: hier: Hessisches	. 105 - -
Der Hessische Minister des Innern	-	Der Hessische Kultusminister		Forstamt Gladenbach	
Anpassungszuschlag nach Art. VII § 2 des 2. BesVNG; hier: Beamte im einstweiligen Ruhestand	98	Landeskirchensteuerbeschluß der Evangelischen Kirche von Kurhessen- Waldeck für das Rechnungsjahr 1976	103	Neugliederung der Hessischen Staats- forstverwaltung im Landkreis Mar- burg-Biedenkopf; hier: Hessisches Forstamt Wetter	105
Tarifverträge über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte bzw. Arbeiter vom 16 3 1974:		Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik		Neugliederung der Hessischen Staats- forstverwaltung im Landkreis Mar- burg-Biedenkopf; hier: Hessisches Forstamt Katzenbach	•
hier: Anpassung des Wertes der Personalunterkünfte gem. § 4 der o. a. Tarifverträge vom 1. 1. 1976 an	98	Widmung einer Neubaustrecke und Abstufung von Teilstrecken im Zuge der Bundesstraße 457 in der Gemar- kung Bieichenbach der Stadt Orten-		Bekämpfung der Tuberkulose des Rindes; hier: Vergütungen	:
Durchführung des Unterhaltssiche- rungsgesetzes; hier: Gesetz zur Ver- besserung der Haushaltsstruktur vom 18. 12. 1975	99	widmung von Neubaustrecken und Abstufung einer Teilstrecke im Zuge	103	Personalnachrichten Im Bereich des Hessischen Minister-	
Weiterbeschäftigung von Ruhestands- beamten im Angestelltenverhältnis; hier: in den Ruhestand versetzte		der Bundesstraße 457 in der Gemar- kung Langd der Stadt Hungen, Land- kreis Gießen	104	präsidenten — Staatskanzlei Im Bereich des Hessischen Ministers	106
	100	Abstufung einer Teilstrecke der Lan-		des Innern Im Bereich des Hessischen Kultus-	
Schulhaus-Richtlinien	100	desstraße 3234 in der Gemarkung Niedervellmar der Gemeinde Vell-	1	ministers	106
	100	mar, Landkreis Kassel	104	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt	108
Technische Baubestimmungen; hier: Ergänzende Bestimmungen — Fas-	ł	Taunus-Kreis	104	Regierungspräsidenten	
sung November 1975 zu den Richt-	j	Datei der Vermessungs- und Grenz-		DARMSTADT	
linien für die Bemessung von Stahl- betonbauteilen von Kernkraftwerken für außergewöhnliche äußere Bela- stungen" — Fassung Juli 1974 —	101	punkte; hier: Einrichtung weiterer Dateien	104	Verordnung über das Naturschutzge- biet "Reinheimer Teich", Gemar- kung Reinheim, Landkreis Dieburg, vom 19. 12. 1975	٠
Technische Baubestimmungen; hier: KTA Regel 2201.1 Auslegung von Kernkraftwerken gegen seismische		Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt Zuständigkeiten der mit amtlichen			
Einwirkungen Teil 1: Grundsätze — Fassung 6/75	101	tierärztlichen Untersuchungen beauf- tragten Stellen	105	Buchbesprechungen	111
Zulassung von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln	101	forstverwaltung im Landkreis Mar-		Öffentlicher Anzeiger	
Bewilligung von Landeszuwendungen zur Projektförderung des Brand-	103	burg-Biedenkopf; hier: Hessisches Forstamt Marburg	105	Haushaltssatzung und Bekanntma- chung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1975 des Umlandver- bandes Frankfurt	
				The state of the s	

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landess in der Zeit vom 13. 12. 1975 bis 29. 12. 1975	amtes	•	DM DM
Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim sischen Statistischen Landesamt 6200 Wiesbaden, R straße 35/37	hein-	HII — m 10/75 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen Im Oktober 1975 — Vorauswertung — Vorläufige Zahlen	,50
	Preis DM	H II 1 — m 9/75 Binnenschiffahrt in Hessen im September 1975	1,00
C II 1 — j/75 Die Ernte von Rüben, Ölfrüchten und Körnermais 1975	50	LII — m 11/75 Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im	
C II 2 — j/75 Die Gemüseernte 1975	,50	November 1975 L H 2 — vi 1/75	,50
C IV 1 — unreg./75		Die Gemeindefinanzen in Hessen im 1. Vierteljahr 1975	3,50
Die Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 1974	1,00	M I 1 — m 10/75 Erzeugerpreise in Hessen im Oktober 1975	1,50
F II 1 — m 10/75 Erteilte Baugenehmigungen in Hessen im Oktober 1975	,50	M I 2 — m 11/75	
G III 1 — m 10/75		Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im November 1975	2,00
Die Ausfuhr Hessens im Oktober 1975 — Vorläufige Zahlen —	1,00	M I 5 — j/75 Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe in	
G III 3 — m 10/75		Hessen im Jahre 1975	1,00
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Oktober 1975 — Vorläufige Zahlen —	1,00	Wiesbaden, 29. 12. 1975 Hessisches Statistisches Lande	samt
HII — m 6/75 Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juni 1975	1,00	Z 231 — 77 a 241/75	

77

Der Hessische Minister des Innern

Anpassungszuschlag nach Art. VII § 2 des 2. BesVNG;

hier: Beamte im einstweiligen Ruhestand

Nach Art. VII § 2 Abs. 1 des 2. BesVNG wird den Versorgungsempfängern ein Anpassungszuschlag gewährt, wenn sich der durchschnittliche Besoldungsaufwand des Bundes und der Länder innerhalb des Feststellungszeitraumes durch Veränderung, die nicht allgemeine Erhöhungen im Sinne des Art. VII § 1 des 2. BesVNG sind, erhöht.

In der Vergangenheit ist mehrmals die Frage gestellt worden, ob Beamte, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind, Versorgungsempfänger im Sinne des Art. VII § 2 Abs. 1 des 2. BesVNG sind.

Diese Frage ist zu bejahen.

Sinn und Zweck des neuen Anpassungszuschlages ist es, strukturelle Verbesserungen im aktiven Bereich an alle Versorgungsempfänger weiterzugeben. Mit dieser Regelung will man die Versorgungsempfänger an inzwischen eingetretenen strukturellen Verbesserungen im aktiven Bereich beteiligen, an denen sie als Versorgungsempfänger nicht mehr teilnehmen können (z. B. bessere Beförderungsmöglichkeiten, Neuschaffung ruhegehaltfähiger Stellenzulagen usw.).

Ebenso wie der echte Ruhestandsbeamte kann auch der Beamte im einstweiligen Ruhestand nicht an diesen Verbesserungen im aktiven Bereich partizipieren.

Daher sind Beamte, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind, Versorgungsempfänger im Sinne des Art. VII des 2. BesVNG. Bei den ihnen zustehenden Bezügen handelt es sich — mit Ausnahme der Bezüge in den ersten drei Monaten (vgl. § 59 Abs. 1 HBG) — um Versorgungsbezüge, Artikel VII des 2. BesVNG kennt im übrigen nur den Begriff "Versorgungsempfänger", der auch den Versorgungsempfänger im einstweiligen Ruhestand umfaßt.

Entsprechendes gilt auch für Beamte auf Zeit, die sich im einstweiligen Ruhestand befinden. Obwohl diese Beamte in der Regel als Wahlbeamte ein Einzelamt, also kein Laufbahnamt bekleiden und somit eine Beförderung im herkömmlichen Sinne nicht möglich ist, muß auch ihnen der Anpassungszuschlag nach Art. VII § 2 des 2. BesVNG gewährt werden; denn für diese Versorgungsempfänger kann nichts anderes gelten, als für die Inhaber anderer Einzelämter (z. B. Realschullehrer).

Aus gegebenem Anlaß weise ich abschließend darauf hin, daß der Anpassungszuschlag nur bis zu einer erneuten Berufung in ein Beamtenverhältnis gewährt werden kann, da mit der neuen Ernennung zur Begründung eines Beamtenverhältnisses (§ 9 HBG) der Ruhestand endet. Der im einstweiligen Ruhestand erworbene Anpassungszuschlag geht mit der erneuten Berufung unter.

Wiesbaden, 30. 12. 1975 Der Hessische Minister des Innern I B 34 — P 1601 A — 160 StAnz. 3/1976 S. 98

78

Tarifverträge über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte bzw. Arbeiter vom 16. März 1974;

hier: Anpassung des Wertes der Personalunterkünfte gem. § 4 der o. a. Tarifverträge vom 1. Januar 1976 an

B'ezug: Meine Rundschreiben vom 18. März 1974 (StAnz. S. 604) und 28. Mai 1975 (StAnz. S. 1042)

Nach § 4 der Tarifverträge über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte und Arbeiter vom 16. März 1974 sind die in § 3 Abs. 1 und Abs. 4 Unterabs. 3 genannten Beträge jeweils zu demselben Zeitpunkt und um demselben Vomhundertsatz zu erhöhen, um den die nach § 160 Abs. 2 RVO festgesetzten Sachbezugswerte für Wohnung mit Heizung und Beleuchtung für sonstige Beschäftigte im Lande Nordrhein-Westfalen erhöht werden.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat den maßgebenden Bezugswert im Jahre 1976 durch Verordnung vom 25. November 1975 (GVBl. NW S. 666) auf 279,— DM festgesetzt; er ist gegenüber dem im Jahre 1975 maßgebenden Wert von 258,— DM um 8,14 v. H. erhöht worden.

Die um diesen v.-H.-Satz erhöhten Werte der Personalunterkünfte ergeben sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

1. Wert der Personalunterkünfte (§ 3 Abs. 1)

Wert- klasse	Personalunterkünfte	DM je qm Nutzfiicht monatlich
1 2 3 4 5	ohne ausreichende Gemeinschaftselnrichtunger mit ausreichenden Gemeinschaftseinrichtungen mit eigenem Bad oder Dusche mit eigener Toilette und Bad oder Dusche mit eigener Kochnische, Toilette und Bad oder Dusche	5,95 6,81 7,57

2. Wert für die Nutzung einer gemeinschaftlichen Waschmaschine (§ 3 Abs. 4 Unterabs. 3)

An die Stelle des Betrages von "3,— DM" tritt der Betrag von "3,24 DM".

Diese Werte gelten vom 1. Januar 1976 an. Auf etwa nach § 5 der Tarifverträge zu zahlende persönliche Ausgleichsbeträge hat die Erhöhung keinen Einfluß. Die neuen Werte gelten nach § 8 der Tarifverträge zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger bzw. der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe sowie nach § 5 der Tarifverträge über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten für Berufe des Sozialund des Erziehungsdienstes, für medizinische Hilfsberufe und der Medizinalassistenten auch für die von diesen Tarifverträgen erfaßten Personenkreise.

Wiesbaden, 5. Januar 1976

Der Hessische Minister des Innern

1 B 44 P 2100 A — 544
P 2204 A — 68 —
StAnz. 3/1976 S. 98

79

Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG);

hier: Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz — HStrukG) vom 18. 12. 1975 (BGBl. I S. 3091)

Das am 1. Januar 1976 in Kraft tretende Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur enthält u. a. eine die Unterhaltssicherung berührende Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes (Artikel 1 HStrukG).

Der Besoldungsanspruch der Soldaten auf Zeit, die mit einem niedrigeren Dienstgrad als Obergefreiter eingestellt werden (Regelfall), entsteht künftig nicht mehr sofort mit dem Tage der Ernennung, sondern erst nach einer Dienstzeit von 6 Monaten. Während dieser 6 Monate werden sie wie die zum Grundwehrdienst einberufenen Wehrpflichtigen abgefunden, d. h. sie erhalten Leistungen nach dem Wehrsold- und dem Unterhaltssicherungsgesetz, obwohl sie statusmäßig Soldaten auf Zeit sind und deshalb auch nicht unter das Arbeitsplatzschutzgesetz fallen.

Der Anspruch auf Unterhaltssicherung für die Soldaten auf Zeit ist im geltenden Unterhaltssicherungsgesetz begründet; er ergibt sich aus § 1 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. dem Umkehrschluß aus Abs. 2 Satz 1 USG. Eine Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes war daher nicht erforderlich.

Mit dem Inkrafttreten des Haushaltsstrukturgesetzes sind bei der Unterhaltssicherung folgende Gruppen von anspruchsberechtigten Soldaten zu unterscheiden:

- a) Wehrpflichtige, die zum Grundwehrdienst, zu einer Wehrtibung oder zum Wehrdienst in der Verfügungsbereitschaft herangezogen werden und diesen Dienst wie vorgesehen ableisten;
- b) Wehrpflichtige, die nach einem Grundwehrdienst von 6 Monaten zu Soldaten auf Zeit ernannt werden;
- Wehrpflichtige, die nach der Einberufung zum Grundwehrdienst, aber vor Ablauf von 6 Monaten zu Soldaten auf Zeit ernannt werden;
- d) Freiwillige, die sofort bei Eintritt in die Bundeswehr zu Soldaten auf Zeit ernannt werden und dabei keinen höheren Dienstgrad als Gefreiter erhalten.

Bei den Soldaten der Gruppen a) und b) treten keine Änderungen ein; für sie gelten insbesondere die Hinweise 85 und 86 unverändert weiter.

Bei den Soldaten der Gruppe c) und d) ist folgendes zu beachten:

1. Leistungsart (§ 2 USG)

Den Soldaten auf Zeit und ihren Familienangehörigen sind zur Unterhaltssicherung die Leistungen nach § 2 Nr. 1 USG zu gewähren.

2. Beginn des Anspruchs

Der Dienst der Soldaten auf Zeit der Gruppe d) beginnt — anders als bei den einberufenen Wehrpflichtigen — nicht mit dem festgesetzten, sondern mit dem tatsächlichen Dienstantritt. Hinweis 85 ist daher für diese Fälle nicht anwendbar.

Bewerber erhalten von den Freiwilligenannahmestellen der Bundeswehr zu dem Original des Einstellungsschreibens (Aufforderung zum Diensteintritt) eine Durchschrift, die zur Vorlage bei der Unterhaltssicherungsbehörde bestimmt ist (siehe Anlage). Diese Mehrausfertigung ist wie die Durchschrift des Einberufungsbescheides bei Wehrpflichtigen zu behandeln.

Da der Bewerber als Freiwilliger nicht gezwungen ist, dem Einstellungsschreiben Folge zu leisten, muß der tatsächliche Dienstantritt überwacht werden. Den Soldaten auf Zeit wird sofort bei Dienstaufnahme eine Dienstantrittsbescheinigung ausgestellt mit der Aufforderung, sie unverzüglich der Unterhaltssicherungsbehörde zu übersenden. Im Bewilligungsbescheid ist daher in diesen Fällen künftig ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß der Anspruch auf Unterhaltssicherung erst mit dem Tage des tatsächlichen Dienstantritts entsteht. Die Zahlungen sind einzustellen, wenn der Unterhaltssicherungsbehörde die Dienstantrittsbescheinigung nicht innerhalb eines Monats nach dem in dem Einstellungsschreiben (Aufforderung zum Diensteintritt) vorgesehenen Tag des Diensteintritts vorliegt.

3. Ende des Anspruchs (§ 18 USG)

Die Unterhaltssicherungsleistungen sind einzustellen:

- mit dem Ablauf des 6-Monats-Zeitraumes;
 bei der Gruppe c) beginnt der 6-Monats-Zeitraum mit dem
 Tag der Einberufung zum Grundwehrdienst (Hinweis 85);
 oder
- vor Ablauf des 6-Monats-Zeitraumes mit dem Tage, an dem der Soldat aus der Bundeswehr entlassen oder ausgeschlossen wird.

Beispiel 1

Diensteintritt als Freiwilliger laut
Einstellungsschreiben: = 2. 1. 1976
tatsächlicher Dienstantritt: = 2. 1. 1976
USG-Leistungen: vom 2. 1. 1976 bis 30. 6. 1976

Beispiel 2

Diensteintritt als Freiwilliger laut
Einstellungsschreiben: = 2. 1. 1976
tatsächlicher Dienstantritt: = 7. 1. 1976
USG-Leistungen: vom 7. 1. 1976 bis 6. 7. 1976

Beispiel 3

Einberufung als Wehrpflichtiger zum
Grundwehrdienst:
Ubernahme als Soldat auf Zeit:
USG-Leistungen: vom 5. 1. 1976 bis 30. 6. 1976

4. Hinweisänderungen

Die infolge des Haushaltsstrukturgesetzes notwendigen Hinweisänderungen (z. B. Hinweise 2, 62, 85 und 86) werden in Kürze bekanntgegeben.

Wiesbaden, 29. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern I B 62 — 95 b — 02-01 — 2/75 StAnz. 3/1976 S. 99

Anlage

				zi ii i u g o
Freiwilligenan	nahme	***************************************		***************************************
E	Az. 16—20	Tel.	App.	
(Bei Antwortschi	reiben bitte obiges Zei	chen angel	en)	
Herrn	(dient	r derung z nur zur terhaltssic	· Vorlage	e bei der
***********	Uni	ternancesic	ilei diigao	chorus,

*** ***********************************	*****	er der d		
***************************************		9		

Betr.: Einstellung als Freiwilliger in die Bundeswehr

Sehr geehrter Herr

Auf Grund Ihrer Bewerbung ist beabsichtigt, Sie als Soldat auf Zeit in die Bundeswehr einzustellen.

Ich bitte Sie, sich am ______ bei _____ bis 16.00 Uhr in _____ bei _____ zum Diensteintritt zu melden.

Bei Ihrem Diensteintritt erhalten Sie eine Ernennungsurkunde, durch die Sie in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit berufen werden, und eine Mitteilung über die Dauer Ihrer Dienstzeit.

Ihre Dienstzeit wird auf den nach dem Wehrpflichtgesetz zu leistenden Grundwehrdienst angerechnet.

Sie erhalten vom Tage des tatsächlichen Dienstantritts an in den ersten 6 Monaten Ihrer Dienstzeit Bezüge nach dem Wehrsoldgesetz und auf Antrag Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz. Nach dieser Zeit erhalten Sie Dienstbezüge nach dem Bundesbesoldungsgesetz.

Für die Diensteintrittsreise erhalten Sie den Militärgutschein Nr. Gegen Abgabe dieses Gutscheins gibt die Bundesbahn kostenlos

Hochachtungsvoll Im Auftrag

80

Weiterbeschäftigung von Ruhestandsbeamten im Angestelltenverhältnis;

hier: in den Ruhestand versetzte Polizeivollzugsbeamte Bezug: Erlaß vom 22. 3. 1971 (StAnz. S. 628)

Nachdem sich die Personalsituation im Bereich der hessischen Polizei gebessert hat, kann mein Erlaß vom 22. 3. 1971 als überholt angesehen werden. Er wird hiermit aufgehoben. Bestehende Verträge bleiben unberührt.

Wiesbaden, 24. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern III B 41 — 8 b 1

StAnz. 3/1976 S. 100

81

Schulhaus-Richtlinien

Bezug: Mein Erlaß vom 22. November 1973 (StAnz. S. 2162) Giftige Pflanzen können nicht nur für Kinderspielplätze zu Gefahren führen (vgl. Abschn. I Abs. 3 Nr. 3.3 meines Erlasses vom 12. Juni 1975 — StAnz. S. 1141), sondern auch für Pausenhöfe der Schulen, sofern sie auf diesen oder in ihrer Nähe angepflanzt werden. Das gilt um so mehr, als verschiedene Schulträger die Pausenhöfe nachmittags zum Spielen von Kindern freigeben. Für die Pausenhöfe müssen somit insoweit die gleichen Anforderungen gelten, die für Kinderspielplätze gestellt sind.

Der Nr. 2.2.2 der Schulhaus-Richtlinien werden daher folgende Sätze 4 und 5 angefügt:

"Bepflanzungen auf und in der Nähe der Pausenhöfe dürfen nicht giftig sein. Eine Zusammenstellung giftiger Pflanzen enthält die Anlage zu dem Erlaß über Kinderspielplätze im Baurecht vom 12. Juni 1975 (StAnz. S. 1141), auf die verwiesen wird."

Wiesbaden, 14. 11. 1975

Der Hessische Minister des Innern V A 1/V A 4 — 64 c 20 — 17/75 StAnz. 3/1976 S. 100

82

Bauaufsichtliche Behandlung von Verpreßankern für bleibende Verankerungen (Daueranker)

1. Verpreßanker gelten als neue Bauarten; ihre Verwendung bedarf daher nach § 6 Abs. 2 Bauaufsichtsgesetz im Einzelfall meiner Zustimmung, sofern nicht eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung erteilt ist.

In den bisher erteilten Zulassungen für Verpreßanker für bleibende Verankerungen (Daueranker) ist bestimmt, daß solche Verpreßanker in Bauteilen, deren Standsicherheit ohne Mitwirkung von Verpreßankern kleiner als 1,2 ist, regelmäßiger Nachprüfungen auch nach dem Einbau bedürfen, wenn das Versagen der Verpreßanker zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung führen kann. Einzelheiten sind aus den Besonderen Bestimmungen der Zulassungsbescheide bzw. den Auflagen der Zustimmung zu ersehen.

2. Um die Beachtung dieser Auflage zu sichern, ist der unteren Bauaufsichtsbehörde mit dem Standsicherheitsnachweis ein Nachprüfungsvertrag mit einer in der Anlage genannten Prüfstelle vorzulegen. Der Nachprüfungsvertrag genügt den Anforderungen, wenn der Umfang und die Zeitabstände der Nachprüfungen den im Zulassungsbescheid genannten entsprechen und die Prüfstelle sich verpflichtet, der Bauaufsichtsbehörde die Ergebnisse der einzelnen Nachprüfungen mit einer zusammenfassenden Beurteilung zu übergeben und die Bauaufsichtsbehörde unverzüglich zu unterrichten, wenn Schäden erkannt werden, die zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung führen können. Ferner muß sich die Prüfstelle in dem Vertrag verpflichten, die Bauaufsichtsbehörde unverzüglich zu verständigen, wenn die in der Zulassung festgelegten Nachprüfungen aus irgendeinem Grunde (z. B. Beendigung des Vertrags, Verhalten des Eigentümers, Unvermögen der Prüfstelle) nicht durchgeführt werden können.

Soweit bei den Nachprüfungen Schäden bekannt werden, hat die Bauaufsichtsbehörde den Hessischen Minister des Innern zu verständigen.

3. Sofern Verpreßanker für bleibende Verankerungen oder Teile von ihnen in benachbarten Grundstücken liegen sollen, sind Vorkehrungen zu treffen, daß durch Veränderungen an dem benachbarten Grundstück, z. B. Abgrabungen, Veränderung der Grundwasserverhältnisse, die Standsicherheit dieser Daueranker nicht gefährdet wird.

In solchen Fällen darf die Baugenehmigung erst erteilt werden, wenn durch eine beschränkt-persönliche Dienstbarkeit zugunsten des Landes Hessen und eine Grunddienstbarkeit nach den Vorschriften der §§ 1090 ff. und 1018 ff. BGB rechtlich gesichert ist, daß der Eigentümer des betroffenen Grundstücks Veränderungen in dem Bereich, in dem Daueranker liegen, nur vornehmen darf, wenn vorher der unteren Bauaufsichtsbehörde nachgewiesen ist, daß die Standsicherheit der Daueranker und der durch sie gesicherten Bauteile nicht beeinträchtigt wird.

4. Schließt eine Genehmigung nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften (z. B. nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz) die Baugenehmigung ein, hat die Bauaufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Mitwirkung entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 17. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern V A 21 — 64 b 08/27 — 20/75 StAnz. 3/1976 S. 100

Anlage

Mit der Durchführung der Nachprüfungen sind folgende Prüfanstalten zu betrauen:

Amtliche Forschungs- und Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen, Otto-Graf-Institut, an der Universität Stuttgart 7000 Stuttgart 80, Pfaffenwaldring 4

Bundesanstalt für Wasserbau Karlsruhe 7500 Karlsruhe 21, Hertzstr. 16

Deutsche Forschungsgesellschaft für Bodenmechanik (Degebo) Berlin

1000 Berlin 12, Jebenstr. 1

Erdbaulaboratorium Essen, Prof. Dr.-Ing. Schmidbauer Nachf. 4300 Essen, Susannastr. 31

Institut für Bodenmechanik TU Hannover 3000 Hannover, Callinstr. 15

Institut für Bodenmechanik und Felsmechanik, Universität Karlsruhe

7500 Karlsruhe 1, Richard-Willstätter-Allce

Institut für Bodenmechanik und Grundbau der TH Darmstadt 6100 Darmstadt, Hochschulstr. 1

Institut für Grundbau- und Bodenmechanik, TU München 8000 München 2, Arcisstr. 21

Institut für Verkehrswasserbau, Grundbau und Bodenmechanik, TH Aachen

5100 Aachen, Mies-von-der-Rohe-Straße

Landesgewerbeanstalt Bayern, Grundbauinstitut, Nürnberg 8500 Nürnberg, Gewerbemuseumsplatz 2

Lehrstuhl für Grundbau und Bodenmechanik an der TU Braunschweig

3300 Braunschweig, Gausstr. 2

Lehrstuhl für konstruktiven Ingenieurbau V Grundbau und Bodenmechanik der Universität Bochum 4630 Bochum-Querenburg, Universitätsstr. 150

Erdbaulaboratorium Prof. Dr.-Ing. Karl Steinfeld 2000 Hamburg 50, Alte Königstr. 3

83

Technische Baubestimmungen;

hier: Ergänzende Bestimmungen — Fassung November 1975 — zu den "Richtlinien für die Bemessung von Stahlbetonbauteilen von Kernkraftwerken für außergewöhnliche äußere Belastungen" — Fassung Juli 1974 —

1. Die nachfolgend abgedruckten Ergänzenden Bestimmungen — Fassung November 1975 — zu den "Richtlinien für die Bemessung von Stahlbetonbauteilen von Kernkraftwerken für außergewöhnliche äußere Belastungen" — Fassung Juli 1974 — werden hiermit nach § 29 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung als Technische Baubestimmung bauaufsichtlich eingeführt.

Sie ersetzen die Abschnitte 7.1.1 und 7.1.2 der "Richtlinien für die Bemessung von Stahlbetonbauteilen von Kernkraftwerken für außergewöhnliche äußere Belastungen" — Fassung Juli 1974 —, die mit Erlaß vom 23. April 1975 (StAnz. S. 888) bauaufsichtlich eingeführt wurden.

2. Das Verzeichnis der für die Bauaufsicht im Lande Hessen eingeführten Technischen Baubestimmungen, bauaufsichtlich bekanntgemacht am 1. Dezember 1975 (StAnz. S. 2046), ist in Abschnitt 3.4 lfd. Nr. 4 entsprechend zu ergänzen.

3. Die Ergänzenden Bestimmungen werden außerdem in den Mitteilungen Nr. 1/1976 des Instituts für Bautechnik abgedruckt, die beim Verlag Wilhelm Ernst und Sohn, Berlin, bezogen werden können.

Wiesbaden, 22, 12, 1975

Der Hessische Minister des Innern V A 21 — 64 b 16/19 — 2/75 StAnz. 3/1976 S. 101

Ergänzende Bestimmungen — Fassung November 1975 — zu den "Richtlinien für die Bemessung von Stahlbetonbauteilen von Kernkraftwerken für außergewöhnliche äußere Belastungen" — Fassung Juli 1974 —

Die Abschnitte 7.1.1 und 7.1.2 der Richtlinien für die Bemessung von Stahlbetonbauteilen von Kernkraftwerken für außergewöhnliche äußere Belastungen — Fassung Juli 1974 — werden aufgehoben und durch folgenden Text ersetzt:

7.1.1 Mindestbewehrung

In tragenden, überwiegend auf Biegung beanspruchten Bauteilen muß die Zugkraft, die bei Ausfall der Betonzugzone (Übergang von Zustand I in Zustand II) frei wird, im Zustand II durch Bewehrung aufgenommen werden. Die Bewehrung darf höchstens bis zur Streckgrenze β_s ausgenutzt werden. Als Betonzugfestigkeit β_{bz} ist 11.10 $^{-8}$ E_b anzusetzen.

Für die Biegezugbewehrung in Rechteckquerschnitten ergibt sich der auf den Gesamtquerschnitt bezogene Bewehrungsgrad

min
$$\mu_0 = 2.2 \cdot 10^{-6} \frac{E_b}{\beta_8}$$

Der Elastizitätsmodul E_b ist DIN 1045, Tabelle 11, zu entnehmen.

Bei Biegung mit Normalkraft ist der Mindestbewehrungsgrad durch Multiplikation mit einem Faktor zu verändern, der sich aus dem Verhältnis der Fläche des Zugkeils unter Biegung mit Normalkraft zur Fläche des Zugkeils unter reiner Biegebeanspruchung jeweils im Zustand I und bei ausgenutzter Betonzugfestigkeit ergibt.

7.1.2 Maximalbewehrung

Zur ausreichenden plastischen Verformbarkeit der Bauteile wird für den Nullinienbeiwert \mathbf{k}_x gefordert:

$$k_x \le 0.41 - 0.33$$
 n mit $n = \frac{N}{\beta_R \cdot F_b}$

N ist nur zu berücksichtigen, wenn es eine Druckkraft ist und negativ einzusetzen. Die maximale Betonrandstauchung eb ist nach DIN 1045, Bild 13, anzunehmen. Die maximale Bewehrung folgt hieraus zu:

$$\max \mu = \mu' + \frac{\beta_R}{\beta_S} \cdot (a + bn)$$

wobei a und b von der Querschnittsform abhängen. Für (a + bn) < 0 muß der Querschnitt symmetrisch bewehrt werden.

Für das Beispiel des Rechteckquerschnitts folgen die Konstanten a und b durch Auswertung der gegebenen Bedingungen für k_x zu

$$a = 0.30$$
 $b = 0.76$

Für n < - 0,40 ist beim Rechteckquerschnitt symmetrische Bewehrung erforderlich; für Bügel gelten dann die Bestimmungen des Abschnitts 7.2 dieser Richtlinie. Bei Bauteilen mit höheren Bewehrungsprozentsätzen muß das eingesetzte Dämpfungsmaß im Einzelfall nachgewiesen werden.

84

Technische Baubestimmungen;

hier: KTA Regel 2201.1

Auslegung von Kernkraftwerken gegen seismische Einwirkungen

Teil 1: Grundsätze - Fassung 6/75

- Die KTA Regel 2201.1 Auslegung von Kernkraftwerken gegen seismische Einwirkungen Teil 1: Grundsätze — Fassung 6/75 — wird hiermit nach § 29 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung als Technische Baubestimmung bauaufsichtlich eingeführt.
- 2. Bei Anwendung der KTA Regel 2201.1 ist folgendes zu beachten:
- 2.1 Für die Bemessung von Stahlbetonbauteilen wird auf die "Richtlinien für die Bemessung von Stahlbetonbauteilen von Kernkraftwerken für außergewöhnliche äußere Belasfungen" Fassung Juli 1974 —, bauaufsichtlich eingeführt am 23. April 1975 (StAnz. S. 888) und die Ergänzenden Bestimmungen zu vorgenannten Richtlinien Fassung November 1975 —, bauaufsichtlich eingeführt am 22. Dezember 1975 (StAnz. 1976 S. 106) verwiesen.
- Das Verzeichnis der für die Bauaufsicht im Lande Hessen eingeführten Technischen Baubestimmungen, bauaufsichtlich bekanntgemacht am 1. Dezember 1975 (StAnz. S. 2246), ist in Abschnitt 3.8 entsprechend zu ergänzen.
- Die KTA Regel 2201.1 wurde im Bundesanzeiger Nr. 130 vom 19. Juli 1975 abgedruckt und kann im Carl Heymanns-Verlag in Köln bezogen werden.

Wiesbaden, 22. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern V A 21 — 64 c 22 — 17/75 StAnz. 3/1976 S. 101

85

Zulassung von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln

Bezug: Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln vom 6. 11. 1956 (StAnz. S. 1203)

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat nach Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen auf Vorschlag der amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und -geräte in Münster die in der Anlage aufgeführten Feuerlöschgeräte und Feuerlöschmittel für die Herstellung und den Vertrieb innerhalb der Bundesrepublik Deutschland neu zugelassen. Zugelassene Feuerlöschgeräte müssen zum Vertrieb im Inland mit dem vorgeschriebenen Zulassungsvermerk versehen sein.

Auf Grund der genannten Verwaltungsvereinbarung gelten die Zulassungen auch für den Bereich des Landes Hessen.

Wiesbaden, 5. 1. 1976

Der Hessische Minister des Innern VI 57 — 65 f — 02 — 3 StAnz. 3/1976 S. 101

	Zugelassen für Brandklasse			ABCE.	ABCE. • bis 1000 V	D• • nur mit Pulverbrause w in	tem 50 kg, ruge- thr-	: -!	sin No kg, nuge- hr- ksch-	ط <u>ا</u>	o kg, kr- kch-	
		₹	∢	• P.	AB(PL-2/75 D. Pul	faten mit ein halt bis zu 22 geprüft und 2 vie in Löschie n ortsfesten L	AB lel darf nur ir	halt bis zu 25 geprüft und z re in Löschla	endet werden AB el derf nur in älen mit eine	half his zu 23(Pprüff und zu ie in Löschfel ortsfesten Lö möst werden	
	Zulassungs- Kenn-Nr.	P 1 – 12/75	P 1 – 13/75	P2-4/75	P 2 - 5/75	PL-2/75 Das Löschmit Fennedocckund	reuentoscopetaten mit einem Löschmittelinbalt bis zu 250 kg, mit denen es geprüf und zuge-Jassen ist, sowie in Löschfahrzeugen und in ortsetsten Lösch-Anlagen veryender verden.	P L ~ 5/75 AB Das Loschmittel darf nur in Fenorifischmankten mit	Löwchmittelinhall bis zu 250 kg, mit denen es geprült und zuge- lassen ist, sowie in Löschlahr- zeugen und in ortsfesten Lösch-	antagen verwendet worden. P L = 9/75 AB Das Löschmittel darf nur in Fenerlöschgeräten mit einem	Lost mutelinhali bis zu 250 kg, mil denen es geprüft und zuge- lessen ist, sowie in Löschah- zeugen und in orisiesten Lasch- anlagen verwendet werden.	
	Feuerlöschgezäte Feuerlöschnüttel al Hest-Tvobezeichnung	b) Bauart-Kurzzeichen "Favorit"-Wasserlöscher DIN Wasser 10	", Favorit"-Wasserlöscher DIN Wasser 10 a) FW 10 (b) W 10 H I - 30	"Total" Kraitiahızeug- Pulverlisscher a) GA 2 b) PG 2L	"Cosmos"-Kraitahrzeug- Pulveriöscher a) GA 2. b) PG 2.L	"Minimax"-Sonder-Löschpulver "Mela-Troxin" a) META-TROXIN	·	ਜ	a) Tulogen FP	Schaumniltel "Expyrol F 15 - Konzentral" (Schwer und Mittellschaum) Expyrol F 15, Konzentral"		
	Ld. Hersteller Nr.	23. 10, 1975 10 Favorit Feuerschutz GmbH. 4600 Dortzmund Münsterstr. 121	11 Favori Feuerschutz GmbH. 4600 Dortmund Münsterstr, 121	12 Total Foerstner & Co. 6800 Ladenburg	13 Cosmos Feuerlöschgerätebau GmbH, 6800 Mannheim 1 Bachstr, 5-7	14 Minimax GmbH. 2060 Bad Oldesloe Industriestr. 10/12		15 Hoechst AG 6230 Frankfurt (M) 80		16 Hoechst AG 6230 Franklurt (M) 80		
								-	+	H		
Anlage	Zugelassen für Brandklasse	ABCE.	P.L11/74 BCE Dos Löschmittel darf nur in den Gerälen verwendet werden, mit denet set (vrocenrift und zunahssen	ABCE:	*cher dari nur für Bundespost herge- artrieben warden.	ABCE • • bis 1000 V • cher darf nu für Bundrspost herge-	AB		ABCE. • bis 1000 V	ABCE.	ABCE.	ABCE. * bis 1000 V
	Zulassungs- Kenn-Nr.	P1-11/75	P.L11/74 BCE Des Löschmittel darf nur in den Geräten verwendet werden, mit denen es tyrotenritt und zune	ist. P 1 – 19/73	" bis 10 Der Feuerlöscher darf nur für Zwecke der Bundespost herge stellt und vertrieben warden.	P 1 – 20/73 ABCE* • bis 1000 V Der Fruerlöscher darf nur für Zwecke der Bundrapost herge- stellt und vertrisben werden.	P 2 - 1/75		P1-1/75	P 1 - 2/75	P1-375	P1-475
	Feuerlöschgerate Feuerlöschmittel a) HerstTypbezeichning b) Bauart-Kuzzeichen	"Europa"-Pulverlöscher DIN Pulver 1 a) P 1 GN (europa) b) PG 1 L	Normal-Löschpulver "FUREX BCE 350" a) FUREX BCE 330	"Bavarja"-Pulvaričscher Din Beleva	a) PTZ6 kg b) PG 6 H	"Bavaria"-Pulvartisacher bin Pulvar 12 b) PG 12 H	"Gloria"-Schaum-Sonderlöscher a) Wi 10 LW b) S 10 Hn		"Total"-Pulverlöscher DIN Pulver 6 a) GA 6 b) PG 6 L	"Total"-Pulver)sscher DIN Pulver 12 a) GA 12 b) PG 12 L	"Coamos"-Pulverloscher DIN Pulver 6 a) GA 6 (Cosmos od, Komet) b) PC 6 L	"Cosmos"-Pulver!dscher DRN Pulver 12 4] GA 12 (Cosmos od. Korset) b) PG 12 L
Zulzssungen	. Flersteller	19. 3. 1975 MECO-Metallyverarbaitungs- Companie GmbH, 4178 Kevelaur Sonnenstr, 16	15. 4. 1975 Weinstock & Siebert 4000 Düsseldorf Am Karlshof 10	22. 4, 1975 Bavaria Feueriösch-Apparaiabau	8500 Nümberg 10 Veillodlerstr. 1	Bavari Feuerlösch-Apparalebau 8500 Nürnberg 10 Veillodterstr. 1	Gloria-Werke H. Schulle-Frankenfeld AG 4724 Waderslob/Westf.	11. 7. 1975	Total Foerstner & Co, 6802 Ladenburg	Total Perstner & Co. 6802 Ladenburg	Cosmos Feuerlösch- gerktebau GmbH. 6800 Mannhelm 1 Bachstr. 5-7	Cosmos-Fenerlosche geratebau GmbH. 6800 Mambalm 1 Bachstr. 5-7
콩	žë.	+	64	က		~	40		eo.	~	60	CP CP

Bewilligung von Landeszuwendungen zur Projektförderung des Brandschutzes

Aus gegebener Veranlassung mache ich darauf aufmerksam, daß bei Zuwendungen des Landes an Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Projektförderung des Brandschutzes die Bestimmungen der Vorläufigen Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) vom 9. August 1974 (StAnz. S. 1562) unbedingt zu beachten sind. Insbesondere weise ich auf Nr. 18.1 in Verbindung mit Nr. 1.3 der Vorschriften zu § 44 — Zuwendungen, Verwaltung von Mitteln oder Vermögensgegenständen — (StAnz. S. 1572) hin, nach denen nur dann eine Landeszuwendung bewilligt werden

kann, wenn die zu fördernden Vorhaben noch nicht begonnen bzw. noch nicht beschafft worden sind.

Ich bitte die Herren Landräte und die Herren Regierungspräsidenten, bei der Bearbeitung von Zuwendungsanträgen sorgfältig zu prüfen, ob diese Voraussetzungen vorliegen. Sollten Vorhaben, für die Zuwendungen beantragt werden, bereits in die Wege geleitet oder abgeschlossen worden sein, sind diese Anträge abzulehnen.

Die Brandversicherungen in Darmstadt, Kassel und Wiesbaden bitte ich, entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 22, 12, 1975

Der Hessische Minister des Innern VI 51 — 65c — 06

StAnz. 3/1976 S. 103

87

Der Hessische Minister der Justiz

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der am 9. 11. 1973 von dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main I in Frankfurt (Main) für den Hauptsekretär im JVD Paul Schneider ausgestellten Dienstausweis Nr. A 152 ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 24. 12. 1975

Der Hessische Minister der Justiz 2000 E — IV/2 — 2038/75

StAnz. 3/1976 S. 103

88

Der Hessische Kultusminister

Landeskirchensteuerbeschluß der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck für das Rechnungsjahr 1976

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) in der Fassung vom 25. September 1968 (GVBl. I S. 268) genehmige ich den von der Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck am 4. Dezember 1975 beschlossenen Landeskirchensteuerbeschluß für das Rechnungsjahr 1976:

- Für das Rechnungsjahr 1976 wird als Landeskirchensteuer erhoben
 - a) ein Zuschlag von 9% zur Einkommenssteuer (Lohnsteuer),
 - b) ein besonderes Kirchgeld von Kirchensteuerpflichtigen, deren Ehegatte keiner steuerberechtigten Kirche angehört (Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe).

- Die Landeskirchensteuer aus dem Zuschlag zur Einkommensteuer kann auf Antrag auf 4 vom Hundert des zu versteuernden Einkommensbetrages ermäßigt werden.
- An dem Aufkommen der Landeskirchensteuer zu 1. sind die Kirchengemeinden in Höhe von mindestens 30 vom Hundert zu beteiligen. Das übrige Aufkommen ist zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltsplanes der Landeskirche zu verwenden.

Das Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe bemißt sich nach der Tabelle zu § 2 Abs. 2 d der Kirchensteuerordnung für die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 6. November 1968 (StAnz. S. 1929) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 22. Januar 1974 (StAnz. S. 770).

Wiesbaden, 19. 12. 1975

Der Hessische Kultusminister

V C 5 — 873/6/4 — 2

StAnz. 3/1976 S. 103

89

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Widmung einer Neubaustrecke und Abstufung von Teilstrecken im Zuge der Bundesstraße 457 in der Gemarkung Bleichenbach der Stadt Ortenberg, Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Bundesstraße 457 in der Gemarkung Bleichenbach der Stadt Ortenberg im Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Strecke

von km 54,015 neu (bei km 54,015 alt)
bis km 54,902 neu (bei km 55,053 alt) = 0,887 km

erhält mit Wirkung vom 1. Januar 1976 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 457 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 1. Oktober 1974 — BGBl. I S. 2414 —).

2. Die bisherigen Teilstrecken der Bundesstraße 457

von km 54,015 alt (bei km 54,015 neu) bis km 54,710 alt (am Bahnübergang)

= 0,695 km

von km 54,730 alt (am Bahnübergang) bis km 55,053 alt (bei km 54,902 neu)

= 0.323 km

haben die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren (§ 2 Abs. 4 FStrG) und werden mit Wirkung vom 1. Januar 1976 in die

Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast für die abgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Ortenberg über (§ 43 HStrG).

Rechtsbeheilfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 29. 12. 1975

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 3/1976 S. 103

Widmung von Neubaustrecken und Abstufung einer Teilstrecke im Zuge der Bundesstraße 457 in der Gemarkung Langd der Stadt Hungen, Landkreis Gießen, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die in der Gemarkung Langd der Stadt Hungen im Landkreis Gießen, Regierungsbezirk Darmstadt, im Zuge der Bundesstraße 457 neugebauten Strecken

von km 0,930 neu (bei km 0,930 alt) bis km 1,355 neu (bei km 1,360 alt)

vom 1. Oktober 1974 — BGBl. I S. 2414 —).

= 0,425 km

von km 1,368 neu (bei km 1,379 alt) bis km 1,893 neu (bei km 2,117 alt) = 0,525 kmerhalten mit Wirkung vom 1. Januar 1976 die Eigenschaft einer Bundesstraße und werden Bestandteil der Bundesstraße 457 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG]

2. Die bisherige Teilstrecke der Bundesstraße 457 von km 1,379 alt bis km 2,117 alt

= 0,738 kmhat die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren (§ 2 Abs. 4 FStrG) und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1976 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 -).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Hungen über (§ 43 HStrG).

Die weitere durch die Neubaustrecke ersetzte alte Teilstrecke der Bundesstraße 457 ist für den Verkehr entbehrlich geworden und gilt nach § 2 Abs. 6 a FStrG durch die Sperrung als eingezogen.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Nieder-schrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 29. 12. 1975

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 3/1976 S. 104

91

Abstufung einer Teilstrecke der Landesstraße 3234 in der Gemarkung Niedervellmar der Gemeinde Vellmar, Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel

Die in der Gemarkung Niedervellmar der Gemeinde Vellmar im Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel, gelegene alte Landessiraße 3234

von km 1,003 alt (bei km 2,160 der L 3386)

bis km 1,583 alt (bei km 2,075 der L 3234 neu) = 0,580 km

einschließlich der getrennten 2. Fahrbahn von km 1,105 alt bis km 1,215 alt

= 0.110 kmhat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1976 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Vellmar über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 29. 12. 1975

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik IV a 2 -- 63 a 30

StAnz. 3/1976 S. 104

92

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 797 zur Gemeindestraße in der Gemarkung Altenhain, Main-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt

Nach Fertigstellung und Verkehrsübergabe der Neubaustrecke zwischen der alten Kreisstraße 798 und der Bundesstraße 519 hat die in der Gemarkung Altenhain im Main-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, gelegene Teilstrecke der Kreisstraße 797

von km 1,600 alt (bei km 0,003 der K 798 alt) bis km 1,800 alt

0,200 km

die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren. Sie wird mit Wirkung vom 1. Januar 1976 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG]) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Altenhain über (§ 43 HStrG).

Rechtbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt (Main), Schumannstraße 2, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Nicderschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben wer-

Wiesbaden, 29. 12. 1975

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 3/1976 S. 104

93

Datei der Vermessungs- und Grenzpunkte (VG-Datei);

hier: Einrichtung weiterer Dateien

Bezug: Mein RdErlaß vom 17. 12. 1974 (StAnz. 1975 S. 101, ergänzt S. 233)

Für die folgenden Katasteramtsbezirke wurden entsprechend dem Bezugserlaß inzwischen VG-Dateien als Bestandteile des Liegenschaftskatasters bei den KGRZ eingerichtet:

Bad Homburg,

Dieburg,

Frankfurt (M.),

Frankfurt (M.)-Höchst,

Gelnhausen.

Heppenheim,

Michelstadt,

Schlüchtern.

Usingen.

Ich bitte, die Anlage des Bezugserlasses entsprechend zu er-

Wiesbaden, 5. 1. 1976

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik IV c 2 — K 1100 A — 140 StAnz. 3/1976 S. 104

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Zuständigkeiten der mit amtlichen tierärztlichen Untersuchungen beauftragten Stellen

Bezug: Erlaß vom 8. April 1975 (StAnz. S. 797)

Der Bezugserlaß wird wie folgt geändert:

- Nach Nr. 2.2.2.3 wird folgende Nummer eingefügt: "2.2.2.4 Psittakosediagnostik im Rahmen veterinärpolizeilicher Einfuhrgenehmigungen".
- Nr. 2.3.1.5 erhält folgende Fassung: "2.3.1.5 Psittakosediagnostik im Rahmen veterinärpolizeilicher Einfuhrgenehmigungen".
- 3. In Nr. 2.5.1 werden
 - a) die Worte "Kreis Marburg-Biedenkopf" gestrichen und
 - b) nach den Worten "Stadt Gießen" ein Komma und die Worte "Regierungsbezirk Kassel" eingefügt.
- 4. Nr. 2.5.2 und Nr. 2.5.2.1 werden ersatzlos gestrichen. Dieser Erlaß tritt am 2. Januar 1976 in Kraft.

Wiesbaden, 18. 12. 1975

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
IV A 3 — 7 b 02/11 — 3405/75
StAnz. 3/1976 S. 105

95

Neugliederung der Hessischen Staatsforstverwaltung im Landkreis Marburg-Biedenkopf;

hier: Hessisches Forstamt Marburg

Mit Erlaß vom 10. Dezember 1975 — III A 1 — 2350 — O 02 (n. v.) habe ich nach § 57 Abs. 1 i. V. m. § 34 Abs. 1 HessForstG die Neugliederung des Hessischen Forstamtes Marburg mit Wirkung vom 1. Januar 1976 wie folgt angeordnet:

- 1. Das Forstamt Marburg-Süd wird aufgelöst.
- Der Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Marburg umfaßt die Gemeindebezirke Marburg, Weimar und Fronhausen.
- Das Forstamt Marburg gliedert sich künftig in folgende acht Revierförstereien:
- 3.1 Revierförsterei Cappel,
- 3.2 Revierförsterei Spiegelslust,
- 3.3 Revierförsterei Bauerbach,
- 3.4 Revierförsterei Weimar,
- 3.5 Revierförsterei Tannenberg,
- 3.6 Revierförsterei Elnhausen,
- 3.7 Revierförsterei Wehrda,
- 3.8 Revierförsterei Fronhausen.
- 4. Die Revierförstereien Weimar und Wehrda werden neu eingerichtet.
- 5. Das Forstamt Marburg-Nord wird in "Hessisches Forstamt Marburg" umbenannt.
- 6. Die bisherigen Revierförstereien Hachborn und Weimar werden in "Hessische Revierförsterei Fronhausen" und "Hessische Revierförsterei Tannenberg" umbenannt.

Wiesbaden, 12. 12. 1975

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt III A 1 — 2350 — O 02
StAnz. 3/1976 S. 105

96

Neugliederung der Hessischen Staatsforstverwaltung im Landkreis Marburg-Biedenkopf;

hier: Hessisches Forstamt Biedenkopf

Mit Erlaß vom 10. Dezember 1975 — III A 1 — 2351 — O 02 — (n. v.) habe ich nach § 57 Abs. 1 i. V. m. § 34 Abs. 1 HessForstG die Neugliederung des Hessischen Forstamtes Biedenkopf mit Wirkung vom 1. Januar 1976 wie folgt angeordnet:

 Der Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Biedenkopf umfaßt den Gemeindebezirk Biedenkopf und die Staatswaldabteilungen 7—13, 21—25, 28, 33, 47 und 50 aus dem Gemeindebezirk Dautphetal sowie die Staatswaldabteilungen 74—82 aus dem Gemeindebezirk Wetter.

- Das Forstamt Biedenkopf gliedert sich künftig in folgende sechs Revierförstereien:
- 2.1 Revierförsterei Wallau,
- 2.2 Revierförsterei Dexbach,
- 2.3 Revierförsterei Kombach,
- 2.4 Revierförsterei Ludwigshütte,
- 2.5 Revierförsterei Biedenkopf,
- 2.6 Revierförsterei Schwarzenberg.

Wiesbaden, 12. 12. 1975

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt III A 1 — 2351 — O 02 StAnz. 3/1976 S. 105

97

Neugliederung der Hessischen Staatsforstverwaltung im Landkreis Marburg-Biedenkopf;

hier: Hessisches Forstamt Gladenbach

Mit Erlaß vom 10. Dezember 1975 — III A 1 — 2312 — O 02 — (n. v.) habe ich nach § 57 Abs. 1 i. V. m. § 34 Abs. 1 Hess. ForstG die Neugliederung des Hessischen Forstamtes Gladenbach mit Wirkung vom 1. Januar 1976 wie folgt angeordnet:

- Der Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Gladenbach umfaßt die Gemeindebezirke Gladenbach, Bad Endbach und Lohra.
- Das Forstamt Gladenbach gliedert sich künftig in folgende sieben Revierförstereien:
- 2.1 Revierförsterei Günterod,
- 2.2 Revierförsterei Dernbach,
- 2.3 Revierförsterei Runzhausen,
- 2.4 Revierförsterei Gladenbach,
- 2.5 Revierförsterei Mornshausen,
- 2.6 Revierförsterei Lohra-Nord,
- 2.7 Revierförsterei Lohra-Süd.
- 3. Die Revierförsterei Seibertshausen bleibt als Übergangslösung bis zur Inruhestandsversetzung des Stelleninhabers bestehen.
- 4. Die Revierförsterei Wommelshausen wird aufgelöst.
- Die bisherigen Revierförstereien Sinkershausen, Lohra-West und Lohra-Ost werden in "Hess. Revierförsterei Gladenbach", "Hess. Revierförsterei Lohra-Süd" und "Hess. Revierförsterei Lohra-Nord" umbenannt.

Wiesbaden, 12, 12, 1975

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt III A 1 — 2319 — O 02 StAnz. 3/1976 S. 105

98

Neugliederung der Hessischen Staatsforstverwaltung im Landkreis Marburg-Biedenkopf;

hier: Hessisches Forstamt Wetter

Mit Erlaß vom 10. Dezember 1975 — III A 1 — 2332 — O 02 — (n. v.) habe ich nach § 57 Abs. 1 i. V. m. § 34 Abs. 1 HessForstG die Neugliederung des Hessischen Forstamtes Wetter mit Wirkung vom 1. Januar 1976 wie folgt angeordnet:

- 1. Das Forstamt Burgwald wird aufgelöst.
- Der Zuständigkeitsbereich des Hessischen Forstamtes Wetter umfaßt die Gemeindebezirke Münchhausen, Lahntal, Cölbe und Wetter abzüglich der Staatswaldabteilungen 74 bis 82.
- Das Forstamt Wetter gliedert sich künftig in folgende acht Revierförstereien:
- 3.1 Revierförsterei Cölbe,
- 3.2 Revierförsterei Oberrosphe,
- 3.3 Revierförsterei Mellnau,
- 3.4 Revierförsterei Christenberg,
- 3.5 Revierförsterei Münchhausen,
- 3.6 Revierförsterei Warzenbach,

- 3.7 Revierförsterei Lahntal,
- 3.8 Revierförsterei Wetter.
- Die Revierförstereien Hauwald, Caldern, Treisbach und Simtshausen werden aufgelöst. Die Revierförstereien Wetter und Münchhausen werden neu eingerichtet.
- Die bisherigen Revierförstereien Münchhausen, Reddehausen und Sterzhausen werden in "Hessische Revierförsterei Christenberg", "Hessische Revierförsterei Cölbe" und "Hessische Revierförsterei Lahntal" umbenannt.

Wiesbaden, 12. 12. 1975

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt III A 1 — 2332 — O 02

StAnz. 3/1976 S. 105

99

Neuglicderung der Hessischen Staatsforstverwaltung im Landkreis Marburg-Biedenkopf;

hier: Hessisches Forstamt Katzenbach

Mit Erlaß vom 10. Dezember 1975 — III A 1 — 2335 — O 02 — (n. v.) habe ich nach § 57 Abs. 1 i. V. m. § 34 Abs. 1 Hess. ForstG die Neugliedeung des Hessischen Forstamtes Katzenbach mit Wirkung vom 1. Januar 1976 wie folgt angordnet:

- Der Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Katzenbach umfaßt die Gemeindebezirke Breidenbach, Steffenberg, Angelburg und Dautphetal abzüglich der Staatswaldabteilungen 7—13, 21—25, 28, 33, 47 und 50.
- Das Forstamt Katzenbach gliedert sich künftig in folgende acht Revierförstereien:
- 2.1 Revierförsterei Buchenau,
- 2.2 Revierförsterei Friedensdorf,
- 2.3 Revierförsterei Holzhausen,

- 2.4 Revierförsterei Steffenberg,
- 2.5 Revierförsterei Angelburg,
- 2,6 Revierförsterei Achenbach,
- 2.7 Revierförsterei Kleingladenbach,
- 2.8 Revierförsterei Breidenbach.
- Die Revierförsterei Simmersbach und die Forstwarteien Dautphe und Mornshausen werden aufgelöst. Die bisherige Forstwartei Holzhausen wird in eine Revierförsterei umgewandelt. Die Revierförsterei Steffenberg wird neu eingerichtet.
- Das Forstamt Katzenbach wird in "Hessisches Forstamt Dautphetal" umbenannt.
- Die bisherige Revierförsterei Gönnern wird in "Hessische Revierförsterei Angelburg" umbenannt.

Wiesbaden, 12, 12, 1975

Der Hessische Minister für Landwirtschäft und Umwelt III A 1 — 2335 — O 02 StAnz. 3/1976 S. 106

100

Bekämpfung der Tuberkulose des Rindes;

hler: Vergütungen

Bezug: Erlaß vom 24. 11. 1975 (StAnz. S. 2311)

Das im Bezug angegebene Datum zu dem o. a. Erlaß muß anstatt 29. 9. 1973 richtig lauten:

29. 9. 1972.

Wiesbaden, 5. 1. 1976

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt VI A 3 — 19 b 26/51 — 3418/75 StAnz. 3/1976 S. 106

101

Personalnachrichten

Es sind

B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten Staatskanzlei

Vertretung des Landes Hessen beim Bund

ernannt:

zur Leitenden Ministerialrätin z. A. (BaP) Lianne Franzky-Beckmann (19. 12. 1975).

Wiesbaden, 30. 12. 1975

Der Hessische Ministerpräsident Staatskanzlei IB2—8 a

StAnz. 3/1976 S. 106

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern Der Polizeipräsident in Frankfurt am Main

ernannt:

zu Kriminalobermeistern/innen die Kriminalmeister/innen (BaP) Eduard Amrein, Siegfried Dignal, Holger Ewe, Karl Günter Fornoff, Gerad Emma Frischkorn, Werner Glöckner, Wilfried Göttlicher, Thomas Herrmann, Karl Armin Günter Hochapfel, Günter Hermann Ihrig, Armin Jakob, Gernot Jetschin, Helmut Kalbfleisch, Cornelia Knewitz, Heidemarie Körner, Hans-Peter Karl Meisinger, Johannes Peter Metsch, Peter Öhm, Ingrid Penno, Kurt Pischel, Christine Poser, Elvira Reuschling, Klaus Dieter Rothenbach, Richard Josef Schellenberger, Dagmar Simmermacher, Michael Stolpmann, Thomas Friedrich Stutzer, Hans Peter Zimmermann (sämtlich 7. 11. 1975), Hans Peter Huck, Kurt Schnabel, Angelika Schwarz (sämtlich 10. 11. 1975), Klaus Gedeon (14. 11. 1975), Käthe Anna Jutta Keilmann (24. 11. 1975);

zum **Polizeimeister** Polizeihauptwachtmeister (BaP) Hans Günter Krieger (27. 11. 1975).

Frankfurt (Main), 23. 12. 1975

Der Polizeipräsident P III/12

StAnz. 3/1976 S. 106

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschuldienst des Reg.-Bez. Kassel

ernannt:

Zu Direktoren einer Gesamtschule Rektor als ständiger Vertreter eines in der BesGr. A 15 eingestuften Direktors einer Gesamtschule (BaL) August Maikranz, Wetter (16. 10. 1975), Rektor einer Grund-, und Hauptschule (BaL) Franz Halbmayr, Eiterfeld (13. 10. 1975), die Oberstudienräte (BaL) Dr. Herwig Schöffel, Großalmerode (24. 10. 1975), Jürgen Huth, Baunatal 4 (30. 10. 1975), Rektor einer Hauptund Realschule (BaL) Roland Benedikt, Vellmar 3 (31. 10. 1975);

zum Rektor als ständiger Vertreier eines in der BesGr. A 15 eingestuften Direktors einer Gesamtschule Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Karl Rehberg, Eiterfeld (13. 10. 1975);

zu Studiendirektoren die Oberstudienräte (BaL) Lüder Westje, Witzenhausen (24. 10. 1975), Volker Dippel, Niestetal-Heiligenrode (31. 10. 1975), Werner Hebestreit, Kaufungen 1 (31. 10. 1975);

zum Pädagogischen Leiter einer Gesamtschule Stud.-Rat (BaL) Klaus Urban, Lohfelden 1 (31. 10. 1975);

zu Rektoren als ständiger Vertreter eines in der Bes.Gr. A 15 eingestuften Direktors einer Gesamtschule die Realschullehrer (BaL) Horst Baier, Baunatal 1 (31. 10. 1975), Asmuth Heckmann, Lohfelden 1 (1. 10. 1975);

zum Rektor einer Grundschule Hauptlehrer (BaL) Josef Schäfer, Hünfeld (23. 10. 1975);

zu Rektoren einer Haupt- und Realschule Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Reginald Schnetzler, Gemünden/Wohra (30. 10. 1975), Konrektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Ruthard Baranowski, Waldeck-Sachsenhausen (28. 11. 1975);

zur Hauptlehrerin Konrektorin (BaL) Hannelore Koch, Philippsthal (17. 10. 1975);

zu Oberstudienräten die Studienräte (BaL) Helmut Büscher, Baunatal 4 (20. 10. 1975) Harald Kaufmann, Kassel (29. 9. 1975);

zur Oberstudienrätin Studienrätin (BaL) Hannelore Veeck, Kassel (29. 10. 1975);

zu Studienräten/-innen (BaL) die Studienräte/-innen z. A. (BaP) Gertrud Lutze, Niestetal-Heiligenrode (4. 9. 1975), Götz Lätsch, Witzenhausen (28. 8. 1975), Harald Rüßeler, Stadt Allendorf (15. 9. 1975), Dr. Harald Horn, Stadt Allendorf (17. 9. 1975), Rudolf Hopf, Marburg (29. 9. 1975), Dr. Jürgen Friedemann, Marburg (29. 9. 1975), Gretel Nösselt-Schilling, Marburg (20. 10. 1975), Peter Reul, Wildeck-Obersuhl (18. 11. 1975);

zu Studienräten/-innen z. A. (BaP) die Ass. des Lehramts Burckhard Biesel, Fuldatal 1 (1. 8. 1975), Klaus Höhmann, Vellmar 3 (1. 8. 1975), Renate Schulze, Fuldatal 1 (1. 8. 1975), Helga Starke, Niestetal (1. 8. 1975), Hermann Wegner, Niestetal (1. 8. 1975), Wilma Nentwich, Baunatal 4 (1. 8. 1975), Klaus Perlick, Baunatal 4 (1. 8. 1975);

zu Rektoren -innen einer Sonderschule die Lehrerinnen an einer Sonderschule (BaL) Dorothea Kuwilsky, Kassel (1. 10. 1975), Lieselotte Bäsmann, Kassel (30. 10. 1975), Lehrer an einer Sonderschule Gerald Bagus, Eiterfeld (30. 10. 1975);

zu Lehrern/-innen an einer Sonderschule die Lehrer/-innen (BaL) Dieter Balzer, Marburg (29. 8. 1975), Gerhard Neuzner, Kassel (10. 9. 1975), Uta Heynemann, Stadt Allendorf, Heidelore Schindler, Stadt Allendorf (beide 15. 9. 1975), Helmut Schimpff, Oberaula, Christa Benckendorff, Stadt Allendorf (beide 29. 9. 1975), Horst Michel, Neuhof, Alfred Wagner, Homberg (beide 30. 9. 1975), Dietmar Klüter, Fulda (16. 10. 1975), Jörg Mangelsdorf, Schwalmstadt 1 (21. 10. 1975), Gerhard Wagner, Schwalmstadt 1 (11. 11. 1975), Bärbel Ritter, Korbach (18. 11. 1975), Brigitte Meister, Kassel (17. 11. 1974);

zum Konrektor einer Sonderschule Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Horst Ermert, Rotenburg (23. 9. 1975); zur Konrektorin einer Sonderschule Lehrerin an einer Sonderschule

derschule (BaL) Margot Sartori, Kassel (24. 9. 1975); zum apl. Lehrer an einer Sonderschule apl. Lehrer (BaW)

Karl-August Grebe, Kassel (9. 10. 1975);

zur apl. Lehrerin an einer Sonderschule apl. Lehrerin (BaW) Helga Emde, Bad Wildungen (27. 10. 1975);

zum Konrektor einer Grund- und Hauptschule Lehrer (BaL) Uwe Gotter, Wolfhagen-Wenigenhasungen (30. 9. 1975); zumKonrektor einer Hauptschule Lehrer (BaL Wolfgang Hehenkamp, Fritzlar (10. 10. 1975);

zu Konrektoren Lehrer (BaL) Lothar Gewehr, Wildeck-Obersuhl (25. 9. 1975); Lehrerin (BaL) Ingeborg Feuerstein, Hünfeld (29. 10. 1975), die Hauptlehrer (BaL) Martin Mihm, Burghaun (30. 10. 1975), Edgar Köhler, Hünfeld (31. 10. 1975);

zu Lehrern/-innen (BaL) die Lehrer/-innen z. A. (BaP) Christa Tietze, Eschwege (28. 8. 1975), Christa Kräske, Marburg a. d. L. (27. 8. 1975), Margot Kögel, Angelburg-Lixfeld (3. 9. 1975), Ulrike Samland, Kaufungen 1 (15. 8. 1975), Wolfgang Grochtdreis, Lohfelden I (4. 8. 1975), Anna-Margarete Leclercq, Kaufungen 2 (14. 8. 1975), Gudrun Ullrich, Lohfelden 1 (21. 8. 1975), Günter Beier, Kaufungen 1 (11. 9. 1975), Gabriele Flessenkemper, Marburg, Gisela Rapp, Weimar-Niederweimar (beide 8. 9. 1975), Gisela Meschede, Ebsdorfergrund (11. 9. 1975), Waltraud Glotzbach, Bad Hersfeld (16. 9. 1975), Gabriele Steinmetz, Borken, Heinz Berg, Frankenau (beide 17. 9. 1975), Ingrid Krüger-Aldenhoff-Coß, Großalmerode (19. 9. 1975), Karin Sommermann, Eschwege (18. 9. 1975), Sonja Nasemann, Borken (19. 9. 1975), Barbara Kilian, Breuna (16. 9. 1975), Carmen Dupuis, Vellmar 3 (25. 9. 1975), Marianne Schubert, Espenau 1 (26. 9. 1975), Ingrid Schallert, Wolfhagen (10. 9. 1975), Gabriele Kroker, Marburg-Schröck (29. 9. 1975), Gisela Wadsack, Habichtswald-Ehlen (16. 10. 1975), Volker Reich, Kassel, Erich Vey, Großenlüder (beide 17. 10. 1975), Peter Hasseler, Bebra (26. 9. 1975), Normann Beaujean, Fulda (19. 9. 1975), Christel Ständer, Fulda (30. 9. 1975), Elke Quentin, Eschwege (8. 10. 1975), Gerda Böhmer, Lohfelden 1 (10. 10. 1975), Ilse Hermann, Hofgeismar 4, Gabriele Wickel, Habichtswald-Ehlen (beide 15. 10. 1975), Franz-Peter Müller, Künzell (19. 9. 1975), Karl Tigges, Fulda (19. 9. 1975), Renate Schuster, Fulda (30. 9. 1975), Rudolf-Peter Karpe, Fulda (30. 9. 1975), Robert Braun, Neuental (7. 10. 1975), Dietmar Schmücker, Witzenhausen, Barbara von Ende, Bad Sooden-Allendorf, Eva Aschenbrenner, Großalmerode-Rommerode (sämtlich 6. 10. 1975), Dietlinde Maurer, Guxhagen (17. 10. 1975), Brigitte Stücken, Groß-

almerode (27. 10. 1975), Gabriele Tensing, Hofbieber (28. 10. 1975), Hiltrud Appel, Biedenkopf-Wallau (29. 10. 1975), Willi Dinges, Spangenberg (28. 10. 1975), Edith Hesse, Gudensberg, Rolf Naujoks, Stadt Allendorf, Gudrun Werner, Stadt Allendorf-Niederklein, Monika Götz, Neustadt, Günter Böhme, Stadt Allendorf, Vera Lusch, Kaufungen 1 (sämtlich 3. 11. 1975), Hannelore Bormuth, Fulda (30. 10. 1975), Wolfgang Weigand, Baunatal 4 (7. 11. 1975), Heidi Jungclas, Cölbe (3. 11. 1975), Käthe Göbel, Bad Hersfeld (11. 11. 1975) Peter Knoff, Lohfelden 1, Joachim Israel, Immenhausen (beide 12. 11. 1975), Hannelore Meinecke, Witzenhausen (7. 11. 1975), Sonngard Stolpmann, Diemelsee-Adorf (12. 11. 1975), Hermann Neu, Angelburg-Lixfeld (13. 11. 1975) Gisela Hopf-Papke, Neustadt (17. 11. 1975), Hans Werner, Gladenbach-Weidenhausen (20. 11. 1975), Heribert Schlosser, Fulda-Maberzell (7. 11. 1975), Edhila Keller, Lahntal-Sterzhausen (24. 11. 1975), Gerlinde Leipold, Weimar (17. 11. 1975), Hans-Jürgen Gottwald, Bad Hersfeld, Dagmar Kuncke, Waldeck-Sachsenhausen, Hans-Dieter Altstadt, Rotenburg (sämtlich 24. 11. 1975), Robert Hüffner, Jesberg (27. 11. 1975), Barbara Füssel, Biedenkopf (26. 11. 1975), Vera Dönch, Eiterfeld, Hartmut Dönch, Eiterfeld (beide 28. 11. 1975), Zenek Przechacki, Gudensberg (24. 11. 1975), Renate Sammer, Eiterfeld (28. 11. 1975), Hans Leimert, Haunetal-Neukirchen (25. 11. 1975), Christa Ottmar, Niestetal-Heiligenrode (26. 11. 1975);

zu **Realschullehrern/-innen (BaL)** die Realschullehrerinnen z. A. (BaP) Theresia Rahn, Ebsdorfergrund (29. 9. 1975), Margret Prange, Borken (6. 10. 1975), Realschullehrer z. A. (BaP) Arno Kirchgessner, Neuhof (22. 9. 1975);

zu Lehrern/-innen an einer Sonderschule (BaL) die Lehrer an einer Sonderschule z. A. (BaP) Hans-Walter Hisge, Großalmerode-Rommerode (6. 10. 1975) Klaus Schäfer, Eschwege (1. 12. 1975), die Lehrerin an einer Sonderschule z. A. (BaP) Rosemarie Schulz, Marburg (10. 11. 1975);

zum Lehrer an einer Sonderschule Lehrer an einer Sonderschule z. A. (BaP) Friedhelm Schirrmacher, Korbach (23. 9. 1975);

zum **Lehrer an einer Sonderschule z. A.** Lehrer z. A. (BaP) Hans-Jürgen Klopp, Bad Hersfeld (7. 11. 1975);

zu Jugendleiterinnen im Schuldienst (BaL) die Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP) Barbara Hochgrebe, Kassel (9. 10. 975), Maria Backhausen-Maibach, Kassel (24. 10. 1975), Margot Podoll, Lohfelden 1 (4. 11. 1975);

zur Jugendleiterin im Schuldienst z. A. (BaP) Sozialpädagogin Elisabeth Middendorf, Fulda (1. 12. 1975);

zum Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer (BaL) Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Wilfried Viehmann, Lohfelden 1 (9. 10. 1975);

zur Fachlehrerin z. A. (BaP) die Sozialpädagogin Lotte Freitag, Kassel (1. 9. 1975);

zum **Jugendleiter im Schuldienst (BaP)** Sozialpädagoge Bernd Möller, Fritzlar (25. 11. 1975);

zu Fachlehrern/-innen für musisch-technische Fächer (BaL) die Fachlehrer/-innen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Gabriele Brieger, Großalmerode (29. 8. 75) Gudrun Stäcker Biedenkopf-Wallau (22. 8. 75), Gisela Golling, Waldkappel (18. 9. 1975), Gisela Eisinger, Wolfhagen (20. 10. 1975), Wilfried Stöcker Homberg (10. 10. 1975), Brigitte Feußner Dautphetal-Hommertshausen (30. 10. 1975), Ruth Dokoupil, Kassel (17. 11. 1975);

zu Lehrern/-innen die Lehrer/-innen z. A. (BaP) Friedrich-Wilhelm Prediger, Ebsdorfergrund (1. 9. 1975), Eberhard Fischer, Kassel (1. 9. 1975), Karola Schäfer, Kaufungen 1 (4. 9. 1975), Leopoldine Linss, Lohfelden 1 (14. 8. 1975), Carola Hinterseher Schwalmstadt 1 (3. 9. 1975), Wilfried Lerch, Rosenthel (4. 9. 1975), Werner Welsch, Korbach (12. 9. 1975), Norbert Kolb, Neukirchen (11. 9. 1975), Doris Berger, Korbach (12. 9. 1975), Reinhard Wörner, Hofgeismar, Inga Ruth, Ebsdorfergrund (beide 15. 9. 1975), Ralf Ellermann, Kassel (16. 9. 1975), Klaus Aßmus, Borken (17. 9. 1975), Hannelore Schmidt-Rößler, Wetter (15. 9. 1975), Heinz Dickel, Schwalmstadt 2, Veronika Neu, Hatzfeld (beide 17. 9. 1975), Diethart Rindermann, Sontra (18. 9. 1975), Ursula Zinke, Bad Wildungen (19. 9. 1975), Ursula Deuermeier, Wolfhagen (15. 9. 1975), Annegret Helduser, Dautphetal-Friedensdorf, Marlies Ruhl-Lichau, Felsberg (beide 24. 9. 1975), Harmut Diegel, Niestetal-Heiligenrode (26. 9. 1975), Heidemarie Saure, Vellmar 3 (16. 10. 1975), Claudia Wolf, Arolsen (15. 10. 1975) Irmtraud Bätz, Schwalmstadt 1, Marianne Selbmann, Kassel (beide 17. 9.

1975), Reinhard Freund, Homberg (3. 10. 1975), Annemarie Heinz, Spangenberg (10. 9. 1975) Charlotte Röhner, Stadt Allendorf (6. 10. 1975), Paul Lutterop, Lohfelden 1, Karl-Heinz Färber, Bad Wildungen (beide 10. 10. 1975), Doris Pache, Wetter (13. 10. 1975), Barbara Riemann, Ahnatal-Heckershausen (14. 10. 1975), Georg Tettke, Arolsen (16. 10. 1975), Birgit Bachmann, Kassel (17. 10. 1975), Gerd Wölbling, Hofgeismar (25. 9. 1975), Peter Gerstmann, Lohfelden 1, Hans-Jürgen Nickel, Hofgeismar (beide 23. 10. 1975) Elfriede Siebert, Wolfhagen (30. 10. 1975), Hans-Jürgen Schacht, Diemelsee-Adorf (5. 11. 1975), Hans-Herbert Mielke, Fritzlar (3. 11. 1975), Josef Dewenter, Karlshafen (5. 11. 1975), Barbara Becker, Neuenstein-Obergeis (7. 11. 1975), Barbara Landgrebe, Bad Endbach-Hartenrod (8. 11. 1975), Gerhard Rabe, Nentershausen (10. 11. 1975), Marianne Hecker, Eiterfeld (7. 11. 1975), Hartmut Frank, Kassel (12. 11. 1975), Hans-Peter Gebhard, Eschwege (20. 11. 1975), Jutta Kistner, Diemelstadt (18. 11. 1975), Heinz-Jürgen Hochbein, Emstal (27. 11. 1975), Doris Breitbart, Wildeck-Obersuhl (25. 11. 1975);

zur Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer (BaP) Fachlehreranwärterin Edeltraud Büttner, Baunatal 4 (1. 10. 1975);

zu Fachlehrern/-innen für musisch-technische Fächer die Fachlehrer/-innen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Gerhard Fehr, Rotenburg (9. 9. 1975), Wolfgang Gellrich, Karlshafen (22. 11. 1975), Manfred Ulrich, Gudensberg (24. 11. 1975), Margrit Wingender, Angelburg-Lixfeld (3. 9. 1975), Jörg Reichhart, Korbach (28. 10. 1975), Joachim Hauthal, Lichtenfels-Goddelsheim (3. 11. 1975);

zu apl. Fachlehrern/-innen (BaW) Rita Denk, Arolsen (1. 8. 1975), Detlef Ötken, Hünfeld (25. 8. 1975), Winfried Möller, Eiterfeld (7. 8. 1975);

zu Fachlehrern z. A. (BaP) Christine Holstein, Stadt Allendorf, Joachim Robitsch, Homberg (beide 1. 10. 1975);

zu Lehramtsreferendaren/-innen (BaW) die LAB Maria Breitenstein, Eckweisbach (19. 8. 1975), Christa Dickel, Guxhagen (4. 8. 1975), Barbara Euler, Fuldabrück (1. 8. 1975), Helmut Friedeborn, Rhoden (18. 8. 1975), Klaus-Peter Geißler, Herzhausen (12. 8. 1975), Wolfhard Glodde, Alendorf (4. 8. 1975), Christine Gunkel, Schwalmstadt 2 (1. 8. 1975), Ursula Krutzinna, Grebenstein (7. 8. 1975), Sigrid Manz, Heckershausen (1. 8. 1975), Gerhard Müller, Bad Hersfeld (5. 8. 1975); Christiane Wiedemann, Gersfeld (1. 8. 1975);

zu Lehrern/-innen z. A. (BaP) Karin Schreiber, Sontra (18. 8. 75), Tilly von Osterhausen, Neustadt (1. 8. 75), die apl. Lehrer/-innen (BaW) Bernhard Rahmann, Kassel (10. 9. 1975), Hans-Peter Gebhard, Eschwege (17. 9. 1975), Martina Reimann, Kassel (9. 10. 1975), Jörn Redien, Großenlüder (29. 9. 1975), Lisa Funke, Baunatal 1 (6. 11. 1975); zu Lehrern/-innen an einer Sonderschule z. A. (BaP) die

apl. Lehrer/-innen an einer Sonderschule z. A. (BaP) die apl. Lehrer/-innen an einer Sonderschule (BaW) Günter Schleicher, Fulda (18. 8. 75), Wolfgang Richardt, Wetter (15. 9. 75), Karin Dormeier, Kassel (3. 10. 75), Agnes Pigulla, Stadt Allendorf (13. 10. 1975);

zur Fachlehrerin z. A. (BaP) Sozialpädagogin Christa Kappes, Hofgeismar (1. 11. 1975);

zum Fachlehrer für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) apl. Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaW) Bernd Schäfer, Melsungen (16. 10. 1975);

Schafer, Melsungen (16. 10. 1975); zu Fachlehrern/-innen z. A. (BaP) die apl. Fachlehrer/-innen für mus.-techn. Fächer (BaW) Paul Waldaner, Petersberg (4. 9. 1975), Klaus Bottner, Wahlsburg (13. 9. 1975), Max Michael Höhnke, Fulda (16. 9. 1975), Brigitte Badurczik, Felsberg (17. 10. 1975), Renate Wolf, Petersberg (19. 9. 1975), Reinhard Neubauer Waldkappel (6. 10. 1975), Gabriele Breitfelder, Neuhof (9. 10. 1975), Sieglinde Taggeselle, Flieden (10. 10. 1975), Ute Gerke, Fritzlar (9. 10. 1975), Rita Millich, Hünfeld (8. 10. 1975), Barbara Knapp, Hilders (19. 9. 1975), Ulrike Schnell, Kassel (9. 10. 1975), Hans-Dieter Jung, Fuldatal 1 (30. 10. 1975);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Realschullehrer (BaP) Volker von Heymann, Bad Hersfeld (10. 10. 1975), Karl-Wilhelm Kreuter, Kassel (24. 10. 1975), Wilfried Dippel, Felsberg (11. 11. 1975), die Lehrer--innen (BaP) Klaus Peter Haß, Hofgeismar (11. 9. 1975), Helmut Frenzel, Kirchhain (28. 9. 1975), Bruno Weimer, Ebsdorfergrund (15. 9. 1975), Rosemarie Unzicker, Bad Endbach (22. 9. 1975), Horst Scholz, Nentershausen (17. 9. 1975), Almut Kisker, Kassel (16. 10. 1975), Heinz Hinterseher, Schwalmstadt 1 (17. 10. 1975), Herbert Odenwald, Gersfeld (14. 10. 1975), Walter Winter, Ronshausen (29. 9. 1975), Wilfried Wohlfart, Lichtenfels-Goddelshelm (13. 10. 1975), Klaus Schüder, Fritzlar, Joachim Rapp, Homberg (beide 10. 10. 1975), Ilsetraud Saemann, Kaufungen 1 (2. 10. 1975), Hans Bringmann, Fuldatal 1 (7. 10. 1975), Berthold Rhiel, Tann (17. 9. 1975), Brigitte Elend, Wildeck-Obersuhl (21. 10. 1975), Elisabeth Wiesner, Hünfeld-Michelsrombach (24. 10. 1975), Rainer Mehler, Fulda, Marion Schneider, Petersberg (beide 23. 10. 1975), Hermann Giesendorf, Zierenberg (21. 10. 1975), Richard Becker, Bad Hersfeld, Dorls Berger, Korbach (beide 27. 10. 1975), Annegret Helduser, Dautphetal-Friedensdorf (30. 10. 1975), Hans-Peter Becker, Bad Sooden-Allendorf (28. 10. 1975), Horst Scydler, Fuldatal 1 (4. 11. 1975), Ursula Jürgens, Hofgeismar (7. 11. 1975), Georg Brössel, Wetter, Charlotte Röhner, Stadt Allendorf (beide 10. 11. 1975), Volkmar Preisler, Marburg a. d. L. (3. 11. 1975), Bernhard Friedrich, Hünfeld (7. 11. 1975), Werner Henkel, Schenklengsfeld (18. 11. 1975), Christel Wöhner, Bad Wildungen (17. 11. 1975), Manfred Bente, Kassel (24. 11. 1975), Robert Henz, Bad Hersfeld (25. 11. 1975); die Fachlehrer/-innen für musisch-technische Fächer (BaP), Manfred Auth, Hünfeld (4. 9. 1975), Urike Stern, Calden (27. 9. 1975), Ingrid Lomb, Cornberg (17. 9. 1975), Brigitte Wolmar, Bad Hersfeld (15. 10. 1975), Gudrun Krahn, Kassel (30. 9. 1975), Gudrun Dux, Hofbieber (21. 10. 1975), Manfred Schwan, Hilders (17. 10. 1975), Gustav Baier, Hünfeld (8. 10. 1975), Doris Müller, Immenhausen (21. 10. 1975), Christa Müller, Bad Hersfeld (17. 11. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

Lehrer Karl Brandau, Homberg (1. 11. 1975), Lehrerin Gerda Tornow, Rotenburg (1. 11. 1975), Lehrerin Käthe Breuer, Korbach, Lehrer Heinz Schaaf, Witzenhausen-Gertenbach, Schulrat Heinrich Borg, Kassel (sämtlich 1. 10. 1975), Lehrer Fritz Bierschenk, Eschwege (1. 11. 1975), Lehrerin Margarete Engelke, Vöhl (17. 10. 1975), Lehrerin Friederike Schreiber, Waldkappel (1. 12. 1975);

entlassen:

die Lehramtsreferendarinnen Barbara Hentrich, Bad Wildungen, Gabriele Krüger, Kassel (beide 30. 6. 1975), die Lehramtsreferendare Klaus Lohrmann, Bad Wildungen (15. 10. 1975), Hans-Georg Küllmer, Kassel (1. 11. 1975), Lehrerin z. A. Andrea von Sperber, Waldeck-Sachsenhausen (14. 10. 75), apl. Fachlehrer für musisch-technische Fächer Detlef Ötken, Hünfeld (1. 11. 1975);

verstorben:

Rektor Günther Klipp, Kassel (31. 10. 1975), Lehrer z. A. Klaus Engele, Stadt Allendorf (10. 11. 1975), Lehrer Lothar Sens, Wohratal-Halsdorf (8. 11. 1975).

Kassel, 18. 12. 1975

Der Regierungspräsident P/1 - 7 o 16/03 B

StAnz. 3/1976 S. 106

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Hessische Forsteinrichtungsanstalt Gießen

ernannt:

zum Landforstmeister Oberforstmeister (BaL) Claus Chwalczyk (1. 10. 1975);

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Helmut Hoßbach (1. 10, 1975);

zum Forstamtmann Oberförster (BaL) Klaus Hahn (1. 10. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

Forstoberinspektor (BaL) Otto Koller (31. 12. 1975) gem. \S 51 (1) HBG.

Gießen, 23, 12, 1975

Hessische Forsteinrichtungsanstalt B 47

StAnz. 3/1976 S. 108

DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Verordnung über das Naturschutzgebiet "Reinheimer Teich", Gemarkung Reinheim, Landkreis Dieburg, vom 19. Dezember 1975

Auf Grund der §§ 1 und 4, des § 12 Abs. 2, des § 13 Abs. 2, des § 15 und des § 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBI. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBI. I S. 361), sowie des § 6 Abs. 3 und 4, des § 7 Abs. 1 und 5 und des § 9 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBI. I S. 1275), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1972 (GVBI. I S. 349), in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBI. S. 159) wird mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

Das im § 2 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

8 2

- (1) Das Naturschutzgebiet liegt in dem Flurteil "Reinheimer Teich" in der Gemarkung Reinheim, Landkreis Dieburg, und hat eine Größe von 77,4125 ha.
- (2) Das Naturschutzgebiet umfaßt in der Flur 4 die Flurstücke 66 und 70, sowie in der Flur 5 die Flurstücke 1, 2, 4/1, 4/2, 4/3, 4/4, 5 und 8.
- (3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der topographischen Karte 6119 Groß Umstadt im Maßstab 1:25 000 und im amtl. Lageplan im Maßstab 1:2000 rot eingetragen.
- (4) Diese Verordnung und die in Abs. 3 genannten Karten sind beim Regierungspräsidenten in Darmstadt höhere Naturschutzbehörde hinterlegt. Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt oberste Naturschutzbehörde in Wiesbaden, beim Kreisausschuß des Landkreises Dieburg untere Naturschutzbehörde und bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen
- (5) Das Naturschutzgebiet wird durch amtliche Hinweisschilder gekennzeichnet.

Ş:

- (1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).
- (2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Absatzes 1 führen:
- Pflanzen, einschließlich Bäumen und Sträuchern, zu beschädigen oder zu entfernen;
- 2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
- 3. Pflanzen oder Tiere einzubringen;
- 4. das Gelände zu betreten, zu befahren, dort zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen oder fahrbare Verkaufsstände aufzustellen, Wasserfahrzeuge oder andere schwimmende Gegenstände einzubringen;
- 5. zu lärmen, Modellflugzeuge und -schiffe einzusetzen oder Feuer anzuzünden oder zu unterhalten;
- 6. eine wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben;
- 7. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen;
- 8. Gewässer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), zu

- beeinträchtigen, Wasser zu entnehmen oder den Wasserstand zu verändern;
- feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Autowracks abzustellen, das Gelände sonst zu verunreinigen oder Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
- 10. Baumaßnahmen aller Art vorzunehmen, auch solche, die keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen;
- 11. Grundstückseinfriedigungen, Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten;
- Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen, soweit diese nicht dem Schutz des Naturschutzgebietes dienen;
- 13. Biozide anzuwenden;
- 14. Hunde frei laufen zu lassen;
- 15. die Jagd auf Wasserwild auszuüben und Jagdhunde auszubilden;
- Wiesen oder Weiden in eine andere Nutzungs- oder Kulturart umzuwandeln.

§ 4

- (1) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:
- 1. die landwirtschaftliche Nutzung mit den in § 3 Abs. 2 Nr. 13 und 16 genannten Einschränkungen;
- 2. die Ausübung der Jagd mit der in § 3 Abs. 2 Nr. 15 genannten Einschränkung;
- 3. die Ausübung der Sportfischerei auf einer im Gelände bezeichneten Strecke von dem an der Nordseite gelegenen Damm aus;
- 4. das Einsetzen von Forellen und Friedfischen;
- wasserwirtschaftliche Maßnahmen, insbesondere die Errichtung und der Betrieb von Anlagen und Einrichtungen für den Hochwasserschutz und die Abwasserbeseitigung;
- 6. das Begehen des Dammweges und des "Teichweg" sowie das Filmen und Fotografieren von dort aus.
- (2) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben ferner solche Maßnahmen, die der geordneten Regulierung des Bestandes an Rabenkrähen, Elstern, Eichelhähern, Hausund Feldsperlingen sowie an Haustauben in verwildertem Zustand dienen. Unberührt davon bleiben die Vorschriften des § 4 Abs. 2 bis 4 der Verordnung zur Ausführung des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 10. Juli 1968 (GVBl. I S. 199).

§ 5

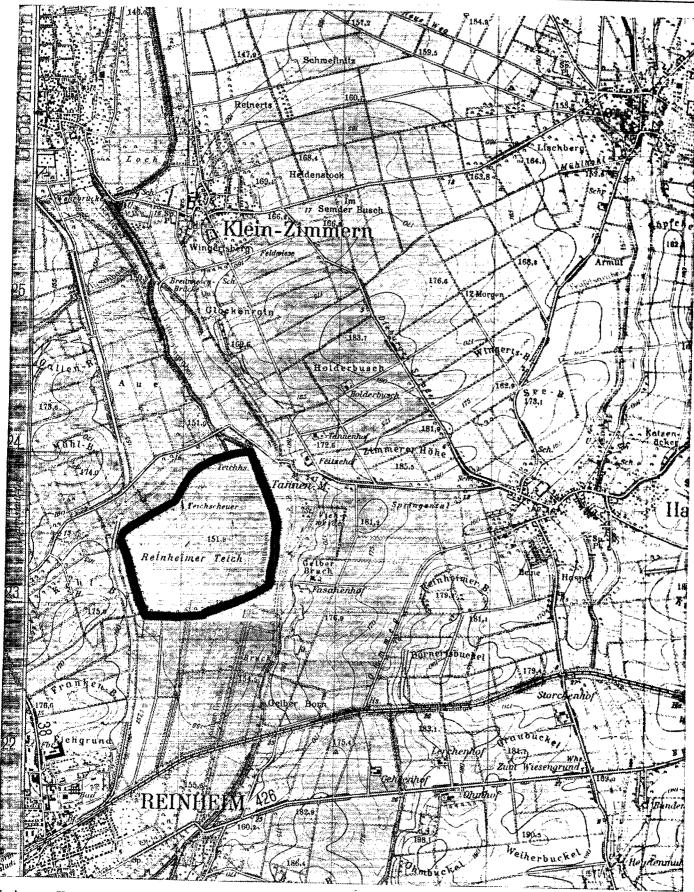
- (1) In begründeten Einzelfällen kann die oberste Naturschutzbehörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 zulassen.
- (2) Die Ausnahmegenehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen, befristet und unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt werden. Gegenstand der Bedingungen und Auflagen können Sicherheitsleistungen sein.
- (3) Die Ausnahmegenehmigung ist zu versagen, wenn kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt oder trotz Bedingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.
- (4) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. a.

8 6

- (1) Der Eigentümer, Besitzer, Erbbau- oder Nutzungsberechtigte der Grundstücke und jeder, dem ein Recht an einem Grundstück zusteht, muß die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).
- (2) Der Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigte hat der höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).

1

.. 27



Karte zur Verordnung über das Naturschutzgebiet "Reinheimer Teich"

Darmstadt, 14. 12. 1975

Der Regierungspräsident — Höhere Naturschutzbehörde gez. Dr. Wierscher

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchstabe b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in dem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 3 Abs. 1 vornimmt.
- (2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 2 und 3 des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig, ohne daß die Handlung nach § 4 erlaubt ist:
- 1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Abs. 2 Nr. 1);
- 2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
- 3. Pflanzen oder Tiere einbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 3);
- 4. das Gelände in der in § 3 Abs. 2 Nr. 4 verbotenen Art benutzt;
- 5. lärmt, Modellflugzeuge und -schiffe einsetzt, oder Feuer anzündet oder unterhält (§ 3 Abs. 2 Nr. 5);
- 6. eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt (§ 3 Abs. 2 Nr. 6);
- 7. die Bodengestalt in der in § 3 Abs. 2 Nr. 7 bezeichneten Art beeinflußt;
- 8. Gewässer beeinträchtigt, Wasser entnimmt oder den Wasserstand verändert (§ 3 Abs. 2 Nr. 8);
- 9. Abfälle einbringt, Autowracks abstellt, das Gelände sonst verunreinigt oder Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Abs. 2 Nr. 9);
- 10. Baumaßnahmen vornimmt (§ 3 Abs. 2 Nr. 10);
- 11. Grundstückseinfriedigungen, Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet (§ 3 Abs. 2 Nr. 11);
- Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufstellt oder anbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 12);

- 13. Biozide anwendet (§ 3 Abs. 2 Nr. 13);
- 14. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Abs. 2 Nr. 14);
- 15. die Jagd auf Wasserwild ausübt und Jagdhunde ausbildet (§ 3 Abs. 2 Nr. 15);
- Wiesen und Weiden umwandelt (§ 3 Abs. 2 Nr. 16).
- (3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 6 Abs. 2 nicht nachkommt.
- (4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 19. 12. 1975

Der Regierungspräsident — höhere Naturschutzbehörde — gez. Dr. Wierscher StAnz. 3/1976 S. 109

Buchbesprechungen

Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG). Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Kommentar von Dr. jur. Heinrich Krebs, Bundesrichter a. D., Kassel. Loseblattausgabe, Format DIN A 5, 1. Erg.-Lieferung, Stand: 1. Juni 1975, 41,— DM, Grundwerk einschl. Ordner 43,— DM. Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See.

Schulz, Percha am Starnberger See.

Das Arbeitssicherheitsgesetz ist am 1. Dezember 1974 in Kraft getreten. Sein Geltungsbereich umfaßt außer der gewerblichen Wirtschaft und dem Handel auch die Landwirtschaft. Das Gesetz verpflichtet die Arbeitgeber, zu ihrer Unterstützung Betriebsärzte, Sicherheitsingenleure und andere technische Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen. Dadurch soll die innerbetriebliche Arbeitsschutzorganisation verbessert werden. Zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes — ASiG — erlassen die Unfallversicherungsträger Unfallverhütungsvorschriften, in der Regel getrennt für Betriebsärzte und technische Fachkräfte für Arbeitssicherheit.

Die 1. Ergänzungslieferung des Kommentars zum Arbeitssicherheits-

technische Fachkräfte für Arbeitssicherheit.

Die 1. Ergänzungsileferung des Kommentars zum Arbeitssicherheitsgesetz von Krebs bringt zunächst ein umfassendes Schrifttumsverzeichnis zu der Materie des Arbeitssicherheitsgesetzes. Dem Benutzerder Sammlung, der sich intensiver mit den Problemen der innerbeirieblichen Sicherheitsorgane befassen will, eröffnet sich nunmehr die Möglichkeit, weiteres einschlägiges Schrifttum hinzuzuziehen. Darüber hinaus bringt die 1. Ergänzungslieferung ausführliche Kommentierungen, insbesondere zu den §§ 3 bis 19. Da das Gesetz sich noch in einer gewissen Anlaufphase, bedingt durch die Ausbildung der arbeitsmedizinischen und technischen Sicherheitsfachkräfte, befindet, stellen die ausführlichen Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes eine gute Hilfe für die Mitarbeiter der Betriebsleitungen und Betriebsvertretungen, aber auch für die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften und der Gewerbeaufsicht dar.

Der Abschnitt Nr. 3 — Bundesrecht — wird durch verschiedene Vor-

werbeaufsicht dar.

Der Abschnitt Nr. 3 — Bundesrecht — wird durch verschiedene Vorschriften ausgefüllt, die im Zusammenhang mit dem Arbeitssicherheitsgesetz von Bedeutung sind. Es werden abgedruckt die Unfallverhütungsvorschriften "Sicherheitsingenieure und andere Fachkrätte für Arbeitssicherheit (VBG 122)" und "Betriebsärzte (VBG 123)", die Siebente Berufskrankheiten-Verordnung, die Verordnung über Arbeitsstätten sowie Auszüge aus der Reichsversicherungsordnung, der Gewerbeordnung, dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Kündigungsschutzgesetz.

Für die 3. Erzänzungslieferung bereits angekündigt werden landes-

gungsschutzgesetz.

Für die 2. Ergänzungslieferung bereits angekündigt werden landesrechtliche Durchführungsbestimmungen sowie ein Stichwortverzeichnis. Damit wird der vorliegende Kommentar schon in kurzer Zeit zu einem ausführlichen Nachschlagwerk auf dem Gebiete des Arbeitsslicherheitsgesetzes werden.

Zivildienstgesetz. Kommentar mit ergänzenden Vorschriften. Bearbeitet von Manfred Harrer, Ministerialrat im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Jürgen Haberland, Regierungsdirektor im Bundesministerium des Innern, Horst Lüdtke, Oberamtsrat im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 2., neubearbeitete Auflage 1975, 484 S., Kunststoffeinband 48,— DM. Heggen-Verlag, Leverkusen-Opladen.

Das Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (Zivildienstgesetz) regelt die Durchführung des Dienstes, den der anerkannte Kriegsdienstverweigerer an Stelle des Wehrdienstes zu leisten

hat. Die erste gesetzliche Regelung eines Ersatzdienstes für anerkannte Kriegsdienstverweigerer war durch das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 13. Januar 1960 (BGBl. I S. 10) getroffen worden. Dieses Gesetz hat im Laufe der Jahre zahlreiche Novellierungen erfahren. Hervorzuheben sind das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 28. Juni 1965 (BGBl. I S. 531) sowie das Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 25. Juni 1973 (BGBl. I S. 669), mit dem der Begriff "Ersatzdienst" durch den Begriff "Zivildienst" abgelöst wurde.

"Ersatzdienst" durch den Begriff "Zivildienst" abgelost wurde. Die Bedeutung des Zivildienstrechts ist in den letzten Jahren durch das Ansteigen der Zahl der Kriegsdienstverweigerer ständig gewachsen. Dennoch hat das Gesetz relativ wenig Beachtung in der Literatur gefunden. Insbesondere wurde die Rechtssprechung auf dem Gebiet des Zivildienstrechts bisher noch nicht in einem Komentar zusammengestellt. Ebenso unterblieb eine umfassende Erläuterung des jeweils geltenden Gesetzestextes.

Diese Lücke will der vorliegende Kommentar schließen. In kurzen Darstellungen werden die rechtlichen Probleme aufgezeigt und zugleich wird ein Bild von der tatsächlichen Ausgestaltung des Zivildienstes gegeben.

dienstes gegeben.

Der Kommentar ist für alle, die sich mit dem Recht des Zivildienstes zu befassen haben, eine umfassende Informationsquelle und ein wichtiges Hilfsmittel bei der Arbeit, zumal da in der Neuauflage die in der Zwischenzeit eingetretenen Gesetzesänderungen berücksichtigt wurden. Darüber hinaus wurden die Erläuterungen bei vielen Vorschriften ergänzt und das Werk damit auf den neuesten Stand von Gesetzgebung, Rechtssprechung und Schrifttum gebracht. Es kann daher uneingeschränkt empfohlen werden.

Regierungsdirektor Handwerk

Körperbehindertenhilfe im Rahmen des BSHG. Von Franz Luber. 55. Ergänzungslieferung, 42,— DM, Gesamtwerk 68,50 DM. Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See.

Schulz, Percha am Starnberger See.

Die vorliegende Ergänzungslieferung enthält ausschließlich landesrechtliche Bestimmungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, darunter Bekanntmachungen der vollständigen 39 Empfehlungen und Entschließungen des Europarats zur Rehabilitation der Behinderten. Das Prinzip der vollständigen Wiedergabe wird allerdings dort überzogen, wo Runderlasse aus vergangenen Jahren abgedruckt werden, die bei der erstmaligen Aufnahme schon aufgehoben sind, und das nicht als Einzelfall. Ebenso haben die Runderlasse über die Weihnachtsbeihilfen aus den Ger Jahren mehr historischen als Neuheihnachtsbeihilfen zu den Ger Jahr Ministerialrat Dr. Rendschmidt

Kommentar zum Bundes-Angestelltentarifvertrag. Bearbeitet von Clemens, Scheuring, Steingen, Görner, Opalke, Wiese. Loseblattwerk, 33.—37. Ergänzungslieferung zum Hauptband I und zum Ergänzungsband. Ergänzungen des Hauptbandes II — Bund/Länder – zur 33., 34. und 37. Ergänzungen des Hauptbandes II — VKA — zur 33., 34. und 37. Ergänzungslieferung. Moll-Verlag, Stuttgart.

Durch die Ergänzungslieferung ist der Kommentar auf den Stand Mai 1975 gebracht worden.

Von den zahlreichen tarifvertraglichen Regelungen, die neu aufzunehmen waren, sind der Mantelitarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974, die Vereinbarung über ein Schlichtungsverfahren vom 12. Dezember 1974, die Tarifverträge über die ab 1. Januar 1975 geltenden Vergütungen sowie der 37. Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 17. Marz 1975 besonders zu erwähnen. Mit diesem Änderungstarifvertrag sind die 55 22 bis 24 BAT sowie die Anlagen 1 a und 1 b zum BAT (Vergütungsordnungen) mit Wirkung vom 1. Januar 1975 an wieder in Kraft gesetzt worden. Die dabei vereinbarten Änderungen der tariflichen Regelungen über die Eingruppierung der Angestellten (§§ 22 und 23 BAT) bedingten es, diese Vorschriften völlig neu zu kommentieren. Lobenswert ist hierbei, daß die Bearbeiter den alten Wortlaut dieser Vorschriften einschließlich der Erläuterungen besonders gekennzeichnet in dem Kommentar belassen haben.

Abschließend bleibt lediglich festzustellen, daß die Bearbeitung der Ergänzungslieferungen den Ruf des "Clemens-Scheuring" als eines gründlichen und praxisgerechten Kommentars bestätigt.

Amtmann Michler

Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofes. Herausgegeben von Mitgliedern des Bundesgerichtshofes. 12. Aufl., 1974, Lexikon-Oktav. Verlag Walter de Gruyter, Berlin — New York. Mit der jetzt erscheinenden zwölften Auflage des bekannten Großkommentars ist die Kommentierung auf Randnummern umgestellt worden. Weder das Werk insgesamt noch die einzelnen Bände werden durchgehende Seitenzahlen erhalten. Das Werk erscheint in einzelnen Lieferungen, unabhängig von der Reihenfolge des Gesetzes, nach Fertigstellung der einzelnen Manuskripte. Sobald die Lieferungen für einen Band insgesamt vorllegen, wird eine Einbanddecke gelicfert. Diese Erscheinungsweise verdient ungeteilten Beifall, da sie eine möglichst frühzeitige Benutzung des Werkes ermöglicht. Bis jetzt sind folgende 14 Lieferungen erschienen:

S§ 812—822, bearbeitet von Bundesrichter a. D. Dr. Georg Heimann-Trosien, 144 S., brosch. 46,— DM;

Lieferung 2 (Band 5, Teil 1): §§ 1922-2146, bearbeitet von OLG-Präsidenten Dr. Wilhelm Kregel und Richter am BGH Professor Kurt Herbert Johannsen, VIII, 639 S., Halbleder;

Signature, Lieferung 3:
Signature 2196, bearbeitet von Richter am BGH Professor Kurt Herbert
Johannsen, 106 S., brosch.;

\$\frac{1}{2}\$ 701—779, bearbeitet von Richter am BGH Dr. Otto Friedrich Freiherr von Gamm, Richter am BGH Josef Mormann, Bundesrichter a. D. Dr. Claus Seibert, Richter am BGH Dr. Erich Steffen, 244 S., brosch., 94,— DM;

Lieferung 5: §§ 21—89, bearbeitet von Richter am BGH Dr. Erich Steffen, 171 S., brosch., 52,— DM;

Lieferung 6: §§ 241—252, bearbeitet von Richter am BGH Richard Alff, 107 S., brosch., 44,— DM;

Lieferung 7:

\$\$ 662-687, bearbeitet von Richter am BGH Dr. Erich Steffen,
150 S., brosch., 58,- DM;

Lieferung 8: §§ 362-397, bearbeitet von Vorsitzendem Richter am BGH Dr. Rein-hold Weber, 120 S., brosch., 52,— DM;

\$\frac{1}{2} \frac{1}{2} \frac

Lieferung 10: \$5 158-185, bearbeitet von Richter am BGH Dr. Erich Steffen, 161 S., brosch., 68,- DM;

161 S., Drosdin, c., Lieferung 11: \$\frac{3}{2} 2197-2273, bearbeitet von Vorsitzendem Richter am BGH Professor Kurt Herbert Johannsen und OLG-Präsidenten i. R. Dr. Wilhelm Kregel, 209 S., brosch., 98,— DM;

Rregel, 200 S., Blosch, 50,— Dba, Lieferung 12 und 13: §§ 433—534, bearbeitet von Bundesrichter a. D. Dr. Hans-Robert Mez-ger, 317 S., §§ 668—700, bearbeitet von Richter am BGH Dr. Günter Krohn, I/21 S., brosch., 148,— DM;

Lieferung 14: \$\$ 259-304, bearbeitet von Richter am BGH Richard Alff, 132 S., brosch., 68,- DM.

brosch., 68,— DM.

Der hier angezeigte Großkommentar der Praxis bedarf keiner Empfehlung mehr. Er hat sich in der Vergangenheit als unersetzliches Hilfsmittel für Lehre und Rechtsprechung erwiesen. Auch diese Neuauflage wird den in sie gesetzten Erwartungen gerecht. Sie erfüllt das Bedürfnis des Benutzers nach umfassender und möglichst rascher Information über den Stand von Rechtsprechung, Schrifttum und Lehrmeinungen. Man möchte dieses Hilfsmittel auch in Zukunft nicht mehr missen. Jede weitere Lieferung, die der Vervollständigung des Werkes dient, dürfte allseits mit Ungeduld erwartet werden.

Vors. Richter am Landgericht Adalbert S chäfer

Vors. Richter am Landgericht Adalbert Schäfer

Die Grundlagen der Beweislast im Zivilprozeß. Von Hans-Joachim Musielak. 1975, Groß-Oktav. XLIV, 403 S., geb. 136,— DM. Verlag Walter de Gruyter, Berlin — New York.

Waiter de Gruyter, Berlin — New York.

Das hier angezeigte Werk ist die im Sommer 1972 abgeschlossene Habilitationsschrift des Verfassers. Rechtsprechung und Schrifttum sind noch nachträglich bis Oktober 1974 berücksichtigt worden. Mit der vorliegenden Arbeit hat der Verfasser ein zentrales Problem des Zivilprozesses erneut aufgegriffen und grundlegend behandelt. Die Bedeutung der Beweislast kann für die Praxis nicht unterschätzt werden: Jeder Praktiker weiß, daß schon mancher Rechtsstreit sicher nicht deshalb verloren wurde, weil der Betroffene im Unrecht war, sondern weil er die Beweislast hatte.

Das Werk gliedert sich in drei Teile. Der erste dient der rechts-

Das Werk gliedert sich in drei Teile. Der erste dient der rechts-theoretischen Grundlegung. Verfasser versucht hier eine Klärung

der Begriffe. Er betont die Trennung zwischen den Funktionen der Beweislastnormen und den sich daraus für die Partelen ergebenden Folgen (Reflexwirkungen). Er plädlert für eine schäfere Trennung zwischen der Feststellungs- und der Beweisfahrungslast, also zwischen der objektiven und der subjektiven Beweisfast und warnt damit vor einer allzu unreflektierten Verwendung des Begriffes Beweislast." Dabei handelt es sich um ein theoretisch berechtigtes Anzuersnehmen dessen konkreter Bezug für die Praxis aber nicht sehr hoch zu veranschlagen ist. In diesem Abschnitt behandelt der Verfasser darüber hinaus das Verhältnis der Behauptungs- zur Beweislast und kommt dabei zu dem auf den ersten Blick überraschenden Ergebnis, daß weder die subjektive Behauptungslast und die Beweislasturungslast noch die objektive Behauptungslast und die Beweislasturungslast noch die objektive Behauptungslast und die Feststellungslast kongruent sind. Auch die gesetzlichen Vermutungen, der Anscheinsbeweis sowie die Beweislastumkehr werden hier erörtert.

beweis sowie die Beweislastumkehr werden hier erörtert.

Im zweiten Teil wird die geschichtliche Entwicklung des geltenden Beweisrechts aufgezeigt. Verfasser will diesen Teil nicht als "historische Zierleiste", sondern als "den Versuch, die Fundamente sichibar zu machen" aufgefaßt wissen. Im dritten Teil schließlich werden die Auswirkungen der Beweislastregeln auf die richterliche Tatsachenfeststellung und die sachlichen Grundlagen der Beweislast behandelt. Besonders der erste und der letzte Abschnitt sind für den mit der praktischen Rechtsanwendung befaßten Richter, aber auch für den Rechtsanwalt von besonderem Interesse. Sie werden bei Zweifelsfragen in der vorliegenden Abhandlung nicht nur eine Antwort, sondern auch praktische Hinweise auf die Rechtsprechung und das Schrifttum finden. Das vorangestellte Inhaltsverzeichnis erleichtert das Auffinden des Gesuchten. Durch den Aufbau des Werkes bedingt muß allerdings an mehreren Stellen nachgelesen werden. Nennenswerte Schwierigkeiten entstehen dadurch aber nicht.

Vorsitzender Richter am Landgericht Adaibert Schäfer

Verwarnungs- und Bußgeldkatalog mit Punktsystem. Kurzkommentar. Von Horst Janiszewski, Ministerialrat, und Hans Budden diek, Oberamtsrat, beide im Bundesministerium der Justiz. XII. 202 S., kart., 9,80 DM. Verlag C. H. Beck, München.

XII. 202 S., kart., 9,80 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Maßgebliche Vorschriften des Verwarnungs- und Bußgeldkataloges wurden 1975 neu gefaßt. Besonders bedeutsam war hierbei die Anhebung des Höchstbetrages des Verwarnungsgeldes von 20,- auf 40,- DM. Hinzu kam 1974 bereits das Mehrfachtäter-Punktsystem. Die neuen gesetzlichen Regelungen ließen es dem Verlag geraten erscheinen, diese Rechtsmaterie aus dem Kommentar von Göhler zum Ordnungswidrigkeitengesetz auszugliedern und einen neuen Kurz-Kommentar als Band 18a vorzulegen.

Kommentar als Band Isa vorzulegen.

Abgedruckt sind die gesetzlichen Regelungen über das Verwarnungsverfahren aus dem Ordnungswidrigkeitengesetz und dem Straßenverkehrsgesetz sowie der Verwarnungsgeld- und der Bußgeldkatalog. Beim Bußgeldkatalog ist besonders zu loben, daß bei Jeder Ordnungswidrigkeit gleich mit abgedruckt ist, ob ein Fahrverbot droht und wieviel Punkte die Ordnungswidrigkeit im Flensburger Register bringt. Es sind ferner die Gesetzestexte zur Behandlung verkehrsrechtlicher Entscheidungen im Zentralregister, also alles was mit Eintragung, Tilgung, Auskunft aus dem Strafregister zu tun hat, abgedruckt und dann noch die allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 15 b der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, das Mehrfachtäter-Punktsystem.

Punktsystem,
Im Anhang 7 finden sich die Straf- und Bußgeldvorschriften aus dem
Strafgesetzbuch, dem Straßenverkehrsgesetz sowie der Straßenverkehrs-Ordnung und der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung. Hier
wird der Leser besonders dafür dankbar sein, daß bei den Strafvorschriften auch immer sofort angeführt ist, wievtel Punkte diese
jeweilige Straftat im Flensburger Register bringt. Diese Angabe sollte
auch bei anderen Kommentaren und Gesetzesreihen in Zukunft nicht
mehr fehlen. Denn der Verkehrsteilnehmer ist meist mehr daran
interessiert zu erfahren, wieviele Punkte eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit bringt als die Höhe der Strafe oder der Buße.
Problematisch ist, daß von den rund 200 Seiten des Kommentars die

nungswidrigkeit bringt als die Höhe der Strafe oder der Buße. Problematisch ist, daß von den rund 200 Seiten des Kommentars die bayerische Fassung des Bußgeldkataloges 94 Seiten in Anspruch nimmt, die Fassung für die übrigen Länder dagegen lediglich 7 Seiten. Das bedeutet, daß die Hälfte des Kommentars mit der bayertschen Fassung des Bußgeldkataloges allenfalls in Bayern größeren Nutzen bringen wird, während die bayerische Fassung in den übrigen Ländern allenfalls eine Orientierungshilfe bietet. Das bringen die Kommentatoren auf Seite 13 auch deutlich zum Ausdruck.

Kommentatoren auf Seite 13 auch deutlich zum Ausdruck. Es handelt sich bei diesem Kurz-Kommentar nicht um einen eigentlichen Kommentar, in dem zuerst der Gesetzestext abgedruckt ist und dann die Erläuterungen folgen. Der Kommentar besteht aus einem sehr umfangreichen, klar abgefaßten und die gesamte Problemätik aufzeichnenden Vorwort von 25 Seiten. Es werden genaue Ausführungen über die Aufgabe des Verwarnungsverfahrens und seine Zulässigkeit gemacht. Der Verwarnungsgeldkatalog wird informativ, wenn auch kurz und knapp dargestellt. Die Einführung in den Bußgeldkatalog, die Übersicht über die einzelnen Möglichkeiten eines Fahrverbotes und die Behandlung der Ordnungswidrigkeiten und Straftstaten im Verkehrszentralregister bringen eine gute Einführung in die komplexe Materle. Genauso informativ ist die Einführung in das Mehrfachtäter-Punktsystem.

Was in diesem Kommentar sehlt, ist die Auseinandersetzung mit Fragen, die in der Praxis bei der Anwendung der Mehrsachiäter-Richtlinien im letzten Jahr relevant geworden sind. Hierüber liegt noch fast keine Rechtsprechung vor, die Führerscheinstellen haben aber große Schwierigkeiten, mit Zweiselsfragen dieser Materie sertig zu werden.

zu werden.

Hier ein Beispiel: Der Halter eines Fuhrparks hat es sechsmal zugelassen, daß Fahrer seines Betriebes Lkw mit abgefahrenen Reifen im Straßenverkehr geführt haben. Hierfür hat er 18 Punkte im Flensburger Register erhalten. Ist es sinnvoll, diesen Halter zu einer medizinisch-psychologischen Untersuchungsstelle zu schicken, um ein Gutachten über seine Fahrfähigkeit zu erhalten, obwohl er ausschließlich "Schreibtischtäter" gewesen ist? — Die nächsten Auflagen dieses Kommentars werden sicher zu dieser Frage und auch zu den andern Zweifelsfragen eingehend Stellung nehmen. Die jetzt vorliegende Auflage des Kommentars mit Stand vom September 1975 bietet dem Praktiker eine gute Grundlage für seine Tätigkeit, gleich, ob er als Rechtsanwalt oder als Behördenvertreter mit dieser Materie zu tun hat. Aber auch viele betroffene Verkehrsteilnehmer werden zur Information gerne zu diesem handlichen und preiswerten Kommentar greifen, um sich zu informieren.

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FUR DAS LAND HESSEN«

1976

MONTAG, 19. JANUAR 1976

Nr. 3

Veröffentlichungen

136

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels 10 52 06 H: Das Dienstsiegel (kleines Landessiegel) der Grundschule Marburg, Stadtteil Elnhausen, ist der beauftragten Lieferfirma abhanden gekommen. Es handelt sich um einen Gummifarbstempel mit Umschrift "Grundschule Marburg, Stadtteil Elnhausen", und der Wappenfigur des Landes. Der Stempel trägt keine Num-

Das vorstehend bezeichnete Dienstsiegel wird hiermit für ungültig erklärt. 3550 Marburg (Lahn), 7. 1. 1976

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg

Güterrechtsregister

 10. Dezem-GR 355 - Neueintragung · ber 1975: Eheleute Volker Hans Grunewald und Michéle Christiane, geb. Borrel, beide in Taunusstein 4.

Durch notariellen Vertrag vom 9. April 1975 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 10. 12. 1975

Amtsgericht

138

GR 357 — Neueintragung — 22. Dezember 1975: Eheleute Heinrich Georg Jung und Annemarie, geb. Tauer, beide in Schlangenbad 2.

Durch notariellen Vertrag vom 15. April 1975 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinngemeinschaft ausgeschlossen. 6208 Bad Schwalbach, 22. 12. 1975

Amtsgericht

139

GR 381 — Neueintragung — 30. Dezember 1975: Durch notariellen Vertrag vom 24. November 1975 haben der Redakteur Hannes Mathias und Christel, geborene Pötschulat, in Büdingen Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht **6470** Büdingen, 30. 12. 1975

GR 589: Eheleute Landwirt Walter Krimmel und Marlene, geb. Dietrich, beide in Burghaun, Ortsteil Steinbach, Königstr. 35.

Durch Vertrag vom 5. November 1975 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut. 6418 Hünfeld, 30. 12. 1975 A

GR 261: Eheleute Dipl.-Ing. Rolf Jürgen - Herbst, geb. am 13. 1. 1947, und kaufm. Angestellte Jutta Evelyn Herbst, geb. Mey, geb. am 25. 10. 1951, 357 Stadt Allendorf. Durch notariellen Vertrag vom 21. Mai

1975 ist Güterrechtstrennung vereinbart. Amtsgericht 3575 Kirchhain, 16- 12. 1975

GR 201 - Neueintragung: Postsekretär Lothar Ringelmann und Ingrid Ringelmann, geb. Aschnewitz, in 6483 Bad Soden-Salmünster/Ahl.

Durch Vertrag vom 20. November 1975 ist Gütertrennung vereinbart. 6490 Schlüchtern, 8. 1. 1976

143

GR 384: Die Eheleute Kaufmann Harald Aigner und Anita Aigner, geb. Laub, beide wohnhaft in 6393 Wehrheim, Hauptstr. 11, haben durch Ehevertrag vom 20. 10. 1975 Gütertrennung vereinbart.

6390 Usingen, 17. 12. 1975

Amtsgericht

Handelsregister

HRA 1108 - 29, 12, 1975: Heinrich Volmar, Naumburg.

Das Geschäft ist auf den Kaufmann und Fahrlehrer Siegfried Volmar, Naumburg, übertragen. Die Firma ist geändert in: Heinrich Volmar, Auto-Volmar, Inh. Siegfried Volmar.

3549 Wolfhagen, 29. 12. 1975 Amtsgericht

Vereinsregister

145

VR 489 - Neueintragung -- 23. Dezem-1975: Angel-Sportverein Allendorf (Dillkreis) e. V. in Allendorf (Dillkreis).

Die Satzung ist am 1. März 1975 errich-

6340 Dillenburg, 23. 12. 1975

146

VR 194 - Neueintragung - 30. Dezember 1975: Turn- und Sportverein Haine. 3558 Frankenberg, 30. 12. 1975 Amtsgericht

Neueintragungen mit dem Sitz in Frankfurt am Main:

2. 10. 1975: Frankfurter 73 VR 6765 · Karnevalverein DIE SCHLUMPFE.

73 VR 6768 — 22. 10. 1975: Bundesverband Dritter Bildungsweg.

73 VR 6780 — 17. 11. 1975: Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee (Ħilfsorganisation politisch und weltanschaulich Verfolgter in Irland).

73 VR 6788 - 10. 12. 1975: Vereinigung Luftfahrt.

73 VR 6789 - 10. 12. 1975: Förderungsverein junge Kunst in Frankfurt am Main.

73 VR 6791 — 16. 12. 1975: UNITEIS — Union der italienischen Eiskonditoren in Deutschland.

73 VR 6792 — 16. 12. 1975: CENTRO AR-GENTINO.

73 VR 6793 - 19. 12. 1975: Lufthansa-Sportverein Frankfurt.

73 VR 6794 - 19. 12. 1975: Liederbacher Jugendring, Sitz: Liederbach.

73 VR 2511 — 11. 12. 1975: Unterstützungskasse Diller & Fath e. V., Sitz: Frankfurt am Main.

Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 4152 - 5. 12. 1975: Pensions- und Unterstützungs-Einrichtung Hebenstreit -Maschinen- und Ofenbau, Sitz: Frankfurt am Main.

Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 4790 - 19. 12. 1975: Vereinigung der Freunde des Frankfurter Stadtwaldes, Sitz: Frankfurt am Main.

Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 4839 — 19. 12. 1975: Soziographische Gesellschaft, Sitz: Frankfurt am Main.

Der Verein ist aufgelöst. 6000 Frankfurt (Main), 6. 1. 1976

Amtsgericht, Abt. 73

148

VR 437 - 29. 12. 1975: Wetterauer Lohnsteuerhilfe-Vereinigung, Friedberg.

VR 438 — 29. 12. 1975: 1. Berstädter Carnevalverein 1967, Wölfersheim-Berstadt. VR 439 — 29. 12. 1975: Der Verein der

Lohnsteuerzahler e. V., Echzell (Amtsgericht Nidda) hat seinen Sitz nach Florstadt verlegt und den Namen geändert in: Verein der Lohnsteuerzahler e. V., Lohnsteuerhilfeverein.

6360 Friedberg, 29. 12. 1975 Amtsgericht

VR 991 — Neueintragung — 22. 12. 1975: Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder. Sitz des Vereins ist Gießen. 6300 Gießen, 30, 12, 1975 Amtsgericht

150

41 VR 668 - 23. 12. 1975: 1. Sportkegelclub Nidderau, Sitz: Nidderau. 6450 Hanau, 23. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 41

41 VR 669 — 24. 12. 1975: Köcheverein Hanau im Verband der Köche Deutschlands, Sitz: Hanau. 6450 Hanau, 24. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 41

VR 298 — Neueintragung — 6. 1. 1976: Reit- und Fahrverein Wallrabenstein 1975, Wallrabenstein.

6270 Idstein, 18. 12. 1975

Amtsgericht

5 VR 345: Schwimmverein Lampertheim, 6840 Lampertheim 1. 6840 Lampertheim, 23. 12. 1975 Amtsgericht

5 VR 346: Viernheimer türkischer Schulelternverein, 6806 Viernheim. 6840 Lampertheim, 23. 12. 1975 Amtsgericht

VR 339 — Neucintragung — 1. 12. 1975: Verein zur Förderung gemeinnütziger Einrichtungen der Gemeinde Hainhausen. Sitz Ist Hainhausen.

6453 Seligenstadt, 8. 1. 1976

Amisgericht

Vergleiche — Konkurse

156

81 N 425/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Kurt Wagner, 7291 Besenfeld, Kreis Freudenstadt, Mönchweg 233, alleiniger Inhaber der Firma Franz Wagner & Söhne, 6 Frankfurt/Main, Kaiserstr. 68, soll die Schlußverteilung statifinden.

Schlußtermin ist auf den 17. Februar 1976, 8.40 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, 1. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

Verfügbar sind 77 751,60 DM, wovon noch Masseverbindlichkeiten abgehen. Zu berücksichtigen sind nach § 61 KO: Abs. 2 118 317,62 DM, Abs. 3 1394,24 DM, Abs. 6 311 193,25 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Frankfurt, Aktenzeichen 81 N 425/73, niedergelegt.

6000 Frankfurt (Main), 10. 1. 1976
Der Konkursverwalter:
Dipl.-Kfm. Garbarsky
Wirtschaftsprüfer u. Steuerberater

157

81 N 252/72: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 31. Mai 1972 in Hanau verstorbenen Kaufmanns Horst Albert Leo Adolf Hauser, zuletzt wohnhaft Hochstadt, Bahnhofstraße 14, alleiniger Inhaber der Firma Bruno Oskar Dittrich, 6000 Bergen-Enkheim, Frankfurter Straße, Hessen-Zentrum, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Schlußtermin ist auf den 17. Februar 1976, 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

Verfügbar sind 41 714,45 DM, wovon noch Masseverbindlichkeiten abgehen. Zu berücksichtigen sind nach § 61 KO: Abs. 1 35 591,60 DM, Abs. 2 76 579,26 DM, Abs. 3 30 209,50 DM, Abs. 6 1 122 041,82 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Frankfurt, Aktenzeichen 81 N 252/72, niedergelegt.

6000 Frankfurt/Main, 6. 1. 1976

Der Konkursverwalter:

Dipl.-Kim. Garbarsky

Wirtschaftsprüfer u. Steuerberater

158

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Tulsa (Deutschland) Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6 Frankfurt/M., Bockenheimer Anlage 15, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 14 347,11 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 8452,03 DM bevorrechtigte und 60 379,15 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt/Main, Abt. 81,

6000 Frankfurt (Main), 9. 1. 1976

Der Konkursverwalter:

Brauburger

Steuerberater

159

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Sondermann & Co. GmbH, Moselstr. 32, 6000 Frankfurt/Main, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 55 574,22 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 62 008,74 DM bevorrechtigte und 1 020 241,27 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt/M., 6000 Frankfurt/M., Gerichtsstraße, auf. 6000 Frankfurt (Main), 9. 1. 1976

Der Konkursverwalter: Brauburger Steuerberater

160

81 N 687/75 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma Van Brynke Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6 Frankfurt (Main), Kleine Wiesenau 1, wird heute, am 6. Januar 1976, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. W. Schaaf, 6 Frankfurt (M.), Bleidenstr. 1, Tel.; 29 10 44.

Konkursforderungen sind bis zum 29. Januar 1976, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 13. Februar 1976, 11.00 Uhr Prüfungstermin am 12. März 1976, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main) Gerichtsstraße 2, Gebäude B I. Stockwerk, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 29. Januar 1976 ist angeordnet. 6000 Frankfurt (Main), 6. 1. 1976

Amtsgericht, Abt. 81

161

81 N 252/72 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 31. Mai 1972 in Hanau verstorbenen Kaufmanns Horst Albert Leo Adolf Hauser, zuletzt wohnhaft Hochstadt, Bahnhofstraße Nr. 14, alleinigen Inhabers der Firma Bruno Oskar Dittrich, 6 Bergen-Enkheim, Frankfurter Straße, Hessen-Zentrum, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 17. Februar 1976 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (M.) Gerichtsstr. 2, Geb. B I. Stock, Zimmer 137 anberaumt.

Für den Verwalter werden festgesetzt: Vergütung 25 000,— DM zuzüglich Ausgleichs nach § 4 Abs. 5 Vergütungsverordnung; Auslagen 1637,58 DM. 6000 Frankfurt (Main), 2. 1. 1976

Amtsgericht, Abt. 81

162

N 13/74: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 28. 11. 1973 in Bad Nauheim verstorbenen, zuletzt in Reichelsheim-Heuchelheim wohnhaft gewesenen Kaufmanns Heinz Jebram ist Schlußtermin anberaumt auf Freitag, 13. 2. 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer Nr. 32.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwaiters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Für den Verwalter werden festgesetzt: a) Vergütung 1995,45 DM, b) Auslagen 129,90 DM.

6360 Friedberg, 13, 11, 1975 Amtsgericht

163

2 N 471: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 8. 4. 1970 verstorbenen Architekten Wilhelm Marx, zuletzt wohnhaft in Mölln, hat der Konkursverwalter die Einstellung des Verfahrens mangels Masse gemäß § 204 KO angeregt.

Termin zur Anhörung der Gläubiger, zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters wird bestimmt auf Dienstag, den 3. Februar 1976, 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Groß-Gerau, Außenstelle, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal.

164

65 N 31/74: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Brockelmann sen. & Grund oHG, Kassel, Wolfhager Straße 10—12, persönlich haftende Gesellschafter: Werner Herwig, Hildegard Herwig, Dr. Günter Herwig, ist nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben (§ 163 I KO).

Die Vergütung der Gläubigerausschußmitglieder ist auf 15,— DM pro Slunde festgesetzt. 3500 Kassel, 29, 12, 1975

Amtsgericht, Abt. 63

165

65 N 11/75: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Karl Wilhelm Lindner, Inhaber der Firma Kunststoffwerk K. W. Lindner, Niestetal, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 2. März 1976, 12.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.

3509 Kassel, 7. 1. 1976 Amtsgericht, Abt. 65

166

65 N 13/75: Über das Vermögen der Firma Apothekenberatung Kondra-Pharm GmbH & Co. KG, vertreten durch den Geschäftsführer der persönlich haftenden Gesellschafterin der Kondra-Pharm GmbH, Herr Karl-Hermann von Kondratovicz, jetzt Küssaberg-Kadelburg, Deckwiesen 18. ist am 6. Januar 1976, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Michael Müller, Kassel, Obere Königsstrafie 16—18. Konkursforderungen sind bls zum 31. März 1976 beim Gericht anzumelden (2fach).

Termin zu Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters. Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 11. Februar 1976, 8.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 12. Mai 1976, 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Untergeschoß).

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. Januar 1976 anzeigen.

8500 Kassel, 6. 1. 1976 Amtsgericht, Abt. 65

65 N 11/71: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Gerhard Rath, Hoch- und Tiefbau GmbH, Kassel, Lambertweg 13, vertreten durch ihren Geschäftsführer Gerhard Rath, Kassel, Lambertweg 13, jetzt wohnhaft 6441 Wildeck-Raßdorf, Hauptstr. 1a, wird Termin (Gläubigerversammlung) zur Beschlußfassung über die Entlassung des Konkursverwalters bestimmt auf den 24. Februar 1976, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Str. 9, Zimmer 023 (Untergeschoß).

3500 Kassel, 6, 1, 1976 Amtsgericht Abt. 65

168

7 N 18/72: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Günther Kilian GmbH in Limburg ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 8190 DM festgesetzt, seine Auslagen sind auf 409 DM festgesetzt.

6250 Limburg (Lahn), 31. 12. 1975

Amtsgericht

169

7 N 26/75 - Beschluß: Über das Vermögen des Paul Wecker, Fliesenfachgeschäft, in Camberg-Erbach, Kapellenstraße 15, wird heute am 5. Januar 1976, 16.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da das Finanzamt Limburg/L. den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt und glaubhaft gemacht hat, daß ihm gegen den Schuldner eine Forderung in Höhe von 170 399,31 DM zusteht und der Schuldner nach den angestellten Ermittlungen zahlungsunfähig ist.

Rechtsanwalt Eberhard Wahl in Limburg/L., Parkstraße 5, wird zum Konkurs-

verwalter bestellt.

Konkusforderungen sind bis zum 3. Februar 1976 bei dem Gericht in zwei Stükken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben ihre Vollmacht mit einzureichen oder diese spätestens im Termin vorzulegen.

Es wird Termin anberaumt zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Konkursverwalters, über die Bestellung eincs Gläubigerausschusses, gegebenenfalls über die in § 132 KO bezeichneten Ge-

genstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 18. Februar 1976. 16.30 Uhr, vor dem hiesigen Gericht, Saal 14.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben, oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten und die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch neh-

men, dem Konkursverwalter bis zum 3. Februar 1976 Anzeige zu machen. 6250 Limburg (Lahn), 5. 1. 1976 Amtsgericht

13 N 96/75 - Beschluß: Über das Vermögen des Kaufmanns Gottfried Krause, wohnhaft in 6233 Kelkheim/Taunus, Gimbacher Weg 33, persönlich haftender Ge-sellschafter der in Konkurs befindlichen Firmen Erasmusdruck OHG in Mainz und Supremus-Reproduktion Falch und Co. in Mainz, wird heute, am 11. Dezember 1975, 11.15 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner dies wegen Zahlungsunfähigkeit be-

antragt hat — §§ 102, 103 KO. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Claus-Michael Redeke, 65 Mainz, Hindenburgstraße 30.

Konkursforderungen sind bis zum 27. Januar 1976 - in zweifacher Fertigung -

beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen wird bestimmt auf Mittwoch, den 11. Februar 1976, vormittags 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Mainz, Kaiser-Friedrich-Str. 4, Erdgeschoß, Zimmer 42.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 27. Januar 1976 anzeigen.

6500 Mainz, 11. 12. 1975

Amtsgericht

N 1/65: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hermann Hell, Schlüchtern, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Kon-kursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) und zur Abnahme der Schlußrechnung Termin auf Montag, den 23. Februar 1976, 10.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 7. bestimmt. Amtsgericht

6490 Schlüchtern, 9. 1. 1976

N 4/75: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Starplex-Wirkerei GmbH in Steinau wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 26. Februar 1976, 10.00 Uhr, bestimmt.

6490 Schlüchtern, 6. 1. 1976 Amtsgericht

173

62 N 152/74 - Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 14. 4. 1974 verstorbenen Ingeborg Lindner, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden-Dotzheim, Am Schelmengraben 2, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Amtsgericht 6209 Wiesbaden, 17. 12. 1975

174

62 N 33/75 - Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Isolierers Paul Heinz Kannanek, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden. Hermannstraße 3, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6200 Wiesbaden, 17. 12. 1975 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläublger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen las-sen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

K 24/75: Das im Grundbuch von Kirtorf, Band 21, Blatt 742, eingetragene Grund-

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kirtorf, Flur 2, Flurstück 124, Hof- und Gebäudefläche, Erbenhäuser Weg 16, Größe 10,43 Ar,

soll am 17. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Truccolo, Bruno Michael Angelo, in Kirtorf und Ehefrau Renate Emmi Elisabeth, geborene Ostreich, daselbst, — je zur Hälfte -

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 183 000,- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Amtsgericht 6320 Alsfeld, 6. 1. 1976

K 9/74: Die im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 199, Blatt 7085, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 23, Furstück 10/6, Hof- und Gebäudefläche, Fritz-Rechberg-Straße 87, Größe 4.42 Ar.

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 23, Flurstück 120/6, Hofraum, Fritz-Rechberg-Straße, Größe 0,45 Ar,

sollen am 24. März 1976, 9.00 Uhr, im Sitzungssaal der Zivilabteilung, im Gebäude der Sparkasse, Reichstraße 1, 3. Stock, Zimmer 305, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. Mai 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Strecker Gerd Lüdecke,
- b) Frau Katharina Dickel, geb. Eichmann, beide in Bad Hersfeld, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 30. 12. 1975 Amtsgericht

K 19/75: Die im Grundbuch von Sorga, in den nachstehenden Bänden und Blättern eingetragenen Grundstücke, alle in der Gemarkung Sorga belegen:

I. Band 20, Blatt 665, Bestandsverzeichnis:

lfd. Nr. 6, Flur 13, Flurstück 236, Bauplatz, Bien Rück, Größe 6,79 Ar,

Ifd. Nr. 7, Flur 13, Flurstück 237, Bauplatz, Bien Rück, Größe 6,31 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 13, Flurstück 238, Bauplatz, Bien Rück, Größe 6,30 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 13, Flurstück 241, Bauplatz, Bien Rück, Größe 6,51 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 13, Flurstück 242, Bauplatz, Bien Rück, Größe 6,73 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 13, Flurstück 243, Bauplatz, Bien Rück, Größe 7,15 Ar, lfd. Nr. 12, Flur 13, Flurstück 244, Bau-

platz, Bien Rück, Größe 7,71 Ar. lfd. Nr. 16, Flur 13, Flurstück 249, Bau-

platz, Bien Rück, Größe 5,26 Ar, lfd. Nr. 22, Flur 13, Flurstück 256, Bauplatz, Bien Rück, Größe 6,50 Ar,

lfd. Nr. 23, Flur 13, Flurstück 257, Bauplatz, Bien Rück, Größe 7,20 Ar.

lfd. Nr. 25, Flur 13, Flurstück 259, Bau-platz, Bien Rück, Größe 6,50 Ar,

lfd. Nr. 26, Flur 13, Flurstück 260, Bau-

platz, Bien Rück, Größe 6,14 Ar, lfd. Nr. 27, Flur 13, Flurstück 261, Bau-

platz, Bien Rück, Größe 5,66 Ar, lid. Nr. 33, Flur 13, Flurstück 247, Bauplatz, Bien Rück, Größe 8,79 Ar,

– Lieg. B. aller dieser Grundstücke 625 -

II. Band 23, Blatt 740, Bestandsverzeichnis:

lfd. Nr. 2, Flur 13, Flurstück 263/1, Bauplatz, Lindenweg, Größe 24,63 Ar, Lieg. B. 665.

III. Band 23, Blatt 754, Bestandsverzeichnis:

lfd. Nr. 1, Flur 13, Flurstück 258, Bauplatz, Bien Rück, Größe 7,21 Ar, Lieg. B. 668,

IV. Band 24, Blatt 756, Bestandsverzeich-

lfd. Nr. 1, Flur 13, Flurstück 263/2, Bauplatz, Lindenweg, Größe 30,10 Ar, Lieg. B. 674, V. Band 24, Blatt 758, Bestandsverzeich-

nis:

lfd. Nr. 1, Flur 13, Flurstück 263/4, Bauplatz, Lindenweg, Größe 13,42 Ar, Lieg. B. 676.

soilen am 10. März 1976, 9.00 Uhr, im Sitzungssaal der Zivilabteilung, im Gebaude der Sparkasse, Reichstraße 1, Stock, Zimmer 305, durch Zwangsvollstrekkung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Juli 1975 bezüglich aller Grundstücke (Tag

des Versleigerungsvermerks): "Eigener Herd" Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH in Wiesbaden.

Über das Vermögen der Eigentümerin ist unter 62 N 107/73 vom Amtsgericht Wiesbaden das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Gerhard Hempel in 62 Wiesbaden, Rosenstraße 3.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 11. 12. 1975 Amtsgericht

178

K 3/75: Das im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 170, Blatt 6206, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 46, Flurstück 11, Hof- und Gebäudefläche, Ludwig-Braun-Straße 3. Größe 10,36 Ar.

soll am 17. März 1976, 9.00 Uhr im Sitzungssaal der Zivilabteilung im Gebäude der Sparkasse, Reichstraße 1, 3, Stock, Zimmer 305, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. März 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Versicherungsbezirksinspektor Helmut Grebe,

b) seine Ehefrau Anna Grebe, geb. Schneider,

beide in Bad Hersfeld, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 15. 12. 1975 Amtsgericht

179

6a K 69/74 — Beschluß: Das im Reichsheimstätten-Grundbuch von Burgholzhausen, Band 32, Blatt 1450, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Burgholzhausen, Flur 1, Flurstück 496/60, Hof- und Gebäudefläche, Herrengartenstraße 11, Größe 3,35 Ar,

soll am 17. März 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bad Homburg v. d. H., Auf der Steinkaut 10-12, Saal 1 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. November 1974 (Tag des Verstelgerungsvermerks):

Glaser Walter Emil Pfannerer in Friedrichsdorf-Burgholzhausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 115 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6389 Bad Homburg v. d. H., 3, 11, 1975 Amtsgericht

180

K 72/74: Das im Grundbuch von Petterweil, Band 13, Blatt 682, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Petterweil, Flur 1, Flurstück 694/1 LB 535, Hof- und Gebäudefläche Solmser Weg 1, Größe 2,35 Ar, EW: 4000,- DM,

soll am 11. März 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Frankfurter Straße 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12, 11, 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Edwin Hanka in Petterweil.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 119 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 11. 11. 1975 Amtsgericht

181

K 8075: Die ideellen Hälften der im Grundbuch von Bad Vilbel, Band 156, Blatt Nr. 6517 — auf den Namen des Josef Ja-–, eingetragenen Grundstücke.

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Vilbel, Flur 2, Flurstück 323'3, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Str. 2, Größe 35,90 Ar,

1fd. Nr. 2, Gemarkung Bad Vilbel, Flur 2, Flurstück 322 2, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 2,04 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Bad Vilbel, Flur 2, Flurstück 322 3, Hof- und Gebäudefläche. daselbst, Größe 9,49 Ar.

lfd. Nr. 5, Gemarkung Bad Vilbel, Flur 2, Flurstück 320, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 6, Größe 1,47 Ar.

sollen am 25. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Frankfurter Str. 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstrekkung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. Juli 1975 der ideellen Hälften (Tag des Versteigerungsvermerks): Josef Janowski in Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgeseizt auf 1700 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 3, 11, 1975 Amisgerichi

K 39.74 (K 18.74): Das im Grundbuch von Bad Vilbel, Band 74, Blatt 4062, eingetragene Grundstück.

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Vilbel, Flur Nr. 16, Flurstück 64 26, Lieg.-B. 3600, Hofund Gebäudefläche, Am Hang 65, Größe 7,69 Ar, EW: 8400 DM,

soll am 12. März 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Frankfurter Straße 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 6. 1974 bzw. 30. 7. 1974 (Tage der Versteigerungsvermerke): Adam Scheuermann und Einma Scheuermann, geb. Schwarz, beide in Bad Vilbel, Am Hang 65, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 250 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekannimachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 1, 12, 1975 Amisgerichi

183

K 52/74: Die im Grundbuch von Lixfeld, Band 43, Blatt 1498, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lixfeld, Flur 3, Flurstück 387, Lieg.-B. 1177, Hof- und Gebäudefläche, Bergstraße 4, Größe 6.01 Ar,

lfd. Nr. 2 Gemarkung Lixfeld, Flur 1 Flurstück 2/5, Hof- und Gebäudefläche, Der Nisteberg, Größe 17,86 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lixfeld, Flur 1, Flurstück 2/4, Hofraum, Der Nisteberg. Größe 1,69 Ar,

sollen am Dienstag, dem 16. März 1976, 14.00 Uhr. im Gerichtsgebäude, Biedenkopf (Lahn), Hainstraße 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. Oktober 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Stanzer Erwin Otto Hartmann und dessen Ehefrau Ilse Hartmann, geb. Turschner,

beide in Lixfeld - je zu 1/1. Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsverstelgerungen" wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 3. 1. 1976 Amtsgericht

184

K 48 75: Die im Grundbuch von Niedereisenhausen, Band 36, Blatt 1263, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3. Gemarkung Niedereisenhausen, Flur 10. Flurstück 80, Grünland, In dem Höfchen, Größe 3,42 Ar,

lfd. Nr. 4 Gemarkung Obereisenhausen, Flur 2, Flurstück 78 Grünland, Auf der Au, Größe 4,51 Ar,

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Obereisenhausen, Flur 2 Flurstück 79, Grünland, Auf der Au, Größe 1,60 Ar,

sollen am Freitag, dem 26. März 1976, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf (Lahn), Hainstr. 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 27. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Witwe des Maurers Heinrich Pfeiffer 6., Katharina Pfeiffer, geborene Stephan, in Niedereisenhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Amtsgericht 3560 Biedenkopf, 3. 1. 1976

185

K 27/75: Die im Grundbuch von Hartenrod, Band 47, Blatt 1721, eingetragene Grundstückshälfte,

lid. Nr. 1, Gemarkung Hartenrod, Flur Nr. 14, Flurstück 3/24, Hof- und Gebäudefläche, Weltersberg 36, Größe 2,80 Ar, soll am Dienstag, dem 23. März 1976,

14.00 Uhr, im Gerschtsgebäude Biedenkopt/Lahn, Hainstr. 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. Juni 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Ernst Wieth, geb. am 26. Sep-

tember 1914, Hartenrod.
Auf die Sammelbekanntmachung am

Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 3. 1. 1976 Amtsgericht

K 18/74: Das im Grundbuch von Oberbiel, Band 50, Blatt 879, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberbiel, Flur 6, Flurstück 1/2, Bauplatz, Am Nußbaum, Größe 7,35 Ar,

soll am Mittwoch, dem 17. 3. 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Sit-zungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 10. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Martin Unger und Sofie, geb. Rommel, Oberbiel, zu je ½.

Der Wert des Grundstücks ist nach

§ 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 410 375 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 2. 1. 1976 Amtsgericht Wetzlar, Zweigstelle Braunfels

61 K 15'75: Das im Grundbuch von Arheilgen, Band 143, Blatt 6506, eingefragene Grundstück,

1fd. Nr. 3, Gemarkung Arheilgen. Flur Nr. 10, Flurstück 498/2, Hof- und Gebäudefläche, Im Ehrlich 23, Größe 4,82 Ar,

soll am 28. 4. 1976, 9.00 Uhr. im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 418, durch Zwangsvollstreckung verstelgert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 2. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks);

Karin Ude, geb. Erb, in Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 19, 12, 1975

Amtsgericht, Abt. 61

4 1 4

61 K 3/74: Das im Grundbuch von Weiterstadt, Band 108, Blatt 4352, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Weiterstadt, Flur Nr. 6, Flurstück 106/2, Hof- und Gebäude-fläche, Gutenbergstr. 28, Größe 29,92 Ar, soll am 7. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr 12, Erdgeschoß, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 1. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Glasbläser Jakob Schiller, Darmstadt-Arheilgen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 7. 11. 1975

Amtsgericht, Abt. 61

189

61 K 167/74: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk III, Band 49, Blatt 2066, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Darmstadt, Flur 3,

Flurstück 522/2, Hof- und Gebäudefläche, Rhönring 31, Größe 10,67 Ar, soll am 31. März 1976 9.00 Uhr, im Ge-richtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Saal 418, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigenfümer am 13. 12. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Vermessungsinspektor Ingenieur Emil Peter Frank in Darmstadt,

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 14. 11. 1975

Amtsgericht, Abt. 61

190

31 K 33/74: Das im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 150, Blatt 5457, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Roden, Flur 9, Flurstück 657, Bauplatz (jetzt: Hof-und Gebäudefläche), Münchner Str., Größe 7,02 Ar,

soll am Dienstag, dem 9. 3. 1976, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 3. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Alfred Josef Menne, z. Z. unbekannten Aufenthaltes.

Der Wert des Grundstücks ist nach 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 625 000 Deutsche Mark.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 9. 1. 1976

191

31 K 13/73: Das im Grundbuch von Schaafheim, Band 52, Blatt 2553, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Schaafheim, Flur Nr. 9, Flurstück 37:6, Betriebsgelände, Aue, Größe 106,66 Ar,

soll am Donnerstag, 1. 4. 1976, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstr. 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Motoporter AG in Baden/Schweiz.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 506 600,— DM festgesetzt.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargebots in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 6. 1. 1976 Amtsgericht

31 K 51/74: Das im Grundbuch von Harpertshausen, Band 10, Blatt 537, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Harpertshausen, Flur 1, Flurstück 223, Hof- und Gebäude-

fläche, Sudetenstr. 5, Größe 6,93 Ar, soll am Donnerstag, 4. 3. 1976, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstr. Nr. 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstrekkung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 4. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Jobst Hans-Peter Meurer.

Der Wert des Grundstücks ist nach 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 265 000,— Deutsche Mark.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 6. 1. 1976 Amtsgericht

193

K 11/75: Das im Grundbuch von Erbach, Bezirk Erbach, Band 42, Blatt 1249, einge-

tragene Grundstück, 1fd. Nr. 1 Gemarkung Erbach, Flur 13 Flurstück 31/2, Hof- und Gebäudefläche, Taunusstraße 13, Größe 3,71 Ar,

soll am 22. März 1976 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6228 Eltville zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. Novem-

ber 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Anna Elisabeth Kremer, geborene Scholl, 6229 Erbach, Eberbacher Str. 66 a, zu 1/2-Anteil

2. Anna Katharina Wagner, geborene Weis, 6200 Wiesbaden, Luisenstraße 47,

3. Peter Günter Weis, 8190 Wolfratshausen, Winibaldstraße 16,
4. Heinrich Wilhelm Weis, 6222 Geisen-

heim-Johannisberg, Schloß Johannisberg, Gutsausschank,

2., 3. und 4. zu je 1/s-Anteil.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6228 Eltville (Rhein), 19. 12. 1975

Amtsgericht

Amtsgericht

K 5/75; Der im Grundbuch von Erbach, Bezirk Erbach, Band 54, Blatt 1584, einge-2220/100 000stel Miteigentumsantragene teil an dem Grundstück,

Flur 14, Flurstück 44/9, Bauplatz, Draiser Weg, Größe 60,31 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 332 bezeichneten Sondereigentumseinheit

soll am 5. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eltville durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Juni 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Christian Nicolai, Kaufmann, wohnhaft in Hallgarten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6228 Eltville (Rhein), 11. 12. 1975 Amtsgericht

K 3/75: Der im Grundbuch von Erbach, Bezirk Erbach, Band 53, Blatt 1572, eingetragene 1863/100 000stel Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Flur 14, Flurstück 44/9, Bauplatz, Draiser Weg, Größe 60,31 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit 223 bezeichneten Sondereigentumseinheit,

soll am 5. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eltville, durch Zwangsvollstreckung verstelgert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Juni 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Peter Becker, Kaufmann, wohnhaft in Berlin, zur Zeit unbekannten Aufenthalts. Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6228 Eltville, 11. 12. 1975 Amtsgericht

196

K 4/75: Der im Grundbuch von Erbach, Bezirk Erbach, Band 53, Blatt 1574, eingetragene 2113/100 000stel Miteigentumsantell an dem Grundstück,

Flur 14, Flurstück 44/9, Bauplatz, Draiser Weg, Größe 60,31 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 331 bezeichneten Sondereigentumseinheit,

soll am 5. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eltville, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Juni 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Peter Nicolai, Kaufmann, wohnhaft in Wiesbaden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6228 Eltville (Rhein), 11. 12. 1975

Amtsgericht

197

84 K 202/74 — Zwangsversteigerung: Die in den Wohnungsgrundbüchern von Sossenheim (Amtsgericht Frankfurt am Main, Abteilung Höchst) eingetragenen Wohnungseigentumsrechte an dem Grundstück Gemarkung Sossenheim, Flur 15, Flurstück 78/1, Hof- und Gebäudefläche, Siegener Str. 42—54, Größe 76,14 Ar, mit der Beschränkung der jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte gemäß Wohnungsgrundbüchern von Sossenheim, Blatt 3031 bis 3117,

Band 104, Blatt 3040: 13/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 10 im Hause A, Wert 118 000 DM,

Band 104, Blatt 3043: 13/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 13 im Hause A, Wert 118 000 DM,

Band 104, Blatt 3047: 14/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 17 im Hause A, Wert 122 000 DM,

Band 104, Blatt 3049: 13/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 19 im Hause A, Wert 120 000 DM,

Band 104, Blatt 3050: 14/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 20 im Hause A, Wert 123 000 DM,

Band 104, Blatt 3052: 13/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 22 im Hause A, Wert 121 000 DM,

Band 105, Blatt 3080: 12/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 3 im Hause B 2, Wert 104 000 DM,

Band 106, Blatt 3093: 9/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 16 im Hause B 2, Wert 82 000 DM,

Band 106, Blatt 3098: 16/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 1 im Hause C 1, Wert 135 000 DM.

Band 106, Blatt 3101: 15/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 4 im Hause C 1, Wert 134 000 DM.

Band 106, Blatt 3103: 15/1000 Mitelgentumsanteil u. Wohnung Nr. 6 im Hause C 1, Wert 136 000 DM,

Band 106, Blatt 3104: 16/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 7 im Hause C 1, Wert 138 000 DM.

Band 106, Blatt 3106, 16/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 1 im Hause C 2 Wert 132 500 DM,

Band 106, Blatt 3107: 15/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 2 im Hause C 2, Wert 133 000 DM,

Band 106, Blatt 3108: 16/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 3 im Hause C 2, Wert 136 000 DM,

Band 106, Blatt 3110: 16/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 5 im Hause C 2, Wert 137 000 DM,

Band 106, Blatt 3111: 15/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 6 im Hause C 2, Wert 136 000 DM,

Band 106, Blatt 3112: 16/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 7 im Hause C 2, Wert 138 000 DM,

Band 106, Blatt 3113: 15/1000 Miteigentumsanteil u. Wohnung Nr. 8 im Hause C 2, Wert 137 000 DM,

Band 106, Blatt 3116: 4/1000 Miteigentumsanteil und Hobbyraum Nr. 1a im Hause C 2 ,Wert 55 000 DM,

Band 106, Blatt 3117: 52/61 Anteil an dem 30,5/1000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der Sammelgarage. Wert 298 360 DM

Insgesamt: 2753 860 DM.

sollen am Donnerstag, 20. Mai 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Saal 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 5. 1975 (Versteigerungsvermerk): Baitinger GmbH & Co., Freies Wohnungsunternehmen, Stuttgart.

Der Verkehrswert der Mitelgentumsanteile ist wie angegeben nach § 74a ZVG festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main) 26. 11. 1975

Amtsgericht, Abt. 84

198

84 K 297/75 — Zwangsversteigerung: Die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 30, Band 9, Blatt 323, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 472, Flurstück 26/23, Hof- und Gebäudefläche, Schifferstraße 52, Größe 11,95 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung 1, Flur 472, Flurstück 20/1, Hofraum, Schifferstraße 52—54, Größe 1,50 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung 1, Flur 472, Flurstück 23/3, Hof- und Gebäudefläche, Schifferstraße 56, Größe 3,51 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung 1, Flur 472, Flurstück 23/1, Hof- und Gebäudefläche, Schifferstraße 52—54, Größe 2,40 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung 1, Flur 472, Flurstück 23/2, Bauplatz, Schifferstraße, Größe 7,01 Ar,

sollen am Freitag, dem 9. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Zimmer 160, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 8. 1975 (Versteigerungsvermerk):

a) Kaufmann Jan Lipinski.

b) Kaufmann Edmund Chenu.

Frankfurt (Main) — je zur Hälfte —. Der Wert der Grundstücke ist nach 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt,

für lfd. Nr. 1 auf 1374 250,— DM für lfd. Nr. 2 auf 172 500,— DM für lfd. Nr. 3 auf 403 650,— DM für lfd. Nr. 4 auf 276 000,— DM für lfd. Nr. 5 auf 806 150.— DM insgesamt auf 3 032 550,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 18. 12. 1975 Amtsgericht, Abt. 84

199

K 54/74: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Melbach, Band 24, Blatt 1182, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Melbach, Flur 9, Flurstück 336, Bauplatz, Gartenstraße 37, Größe 5,56 Ar,

soll am Freitag, dem 12. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/Hessen, Homburger Str. 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin der Hälfte am 9. 7. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Edeltraud Keil, geb. Duckscheid, Ehefrau des Ernst Keil, in Eschborn/Ts. Der Wert der Grundstückshälfte ist nach

§ 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3336 DM. Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6360 Friedberg, 7. 1. 1976

Amisgerichi

200

5 K 55/74: Das im Grundbuch von Fulda-Horas, Band 48, Blatt 1609, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Horas, Fiur 11, Flurstück 168, Lieg.B. 1172, Bauplatz, Browerstraße, Größe 4,14 Ar,

soll am 4. März 1976, 9.30 Uhr. im Gerichtsgebäude Königstraße 38, Zimmer 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. Juli 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wohnungsverwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. Kommanditgesellschaft in Kassel.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 5796 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6400 Fulda, 9. 1. 1976

Amisgericht

201

5 K 56/74: Das imGrundbuch von Fulda-Horas, Band 48, Blatt 1610, eingetragene Grundstück.

lfd. Nr. 1, Gemarkung Horas, Flur 11, Flurstück 169, Lieg.-B. 1173, Bauplatz, Browerstraße, Größe 8,66 Ar,

soll am 4. März 1976, 9.45 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße 38, Zimmer 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. Juli 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wohnungsverwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. Kommanditgesellschaft in Kassel.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 12 124 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6400 Fulda, 9. 1. 1976

Amtsgericht

202

5 K 54/74: Das im Grundbuch von Fulda Horas, Band 48, Blatt 1608, eingetragene Grundstück,

Ifd Nr. 1, Gemarkung Horas, Flur 11, Flurstück 167, Lieg-B. 1171, Bauplatz, Browerstraße, Größe 2,07 Ar, soll am 4. März 1976, 9.15 Uhr, im Ge-

richtsgebäude Königstraße 38, Zimmer 210, versteigert durch Zwangsvollstreckung werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. Juli 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wohnungsverwaltungs-Gesellschaft beschränkter Haftung & Co. Kommanditgesellschaft in Kassel.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 2898 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6400 Fulda, 9. 1. 1976

Amtsgericht

203

5 K 53/74: Das im Grundbuch von Fulda-Horas, Band 48, Blatt 1607, eingetragene Grundstück,

1fd. Nr. 1, Gemarkung Horas, Flur 11, Flurstück 166, Lieg.B. 1170, Bauplatz, Browerstraße, Größe 2,07 Ar,

soll am 4. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße 38, Zimmer 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. Juli 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wohnungsverwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. Kommanditgesellschaft in Kassel.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 2898 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6400 Fulda, 9. 1. 1976

Amtsgericht

204

K 34/75: Das im Grundbuch von Lörzenbach, Band 5, Blatt 252, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lörzenbach, Flur 4, Flurstück 55/3, Bauplatz, Auf der Binn (jetzt mit einem Wohnhaus bebaut, Waldstraße 19), Größe 6.92 Ar,

soll am 22. April 1976 um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth/Odw., Heppenheimer Str. 15, Zimmer 8 (Sitzungssaal), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Dezember 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kurt Grau, Kraftfahrer in Lörzenbach, und dessen Ehefrau Elisabetha Grau, geb. Steiger, daselbst, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 30. 12. 1975 Amtsgericht

205

42 K 23/75 - Beschluß: Das im Grundbuch von Albach, Band 15, Blatt 472, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Albach, Flur 1, Flurstück 463, Lieg.-B. 313, Hof- und Gebäudefläche, Am Rosenberg 28, Größe 6,49 Ar,

soll am 1. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26, 3./13, 8. 1975 (Tage der Versteigerungsvermerke): a) Elektriker Karl-Heinz Nassler in Wißmar,

b) dessen Ehefrau Petra Nassler, geb. An-

gerer, daselbst, zu je ½. Der Wert des Grundstücks ist nach Der 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 180 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen. Amtsgericht

6300 Gießen, 5. 1. 1976

206

2 K 13/72: Das im Grundbuch von Goddelau, Band 43, Blatt 1975, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Goddelau, Flur 13, Flurstück 223, Bauplatz, Moselstraße, Größe 6,81 Ar,

soll am Dienstag, dem 6. 4. 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebaude, Arbeitsamtsge-bäude, Oppenheimer Str. 4, Sitzungssaal, Zwangsvollstreckung versteigert durch werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 3. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Horst-Helmut Willer, techn. Angestellter, Goddelau, zu 1/2,

b) dessen Ehefrau Brunhilde, geb. Kutzner, daselbst, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 23. 12. 1975 Amtsgericht

2 K 94/75: Der im Wohnungsgrundbuch von Mörfelden, Band 128, Blatt 6456, eingetragene 770/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Mörfelden, Flur 4, Flurstück Nr. 598, Bauplatz, Albrecht-Dürer-Ring, Größe 12,29 Ar, verbunden mit dem Son-dereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 43 bezeichneten Wohnung im 4. Obergeschoß mit Kellerraum.

(Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentums-anteilen — eingetragen in den Wohnungsgrundbüchern Bl. 6442 bis 6459 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.)

soll am Donnerstag, dem 8. 4. 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtsgeb., Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 9. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wohnbau Dr. Klingler Kommanditgesellschaft in Reutlingen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 23. 12. 1975 Amtsgericht

2 K 40/72: Das im Grundbuch von Crumstadt, Band 42, Blatt 2088, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Crumstadt, Flur Nr. 3, Flurstück 404, Hof- und Gebäudefläche, Im Amselweg 6, Größe 5,73 Ar, soll am Donnerstag, dem 22. 4. 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtsge-bäude, Oppenheimer Str. 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 10. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Georg Erb, kaufm. Angestellter, Crumstadt, zu 1/2,

b) seine Ehefrau Elsbeth Erb, geb. Eckart, daselbst, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 24. 12. 1975 Amtsgericht

209

2 K 82/75: Das im Grundbuch von Rüsselsheim, Band 137, Blatt 6321, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr 1, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 4, Flurstück 161, Hof- und Gebäudefäche, Weserstraße 35, Größe 3,03 Ar, soll am Donnerstag dem 15, 4 1976, 8.30

Uhr, im Gerichtsgebäude Arbeitsamts-gebäude, Oppenheimer Str 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 8. 1975

(Tag des Versteigerungsvermerks): Karl Heinrich Fischer, kaufm. Angestellter, Bad Nauheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 23. 12. 1975 Amtsgericht

210

2 K 13/75: Das im Grundbuch von Haßloch, Band 33, Blatt 1196, eingetragene Grundstück.

lfd. Nr. 3, Gemarkung Haßloch, Flur 2, Flurstück 105/75, Hof- und Gebäudefläche, Ostpreußenstraße 13E, Größe 7,00 Ar,

soll am Dienstag, dem 9. 3. 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Str. 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 3. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Klaus Richard Ludwig Müller, Lindenfels,

b) dessen Ehefrau Sigrid Müller, geb. Jacobi, Rüsselsheim, mit dem Eigentümer zu a) in Güter-

gemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 22. 12. 1975 Amtsgericht

2 K 61/74: Das im Grundbuch von Rüsselsheim, Band 126, Blatt 5981, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Rüsselsheim,

Flur 10, Flurstück 250, Hof- und Gebäudefläche, Haßlocher Straße 176, Größe 4,19 Ar, soll am Dienstag, dem 13. 4. 1976, 8.30 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Str. 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 16. 9. 1974

(Tag des Versteigerungsvermerks): Heinrich Skowronek, Frankfurt/Main,

Vilbeler Straße 36 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen"

wird hingewiesen. 6080 Groß-Gerau, 23. 12. 1975 Amtsgericht

2 K 8/75: Die im Grundbuch von Hangenmeilingen, Band 15, Blatt 563, eingetra-

genen Grundstücke, lfd. Nr. 1, Flur 14, Flurstück 57/2, Hof-und Gebäudefläche, Friedhofsweg, Größe 2.80 Ar.

lfd. Nr. 2, Flur 14, Flurstück 57/1, Hofund Gebäudefläche, Friedhofsweg Größe 3,93 Ar,

sollen am 9. 4. 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstr. 8, Zimmer Nr. 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 7. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2. Haun, Hans-Josef, Kaufmann, geb. am 12. 4. 1950, Elbtal-Hangenmeilingen, Friedhofsweg 2, zu 1/2,

3. a) Götz, Gerhard, Elbtal-Hangenmei-lingen, Friedhofsweg 2, zu ½, Götz, geb. Heun. Hiltrud, Elbtal-Hangenmeilingen, Friedhofsweg 2, zu 1/4.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Flur 14, Flurstück 57/2 Flur 14, Flurstück 57/1 7000,- DM. 47 616,- DM. Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 2. 1. 1976 Amtsgericht

213

2 K 11/75: Das im Grundbuch von Hadamar, Band 43, Blatt 1541, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hadamar, Flur 7, Flurstück 343/1, Hof- und Gebäudefläche, Haidaer Str. 23, Größe 7,34 Ar,

soll am 23. 4. 1976, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstr 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert

Eingetragene Eigentümerin am 29. 4. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eva Ziehm, geb. Hirschberger, Kauffrau,

6 Frankfurt/Main, Jahnstr. 21
Der Wert des Grundstücks ist nach
§ 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 132 550 Deutsche Mark

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 2. 1. 1976 Amtsgericht

214

2 K 25/75: Das im Grundbuch von Hadamar, Band 32, Blatt 1225, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Hadamar, Flur 8, Flurstück 152, Hof- und Gebäudefläche, Faulbacher Straße 44, Größe 7,96 Ar,

soll am 2. 4. 1976, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 8. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bauunternehmer Egon Schmitt, Hadamar, Alte Chaussee 13.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 265 881 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 2. 1. 1976 Amtsgericht

42 K 122/74: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Dörnigheim, Band 94, Blatt 3973, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dörnigheim, Flur Nr. 7, Flurstück 36, Ackerland, Am Dörnigheimer Weg, Größe 21,72 Ar.

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dörnigheim. Flur Nr. 7, Flurstück 37, Ackerland, Am Dörnigheimer Weg, Größe 21,70 Ar.

lfd. Nr. 3, Gemarkung Dörnigheim, Flur Nr. 7, Flurstück 35, Ackerland, Am Dörnigheimer Weg, Größe 21,70 Ar,

am Dienstag, dem 30. 3. 1976, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A. Hanau 1. Nußallee Nr. 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. 10. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Adam Fritz KG in Oberursel. Der Wert der Grundstücke ist nach

§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 21 720,-Deutsche Mark für BV Nr. 1; 21 700,für BV Nr. 2; 21 700,- DM für BV Nr. 3.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 19. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

216

42 K 6/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rodenbach, Band 143, Blatt 5081, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2 Gemarkung Rodenbach, Flur Nr. 31, Flurstück 483, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 21a, Größe 3,96 Ar,

am 24. 3. 1976, 14 Uhr im Gerichtsgebäude A, Hanau 1, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 2. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wilhelm Ludwig Stauss, Steuerbevollmächtigter, Frankfurt/M., Wolfgangstr. 142.
Der Wert des Grundstücks ist nach

§ 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 180 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen

6450 Hanau, 15. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

42 K 78/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Heldenbergen, Band 26, Blatt 1403, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Heldenbergen, Flur 1, Flurstück 1043/2, Hof- und Gebäudefläche, Saalburgstr. 5, Größe 15,57 Ar.

und das im Grundbuch von Heldenbergen, Band 38, Blatt 1780, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1. Gemarkung Heldenbergen, Flur 1, Flurstück 125/1, Hof- und Gebäudefläche, Homburger Straße 17, Größe 5,69

am 16. 3. 1976, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau 1, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20, 6, 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) bezüglich Grundstück lfd. Nr. 3, Eheleute Johann Josef Hess und Klara Anna Hess, geb. Scheurich, in Nidderau 1, zu je 1/2,

b) bezüglich Grundstück lfd. Nr. 1, Johann Josef Hess in Nidderau 1.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: a) für lfd. Nr. 3 in Blatt 1403 120 420 DM, b) für lfd. Nr. 1 in Blatt 1780 182 930 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 25. 11. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

42 K 44/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Kesselstadt, Band 78, Blatt 2934 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1 Gemarkung Kesselstadt, Flur 7 Flurstück 220 42, Hof- und Ge-Gemarkung Kesselstadt, bäudefläche Hopfenstraße 7, Größe 4,20

am 18. 3. 1976, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau 1, Nußallce 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 4, 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe Liesel Jung, geb. Elsässer, in Hanau.

Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 347 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 1. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

219

42 K 70/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Rodenbach, Band 34, Blatt 4326, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Rodenbach, Flur Nr. 12, Flurstück 558/49, Holzung, auf den Klingelgraben stoßend, Größe 9,74 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Rodenbach, Flur Nr. 8, Flurstück 145/1, Ackerland, Hinterm Heegholz, Größe 16,40 Ar.

lfd. Nr. 6, Gemarkung Rohrbach, Flur 2, Flurstück 181, Bauplatz, Talstr. 40, 40a, 40b.

Größe 11,00 Ar, am 25. 3. 1976, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau 1, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden,

Eingetragener Eigentümer am 20. 6. 1975 (Tag des Verstelgerungsvermerks):

Kaufmann Alex Petkoff, Hanau, Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

a) für BV lfd. Nr. 2 auf b) für BV lfd. Nr. 5 auf 2 336,— DM, 8 200,— DM,

c) für BV lfd. Nr 6 auf 60 500,- DM.

insgesamt auf

71 036,-- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 18, 12, 1975

Amisgericht, Abt 42

220

42 K 73/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Hanau, Band 159, Blatt 7029, eingelragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Hanau, Flur JJ.
Flurstück 1/123, Hof- und Gebäudefläche,
Ruhrstraße 33, Größe 5,26 Ar,
am 10. 3, 1976, 13 30 Uhr, im Gerichts-

gebäude A, Hanau, Nußallce 17, Zimmer Nr. 18 versteigert werden,

Eingetragener Eigentümer am 5. 9, 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Walter Spinnler in Hanau.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 58 900 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 10. 1. 1976

Amisgericht, Abt. 42

221

42 K 188/74: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Hanau, Band 187, Blatt 8037, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Hanau, Flur 5, Flurstück 27/3, Hof- und Gebäudefläche, Friedrich-Ebert-Anlage 31, Größe 12,29 Ar.

am 17. 3. 1976, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau 1, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. 1. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Grundstücks-AG Schaffhausen in Schaffhausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 404 400 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 26. 11. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

222

2 K 53/75: Das im Grundbuch von Ukkersdorf, Band 25, Blatt 907, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Uckersdorf, Flur 5, Flurstück 129, Hof- und Gebäudefläche, Haarstraße, Größe 7,43 Ar,

soll am 12. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborn, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 9. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Angestellter Armin Heuser in Burg-Uckersdorf, Haarstraße 24,

 b) Dagmar Heuser, geb. Paul, in Remscheid, Gesundheitsstraße 7, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6348 Herborn, 22. 12. 1975 Amtsgericht

223

2 K 35/75 — Beschluß: Das im Grundbuch von Westuffeln, Band 24, Blatt 719, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Westuffeln, Flur 3, Flurstück 15/9, Lieg.-B. 616, Hof- und Gebäudefläche, Beim Friedenshügel, Haus

Nr. 190, Größe 6,86 Ar, soll am 12. März 1976, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. Juli bzw. 10. November 1975 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Frau Margot Neumann geb. Schmidt, in Calden-Westuffeln.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 196 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 2. 12. 1975 Amtsgericht

224

2 K 34/75 — Beschluß: Das im Grundbuch von Veckerhagen, Band 65, Blatt 1559, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Veckerhagen, Flur Nr. 15, Flurstück 52/5, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Weserstraße 10, Größe 17.31 Ar.

soll am 26. März 1976, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. Juli 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dachdeckermeister Dieter Hobein in Espenau 2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 65 000— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 8, 12, 1975 Amtsgericht

225

2 K 41/75 — **Beschluß**: Das im Grundbuch von Grebenstein, Band 41, Blatt 1299, eingetragene Grundstück

ifd. Nr. 1, Gemarkung Grebenstein, Flur Nr. 27, Flurstück 365, Lieg.-B. 2704, Hofund Gebäudefläche, Gustav-Menzel-Str. 17, Größe 7,19 Ar,

soll am 26. März 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Eheleute Karl-Heinz Wernick und

a) Eheleute Karl-Heinz Wernick und Linda, geb. Harmel, in Grebenstein — je zu 1/4 —

b) Witwe Herta Harmel, geb. Vetter, in Grebenstein — zu ½ —. Der Wert des Grundstücks ist nach

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 192 000,—Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 2. 12. 1975 Amtsgericht

226

2 K 36/75 — Beschluß: Das im Grundbuch von Veckerhagen, Band 60, Blatt 1404, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Veckerhagen, Flur Nr. 16, Flurstück 22/2, Lieg.-B. 1390, Hofund Gebäudefläche, Wilhelmsplatz 17, Größe 3,45 Ar,

soll am 23. April 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. Juli 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dachdeckermeister Dieter Hobein in Espenau 2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 288 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 17. 12. 1975 Amtsgericht

227

2 K 12/73: Die im Grundbuch von Wallau, eingetragenen Grundstücke,

a) Band 43, Blatt 1587: lfd. Nr. 2, Flur 32, Flurstück 68/13, Bauplatz, Gräsiger Weg, Größe 2,91 Ar,

platz, Gräsiger Weg, Größe 2,91 Ar, b) Band 43, Blatt 1588:

lfd. Nr. 3, Flur 32, Flurstück 68/14, Bauplatz, Gräsiger Weg, Größe 1,96 Ar,

c) Band 43, Blatt 1589:

lfd. Nr. 3, Flur 32, Flurstück 68/15, Bauplatz, Gräsiger Weg, Größe 1,96 Ar, d) Band 43, Blatt 1590:

Ifd. Nr. 2, Flur 32, Flurstück 68/6, Bauplatz, Gräsiger Weg, Größe 1,96 Ar, lfd. Nr. 3, Flur 32, Flurstück 68/17, Bau-

lfd. Nr. 3, Flur 32, Flurstück 68/17, Bauplatz, Gräsiger Weg, Größe 1,96 Ar, e) Band 43, Blatt 1591:

lfd. Nr. 2, Flur 32, Flurstück 68/18, Bauplatz, Gräsiger Weg, Größe 1,95 Ar, lfd. Nr. 3, Flur 32, Flurstück 68/19, Bau-

lfd. Nr. 3, Flur 32, Flurstück 68/19, Bar platz, Gräsiger Weg, Größe 1,96 Ar,

f) Band 43, Blatt 1592:

lfd. Nr. 3, Flur 32, Flurstück 68/20, Bauplatz, Gräsiger Weg, Größe 1,96 Ar,

g) Band 43 Blatt 1593:

lfd. Nr. 2, Flur 32, Flurstück 68/21, Bauplatz, Gräsiger Weg, Größe 1,96 Ar, sollen am 8. März 1976, 9.00 Uhr, im Ge-

sollen am 8. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim/Main, Kirchstr. 21, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 12. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ingenieur Gerhard Wagner in Wiesbaden.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: a) Band 43, Blatt 1587: lfd. Nr. 2 auf 218 000,— DM,

b) Band 43, Blatt 1588 bis 1593: alle Grundstücke jeweils auf 208 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6203 Hochheim (Main), 8. 1. 1976

Amtsgericht

228

K 9/75: Das im Grundbuch von Hofaschenbach eingetragene Grundstück, Band 9, Blatt 324,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hofaschenbach, Flur 9, Flurstück 27/3, Bauplatz, Schulstr., Größe 6.95 Ar.

soll am Donnerstag, dem 25. März 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6418 Hünfeld, Hauptstr. 24, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Juli 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Franz Josef Hohmann, Nüsttal-Hof-aschenbach, Schulstr. 39.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 6. 1. 1976 Amtsgericht

229

K 11/74: Das im Grundbuch von Oberweisenborn, Band 5, Blatt 102, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Oberweisenborn, Flur 4, Flurstück 63, Hof- und Gebäudefläche, Im Felgen, Größe 6,10 Ar,

Ackerland, Im Felgen, Größe 10,47 Ar, soll am Donnerstag, 11. März 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hünfeld, Hauptstraße 24, Zimmer 11. durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. August 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bankkaufmann Edmund Zachartschuk in

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 109 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 16. 12. 1975 Amtsgericht

230

2 K 3/75 — Beschluß: Der ideelle ³/4-Miteigentumsanteil der im Grundbuch von Heftrich, Band 24, Blatt 798, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Heftrich, Flur 5, Flurstück 77, Hof- und Gebäudefläche, Georg-Brunnen-Straße 6, Größe 2,03 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 75, Hof- und Gebäudefläche, Georg-Brunnen-Straße 6, Größe 1,02 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Flurstück 72, Hof- und Gebäudefläche, Georg-Brunnen-Straße 6, Größe 0.17 Ar.

lfd. Nr. 4. Flur 13, Flurstück 74, a) Grünland, Auf dem Stammern, Größe 17,75 Ar, b) Grünland/Ackerland, Auf dem Stammern, Größe 6.10 Ar.

soll am 23. März 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein, Gerichtsstr. 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. Februar 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rentner Erdmann Ferl in Niederwürz-

Der Wert der Grundstücksanteile wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

für Ifd. Nr. 1 auf 37 500,- DM,

für lfd. Nr. 2 auf 3000,— DM, für lfd. Nr. 3 auf 150,- DM,

für lid. Nr. 4 auf 1005,- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6270 Idstein, 19. 12. 1975

Amtsgericht

231

2 K 8/74 — Beschluß: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Steinfischbach, Band 2, Blatt 68 A, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Steinfischbach Flur 12, Flurstück 5/5, Hof- und Gebäude-fläche, Reichenbacher Weg, Größe 8,67 Ar,

soll am 16. März 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein, Gerichtsstraße 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. April 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Otto Diehl, Steinfischbach.

Der Wert des Grundstückstanteils wurde nach § 74 A Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

30 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6270 Idstein, 18, 12, 1975 Amtsgericht

64 K 158/75: Das im Grundbuch von Rothenditmold, Band 47, Blatt 1349, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 5, Gemarkung Rothenditmold, Flur 7, Flurstück 682/46, Lieg.-B. 737, Hofund Gebäudefläche, Brandaustraße Größe 3,07 Ar,

soll am 6. April 1976, 11.00 Uhr. im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. Nr. 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. September 1975 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Bau-Treuhand-Gesellschaft mit schränkter Haftung in Frankfurt/Main.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 15, 12, 1975

Amisgericht, Abt. 64

233

64 K 102/75: Die Miteigentumshälften der im Grundbuch von Nordshausen, Band 18. Blatt 434, eingetragenen Grundstücke Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nordshausen, Flur 2, Flurstück 394/31, Lieg.-B. 333, Hofund Gebäudefläche, Korbacher Straße 188,

Größe 5,00 Ar,
1fd. Nr. 2, Gemarkung Nordshausen, und Gebäudefläche, Korbacher Straße 188. Größe 0,92 Ar,

sollen am 16. März 1976, 14.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 6./18. 7. 1975 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

a) Fliesenleger Willi Kilian, Kassel,

b) Ehefrau Christa Kilian, geb. Siebert, Kassel, -- je zur Hälfte --

Über das Vermögen des Miteigentümers Willi Kilian ist mit Beschluß vom 25. 9. 1974 - 65 N 54/74 AG Kassel - Konkurs eröffnet worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 16, 12, 1975

Amtsgericht, Abt. 64

234

64 K 64/75: Die im Grundbuch von Martinhagen, Band 24 Blatt 741, eingetragene Miteigentumshälfte an dem Grundstück,

lfd. Nr. 2 Gemarkung Martinhagen, Flur Nr. 3, Flurstück 70/3 Lieg.-B. 730, Hof-und Gebäudefläche Waldstraße 3, Größe 884 Ar,

soll am 13. April 1976, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangswelldredung vorstellent Zwangsvollstreckung versteigert

Eingetragener Eigentümer der Miteigentumshälfte am 24. April 1975 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks:

Kaufmännischer Angestellter Harald Rappmann in Vellmar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsverstelgerungen" wird hingewiesen. 3500 Kassel, 30, 2, 1975

Amtsgericht. Abt. 65

5 K 30/75 - Terminsbestimmung zur Zwangsversteigerung: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Stadt Allendorf, Blatt 4192, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Flur 44, Flurstück 764, Hofund Gebäudefläche, Weichselstr. 15, Größe 8,93 Ar,

soll am Mittwoch, dem 31. März 1976, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kirchhain, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Herr Adolf Küblbeck in Stadt Allendorf zur ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstückshälfte ist gemäß § 74 a ZVG auf 63 450,- DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3575 Kirchhain, 4. 12. 1975 Amtsgericht

236

1 K 32/75: Das im Grundbuch von Willingen, Band 27, Blatt 739, eingetragene Grundstück,

lfd, Nr. 1, Gemarkung Willingen, Flur 2, Flurstück 16 21. Hof- und Gebäudefläche, Sonnenweg 32. Größe 11,44 Ar,

soll am 15. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. 2, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung verstelgert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. Juni 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Erika Gudladt, geb. Senf, in Wil-

lingen (Upland).

Der Wert ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

a) Grundstück: 450 000 .- DM.

b) Inventar: 16 350,- DM. gesamt: 466 350,- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsverstelgerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 12, 12, 1975 Amtsgericht

1 K 50-51/75: Die Im Grundbuch von Harbshausen eingetragenen Grundslücke A. Band 3, Blatt 82:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Harbshausen, Flur 2, Flurstück 28/4, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 18. Größe 11,65 Ar,

B. Band 4, Blatt 84:

Lfd. Nr. 1, Gemarkung Harbshausen, Flur 2, Flurstück 25/3, Bauplatz, Auf dem Köllenberg, Größe 7,59 Ar,

lid. Nr. 2, Gemarkung Harbhausen, Flur 2, Flurstück 25/6, Bauplatz, Auf dem

Köllenberg, Größe 7,72 Ar, sollen am 22. März 1978, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. September 1975 (Tag des Verstelgerungsver-

Eheleute Rentner (Hauer) Clemens Falk und Lieselotte geb. Schneider in Vöhl-Harbshausen - je zur Hälfte

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: Blatt 82, lfd. Nr. 1: 440 000,- DM 15 180 -- DM

Blatt 84, lfd. Nr. 1: Ifd. Nr. 2:

15 440.- DM

470 620,- DM Auf die Sammelbekannimachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 23, 12, 1975 Amisgericht

1 K 42/75: Das im Grundbuch von Bömighausen, Band 6, Blatt 155, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bömighausen, Flur 9, Flurstück 1/12, Hof- und Gebäudefläche, Stendergrund 29, Größe 8,93 Ar. soll am 29. März 1976 9.00 Uhr im Ge-richtsgebäude Korbach, Hagensir. 2 Zim-

mer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. September 1975 (Tag des Versteigerungsvermerkel:

Eheleute Redakteur Egil Conradi und Irene geb. Fritz, in Korbach — zu je 1/s.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 240 000,-Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach 2, 1, 1976 Amisgericht

1 K 8/75: Das im Erbbaugrundbuch von Willingen Band 38, Blatt 1095, eingetragene Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch von Wilingen, Band 12, Blatt Nr. 331, verzeichneten Grundstück, Nr. 401, Gemarkung Willingen, Flur 10, Flurstück 17/2, Hof- und Gebäudefläche,

Talweg 8. Größe 13,57 Ar,

in Abteilung II unter lfd. Nr. 13 für die Dauer von 75 Jahren ab dem 1. Juli 1973. soll am 5. April 1976, 9.00 Uhr, Im Ge-

7 165 - 1

richtsgebäude Korbach, Hagenstraße 2. Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Berechtigter am 26. Febr. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Josef Weiler in Willingen (Upland) - Stryck.

Der Wert ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

Erbbaurecht:

440 000,— DM,

44 348,— DM, 484 348,— DM. Inventar:

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 5. 1. 1976

Amtsgericht

9 K 34/74: Die im Grundbuch von Ehlhalten/Taunus, Band 17, Blatt 634, einge-tragenen Grundstücke, Gemarkung Ehlhalten.

1fd. Nr. 1, Flur 15, Flurstück 684, Grünland, Hustertwiese, Größe 1,69 Ar, Wert: 422,50 DM,

1fd. Nr. 2, Flur 20, Flurstück 65, Ackerland, Am Hollebusch, Größe 6,74 Ar, Wert DM,

lfd. Nr. 3, Flur 22, Flurstück 55, Ackerland, Im Schenkelshain, Größe 4,20 Ar, Wert 1050 DM.

lfd. Nr. 4, Flur 15, Flurstück 569, Ackerland, Rainwiesen, Größe 0,83 Ar, Wert 270,50 DM,

lfd. Nr. 5, Flur 6, Flurstück 105, Wald, Holzung, Kohlholzhecke, Größe 12,63 Ar, Wert: 1894,50 DM,

lfd. Nr. 6, Flur 15, Flurstück 79, Acker-

land, In der Dell, Größe 1,74 Ar, Wert 435.— DM,
Ifd. Nr. 7, Flur 21, Flurstück 94, Ackerland, Vor den Gräben, 5,36 Ar, Wert 1340.- DM.

lfd. Nr. 8, Flur 19, Flurstück 56, Ackerland, In der Lehmkaut, Größe 6,87 Ar, Wert 1717,50 DM,

lfd. Nr. 9, Flur 20, Flurstück 369, Ackerland, Auf dem Roth, Größe 6,16 Ar, Wert 1540,- DM,

sollen am Mittwoch, dem 31. März 1976, vorm. 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Nebengebäude Georg-Pingler-Straße 19, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. Februar 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kaufmann Bruno Nießner, z. Z. unbekannten Aufenthaltes.

b) dessen Ehefrau Marie Eugenie Nieß-ner, geb. Mahe, z. Z. 57 100 Thionville, Yutz Nr. 16, Rue de Dr. A. Schweitzer (Frankreich).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6240 Königstein, 2. 12. 1975 Amtsgericht

7 K 33/75 — Beschluß: Das im Grundbuch von Camberg, Band 43, Blatt 1477 A, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 6, Gemarkung Camberg, Flur 43, Flurstück 163/1, Gartenland, Dresdener Straße, Größe 15,75 Ar, soll am Mittwoch, dem 21. April 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schiede 14,

Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. Aug. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Georg Matthies, Tiefbauunternehmung, in Frankfurt/Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 78 750 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6250 Limburg (Lahn), 18. 12. 1975

Amtsgericht

7 K 32/73 8 - Beschluß: Das im Grundbuch von Oberselters, Band 32, Blatt 1045, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Oberselters, Flur Nr. 9, Flurstück 32/7, Hof- und Gebäude-fläche, Taunusstr. 1, Größe 7,63 Ar, soll am Mittwoch, dem 28. April 1976,

14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schiede 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. Nov. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ehefrau des Kraftfahrers Peter Duda, Ursula, geb. Gotthelf, in Oberselters.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG fest gesetzt auf 48 374,- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6250 Limburg (Lahn), 19. 12. 1975

Amtsgericht

7 K 57, 95/75 - Beschluß: Das im Grundbuch von Schönstadt, Band 28, Blatt 858, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schönstadt, Flur Nr. 12, Flurstück 3/3, Hof- und Gebäudefläche, Der Sohlacker, Größe 8,00 Ar,

soll am 15. April 1976, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstr. 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 5. und 4. 9. 1975 (Tage der Versteigerungsvermerke): Karl Heinz Stauzebach und Ehefrau Barbara Stauzebach, geb. Lang, in Bürgeln - je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 157 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3550 Marburg (Lahn), 30. 12. 1975

Amtsgericht

244

7 K 15, 16/75 - Beschluß: Das a) im Grundbuch von Marburg, Band 298, Blatt Nr. 10 224, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Marburg, Flur 32, Flurstück 21, Hof- und Gebäudefläche, Ketzerbach 9. Größe 1,23 Ar, und b) das im Grundbuch von Marbach,

Band 18, Blatt 617, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Marbach. Flur 9, Flurstück 50/1, Hof- und Gebäudefläche, Emil-von-Behring-Straße 17, Größe 5,16

sollen am 18. März 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. und 12. 5. 1975 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Peter Priemer, Marburg (Lahn). Der Wert der Grundstücke ist

74a Abs. 5 ZVG festgesetzt zu a) 160 000,-Deutsche Mark, zu b) 80 000,- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3550 Marburg (Lahn), 17. 12. 1975

Amtsgericht

245

7 K 101/75 - Beschluß: Die im Grundbuch von Amönau, Band 28, Blatt 1019, eingetragene Grundstückshälfte,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Amönau, Flur 16,

Flurstück 73, Hof- und Gebäudefläche, Engelsgasse 613/4, Größe 2,79 Ar, soll am 25. März 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstr. 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. November 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heinrich Sauerwald in Amönau - zur

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 600,-Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3550 Marburg (Lahn), 16. 12. 1975

Amtsgericht

7 K 73/75 — Beschluß: Das im Grund-buch von Marburg, Band 271, Blatt 9462,

eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Marburg, Flur 5, Flurstück 401/14, Hof- und Gebäudefläche, Uferstraße 14, Größe 2,17 Ar,

soll am 8. April 1976. 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstr. 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14, 7, 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Gisela Schneider, geb. Scholz, Marburg, Uferstraße 14.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 120 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3550 Marburg (Lahn), 16. 12. 1975 Amtsgericht

247

7 K 13/73 - Beschluß: Die im Grundbuch von Oberrosphe, Band 16, Blatt 557, eingetragene Grundstückshälfte, lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberrosphe, Flur

Nr. 3, Flurstück 12, Hutung, Im Rohbach, Größe 6,01 Ar,

soll am 1. April 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstr. 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 3. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schleifer Jakob Lerch, Oberrosphe, Nr. 117 - zu 1/2 Anteil -..

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3 700,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3550 Marburg (Lahn), 16. 12. 1975

Amtsgericht

248

K 44/75: Das im Grundbuch von Nieder-Kainsbach, Band 10, Blatt 385, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 9, Gemarkung Nieder-Kainsbach, Flur 1, Flurstück 91, Bauplatz, Zeileichstraße 28, Größe 8,10 Ar,

soll am 16. März 1976, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22, 9, 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 b) Maria Dingeldein, geb. Eidenmülier,

c) Dr. Wilhelm Heinrich Philipp Koch, in Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6120 Michelstadt, 29 12 1975 Amtsgericht

5 K 17/72, 5 K 48/73; Die im Grundbuch von Hungen, AG Bezirk Nidda, Band 38. Blatt 1792, eingetragenen Grundstücke, .

lfd. Nr. 2, Gemarkung Hungen, Flur 3, Flurstück 128, Gartenland, Die Schüttgärten, Größe 5,84 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Hungen, Flur 1, Flurstück Nr. 477/1, Hof- und Gebäude-Häche, Langgasse 15, Größe 5,86 Ar,

sollen am 11. März 1976, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, Schloßgasse 23, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingeiragener Eigentümer am 23. 8. 1972 bzw. 5. 11. 1973 (Tage der Versteigerungsvermerke):

3. Schreinermeister Karl-Heinz Koller in Hungen, Langgasse 15.

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzi: lfd. Nr. 2, Fl. 3, Nr. 128, auf 1752,- DM. lfd. Nr. 3, Fl. 1, Nr. 477/1 auf 68 760,-Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6478 Nidda, 1. 12. 1975

Amtsgericht

250

7 K 218/75 -- Zwangsversteigerungen: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 220, Blatt 7878, eingetragenen Grundstücke.

Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Lieg.-Buch 2209.

lfd. Nr. 1, Flurstück 102, Gebäudefläche Gartenland, Am neuen Weg links, Größe 21,00 Ar,

lfd. Nr. 2, Flurstück 103. Gebäudefläche, Gartenland, daselbst, Größe 21,00 Ar,

Ifd. Nr. 4, Flur 3, Flurstück 285/2, Ackerland, Luisenstraße, Größe 11,68 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 3, Flurstück 285/1 Hofund Gebäudefläche, Frankfurter Straße Nr. 179, Größe 4,12 Ar,

Ifd. Nr. 9, Flur 4, Flurstück 104/1, Hofund Gebäudefläche, Herzogstraße, Größe 21,00 Ar

am Dienstag, dem 23. März 1976, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D (Seitenbau), Saal Nr. 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (8. 10, 1975): Kaufmann Hermann Scherer in Offenbach/M.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden:

Fl. 4, Flst. 102;	200 000,— DM,
Fl. 4, Flst. 103:	200 000.— DM,
Fl. 4, Fist. 104/1:	200 000,— DM,
Fl. 3, Flst. 285/1:	80 000,— DM,
Fl. 3, Flst. 285/2:	140 000,- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 5. 1. 1976

Amisgericht

251

7 K 53/75 - Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die im Grundbuch von Bürgel, Band 97, Blatt Nr. 3713, eingetragene Grundstückshälfte an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bürgel, Flur 1, Flurstück 231/9, LB 2297, Hof- und Ge-bäudefläche, Schöffenstr. 36, Größe 7,85 Ar,

am Montag, 8. 3. 1976, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Gebäude D, Luisenstr. 16, Saal 835, versteigert wer-

Eingetragener Eigentümer z. Z. des Versteigerungsvermerks (21. 4. 1975):

Herr Alfred Georg Becker, Offenbach/M.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 156 000,-Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 12. 12. 1975 Amtsgericht

252

7 K 160, 161, 162, 164, 165, 167, 168/75 -Zwangsversteigerung: Im der Wege Zwangsvollstreckung sollen folgende im Wohnungsgrundbuch von Offenbach/M., Band 483, eingetragenen Miteigentumsanteile an dem Grundstück.

Gemarkung Offenbach/M., Flur 8. Flurstück 162/12, LB 6769, Hof- und Gebäudefläche, Taunusring 38, Größe 9,60 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an den nachstehenden Räumlichkeiten und beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechie, wobei die Werte des Wohnungseigentums gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf die nachstehend aufgeführten Beträge festgesetzt sind

am Mittwoch, dem 17. 3. 1976:

Blatt 14352; 46,649/1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 2 und Garage Nr. 2 (Wert: 51 000,- DM),

Blatt 14353: 107,337,1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 3 und Garage Nr. 3 (Wert: 128 000,- DM),

Blatt 14355: 42,323 1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 5 und Garage Nr. 5 (Wert: 47 500,- DM),

Blatt 14357: 90,383/1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 7 und Garage Nr. 7 (Wert: 103 000,- DM),

am Freitag, dem 19 3. 1976: Blatt 14358: 35,779 1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 8 und Garage Nr. 8 (Wert: 39 000,- DM),

Blatt 14360: 122,603 1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 10, Garage Nr. 10 und Galerie Nr. 10 (Wert: 168 000,- DM), eingetragene Eigentümer seit 17, 11, 1975: a) Lothar Möller zu 1/2, b) Karin Möller, geb. Gietzen, zu 1/2,

Blatt 14361: 154,752/1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 11, Garage Nr. 11 und Galerie Nr. 11 (Wert: 120 000,- DM).

jeweils 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach/M., Luisenstraße 16, Saal 835, III. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin z. Z. der Versteigerungsvermerke (18. bzw. 21. 7. 1975): Fa. LWA — Lothar W. Arzt KG, Offen-

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 6. 1. 1976

Amtsgericht

253

7 K 42/74 (verbunden mit 7 K 61 und 62/74) - Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen folgende Grundstücke bzw. idceilen Anteile

I. Grundbuch von Neu-Isenburg, Band Nr. 169, Blatt 6365:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Flurstück 487, LB. 4151, Hof- und Gebäudefläche, Rosenstr. 9, (mit Wege-recht an dem Grundstück Flur 4, Flurstück 481. Größe 2.25 Ar.

lfd. Nr. 3, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Flurstück 488/3, LB. 4151, Hof- und Gebäudefläche, Rosentraße, Größe 0,16 Ar, 1fd. Nr. 4, Gemarkung Neu-Isenburg,

Flur 4, Flurstück 488/4, LB. 4151, Hofraum, daselbst, Größe 0,18 Ar,

lfd. Nr. 5. Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Flurstück 498/5, LB. 4151, Hofraum daselbst, Größe 0,17 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Neu-Isenburg Flur 4, Flurstück 488 6, LB. 4151, Hof-

raum, daselbst, Größe 0,16 Ar, lfd. Nr. 7. Gemarkung Neu-Isenburg. Flur 4, Flurstück 488/7, LB. 4151, Hofraum, daselbst, Große 0.17 Ar.

lfd. Nr. 8, Gemarkung Neu-Isenburg. Flur 4, Flurstück 488/8, LB. 4151, Hofraum, daselbst, 0,16 Ar,

II. Grundbuch von Neu-Isenburg, Band Nr. 265, Blatt 9235 (%/16-Anteil):

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Flurstück 489, Bauplatz, Fünfmorgengewann, Größe 1,76 Ar.

III. Grundbuch von Neu-Isenburg, Band Nr. 182, Blatt 6743 (1/11-Anteil):

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Flurstück 481, LB. 4395, Weg. Fünfmorgengewann, Größe 2,62 Ar, am Freitag, 12. 3. 1978, 8.30 Uhr, durch

das unterzeichnete Gericht, Gebäude D, Luisenstraße 16, Saal 835, versteigert werden.

Eingeiragener Eigentümer am 6. bzw. 22. 7. 1974 (Tage der Verstelgerungsvermerke):

Herr Kurt Huth, Neu-Isenburg.

Der Wert der Grundstücke bzw. Anteile ist gem. § 74 a ZVG wie folgt festgesetzt:

Grundstück I - 1: 145 000,- DM, Grundstück I - 3. 4600,- DM, Grundstück I bla 4: 4600,- DM, Grundstück I - 5: 4700,-Deutsche Mark, Grundstück I - 6: 1600,-Deutsche Mark, Grundstück I - 7: 1700,-Deutsche Mark, Grundstück I — 8: 1600,— Deutsche Mark, */18-Anteil II: 5900,— DM, 1/21-Anteil III: 1200,- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 29, 12, 1975

Amisgericht

7 K 190/75 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der 715/100 000 Mitelgentumsanteil an dem im Wohnungsgrundbuch von Offenbach, Band Nr. 446, Blatt 13 232, eingetragenen Grundstück, Gemarkung Offenbach,

Flur 2, Flurstück 453 1, LB-Nr 6369, Hofund Gebäudefläche, Hermann-Steinhäuser-Straße 18, Größe 47,90 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 4038 bezeichneten Wohnung,

Auditor -

am Dienstag, dem 16. März 1976, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstr. 16, Gebäude D, Saal 835, verstelgert werden.

Eingetragener Eigentümer z. Z. des Versteigerungsvermerkes (2. 9. 1975): Herr Kaufmann Michael Roth, Frankfurt/Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

98 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 12. 12. 1975

Amtsgericht

255

7 K 49/74 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Offenbach/M., Band 286, Blatt 8445, eingetragene Grundstück, Ifd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach/M.

Flur 21. Flurstück 282, LB 574, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße 88, Größe 3,70 Ar.

am Donnerstag, dem 18. 3. 1976, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am Tag des Versteigerungsvermerks (18. 7. 1974):

Bankkaufmann Kurt Schickedanz, Offenbach/M.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 130 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen"

wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 29, 12, 1975

Amtsgericht

256

K 56/74 — Beschluß: Das im Grundbuch von Solz, Band 13, Blatt 313, eingetragene Grundstück,

1fd. Nr. 1, Gemarkung Solz, Flur 9, Flur-stück 44/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Berg 28, Größe 5,23 Ar,

soll am 23. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Rotenburg a. d. F., Weidenberggasse 1, Sitzungssaal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 14. 11. 1974

(Tag des Versteigerungsvermerks): Gleisbauer Udo Porcher und Ehefrau Karin Porcher, geb. Kubanek, in Bebra-

Weiterode – je zur Hälfte –

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 24 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. F., 30. 12. 1975

Amtsgericht

The second section of the second section is

257

K 14/75 - Beschluß: Die im Grundbuch von Weiterode, Band 49, Blatt 1659, ein-

getragenen Grundstücke, lfd. Nr. 1, Gemarkung Weiterode, Flur 3, Flurstück 388/75, Hof- und Gebäudefläche, Eisenacher Landstraße 129, Größe 4,71 Ar,

1fd. Nr. 2, Gemarkung Weiterode, Flur 3, Flurstück 75/19, Hofraum, Eisenacher Landstraße, Größe 0,48 Ar, sollen am 2. April 1978, 9.00 Uhr, im Ge-

richtsgebäude Rotenburg a. d. F., Weidenberggasse 1, Sitzungssaal 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerinnen am 15. 4. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Lina Roppel, geb. Brenker, in Bebra-Weiterode und

Frau Karin Hubl, geb. Roppel, in Schenklengsfeld

- in Erbengemeinschaft -

- Top and home of the white vigits acceptably は発展する。 was preferred to the preferred to the contract of the contract of

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. F., 30. 12. 1975 Amtsgericht

258

K 16/74 - Beschluß: Die dem Kaufmann Jürgen Szebrowski in Melsungen gehörende Hälfte des im Grundbuch von Sterkelshausen, Band 11, Blatt 334, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sterkelshausen, Flur 2, Flurstück 34/10, Bauplatz, Hinter dem langen Garten, Größe 10,00 Ar,

soll am 19. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Rotenburg/F., Weidenberggasse 1, Sitzungssaal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 5. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Jürgen Szebrowski in Melsungen - zur Hälfte -

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4000,-Deutsche Mark.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 29. 12. 1975 Amtsgericht

259

K 5/75 - Beschluß: Das im Grundbuch von Lispenhausen, Band 33, Blatt 1092, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lispenhausen, Flur 5, Flurstück 101/12, Hof- und Gebäudefläche, Gieseweg 24, Größe 11,78 Ar,

soll am 12. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Rotenburg a. d. F., Weidenberggasse 1, Sitzungssaal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 3. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Anni Rübestahl, geb. Jakob, und Heizungsbauer Georg Rübestahl, beide in Lispenhausen - je zur Hälfte -

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 180 000,-Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. F., 30. 12. 1975 Amtsgericht

260

K 13/74: Die im Grundbuch von Kath. Willenroth, Band 5, Blatt 145, eingetragene Grundstückshälfte,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Katholisch Willenroth, Flur 7, Flurstück 65, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Schönhof 23b, Größe 13,53 Ar,

soll am 4. März 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schlüchtern, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. August 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Witwe Herta Hartmann, geb. Bunse, in Schönhof/Katholisch Willenroth.

Der Wert der Grundstückshälfte ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG auf 67 500,- DM festgesetzt worden.

The second secon

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 19. 12. 1975 Amtsgericht

261

K 18/73: Das im Grundbuch von Salmünster, Band 41, Blatt 1440, eingetragene Grundstück.

lfd. Nr. 4. Gemarkung Salmünster, Flur Nr. 7, Flurstück 9, Ackerland, Am rauhen Berg, Größe 62,60 Ar,

soll am 18. März 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schlüchtern durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Gustav Schmitt, Frankfurt (Main).

Wert des Grundstücks ist gem. Der § 74 a Abs. 5 ZVG auf 1565,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 29. 12. 1975 Amtsgericht

262

K 26/74: Die im Grundbuch von Marjoss, Band 20, Blatt 707, eingetragene Grundstückshälfte,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Marjoss, Flur 3. Flurstück 306/1, Hof- und Gebäudefläche, Haus 17, Größe 1,64 Ar,

soll am 11. März 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schlüchtern, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 10. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schreiner Siegfried Mank in Steinau-Marjoss zu 1/2 Anteil.

Der Wert der Grundstückshälfte ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG auf 15 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 19. 12. 1975 Amtsgericht

263

K 24/75: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft, die in Ansehung des in 649 Schlüchtern 1, Bahnhofstr. 35 gelegenen, im Wohnungsgrundbuch von Schlüchtern, Band 117, Blatt 3453, auf den Namen der

1. Diplom-Kaufmann Ludwig Etzel in Schlüchtern zu 1/4,

2. dessen Ehefrau Hildegard Etzel, geb. Hoppe, in Schlüchtern zu 1/4,

3. Technischer Hauptsekretär Heinrich Schomann in Schlüchtern zu 1/2,

eingetragenen Wohnungseigentums, bestehend aus einem Drittel Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung Schlüchtern.

Flur 30, Flurst. 141/12, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 35, Größe 9,42 Ar.

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Dachgeschoß; das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Band 117, Blatt 3451 und 3452) Sondereigentumsrechte begehörenden schränkt, besteht.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 6. 1. 1976 Amtsgericht

4 K 30/74 — Beschluß: Das von Amts wegen gemäß § 74a (3) ZVG auf Grund Zuschlagsversagung im Termin vom 8. Dezember 1975 im Grundbuch von Ascherode, Band 10, Blatt 308, eingetragene Grundstück.

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Ascherode, Flur 4, Flurstück 16/21, Lieg.-B. 176, Hof- und Gebäudefläche, Treysaer Str. 6, Größe 9,06 Ar, soll am Montag, 29. März 1976, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt-Treysa, Zimmer 12 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. August 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Erhardt Urban, 3578 Schwalmstadt-Ascherode, Treysaer Straße 6.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 170 000,— DM,

zuzüglich Kegelbahn

zus. 190 000,— DM,

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 8, 12, 1975 Amtsgericht

265

K 88/74: Beschluß: Das im Grundbuch von Froschhausen, Band 45, Blatt 1961, eingetragene Grundstück der Gemarkung Froschhausen,

Ifd. Nr. 5, Flur 5, Flurstück 385/3, Hofund Gebäudefläche, Schäferstraße 6, Größe 3.55 Ar.

soll am Montag, dem 15. März 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Seligenstadt, Giselastr. 1, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 1. 1975 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Rolf Rottengatter, Froschhausen.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG auf 348 400,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 17. 12. 1975 Amtsgericht

266

2 K 46/74 — Beschluß: Die im Grundbuch von Wehrheim, Band 59, Blatt 2115, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Wehrheim, Flur Nr. 64, Flurstück 31/1, Hof- und Gebäudefläche, Wiesenau 28 Größe 6,20 Ar

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wehrheim, Flur Nr. 64, Flurstück 29/1, Grünland, Niederwiese, Größe 13,91 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 29. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weilburger Str. 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. 10. 1974 bzw. 13. 11. 1974 (Tage der Versteigerungsvermerke): Kaufmann Willi Teusch in Wehrheim/Ts.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: Grundstück lfd. Nr. 2 samt Zubehör auf 840 750 DM,

Grundstück Ifd. Nr. 3 auf 55 640 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6390 Usingen, 22. 12. 1975 Amtsgericht

267

2 K 39.75 — Beschluß: Das im Grundbuch von Wehrheim, Band 76, Blatt 2612, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehrheim, Flur Nr. 64, Flurstück 30/1, Hof- und Gebäudefläche, Wiesenau 30, Größe 9,33 Ar,

soll am Donnerstag, dem 22. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weilburger Str. 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. Juli 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Willi Teusch in Wehrheim/Ts. Der Wert des Grundstüde ist necht

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 363 220 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6390 Usingen, 22. 12. 1975 Amtsgericht

268

2 K 26/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Rod am Berg, Band 16, Blatt 558, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Rod am Berg, Flur 5, Flurstück 142/13, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 24, Größe 13,67 Ar.

soll am Donnerstag, dem 15. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts. Weilburger Str. 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. Mai 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Architekt Willi Hoffmann in Frankfurt/M.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 186 760 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6390 Usingen, 19. 12. 1975 Amtsgericht

269

2 K 51/74 — Beschluß: Die im Grundbuch von Oberlauken, Band 14, Blatt 464, auf den Namen von Josef Kunkel, Oberlauken, eingetragenen ½ Grundstücksanteile an den eingetragenen Grundstücken:

lfd. Nr. 62, Gem. Oberlauken, Flur 6, Flst. 43, Ackerland, Hollerstück, Größe 133,60 Ar,

lfd. Nr. 63, Gem. Oberlauken, Flur 7, Flst. 43, Ackerland, Steinritz, Größe 137,50 Ar.

lfd. Nr. 64, Gem. Oberlauken, Flur 8, Flst. 35, Ackerland, Pfaffenbusch, Größe 184,85 Ar,

184,85 Ar, Ifd. Nr. 66, Gem. Oberlauken, Flur 9, Flst. 18, Grünland, Im Breitenbach, Größe 108,90 Ar,

lfd. Nr. 67, Gem. Oberlauken, Flur 10, Flst. 19, Ackerland, Lohnwiese, Größe 4,60 Ar, Grünland, daselbst, Größe 36,40 Ar,

lfd. Nr. 70, Gem. Oberlauken, Flur 11, Flst. 19, Ackerland, Grünland, Bornstück, Größe 31,63 Ar, Grünland, daselbst, Größe 11,70 Ar,

1fd. Nr. 71. Gem. Oberlauken, Flur 8, Flst. 37, Hof- und Gebäudefläche Lindenhof, Größe 18.00 Ar, Ackerland, daselbst, Größe 124,60 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 8. April 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen Ts., Weilburger Straße 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer bezüglich der genannten ¹/₂-Grundstücksanteile am 12. Dezember 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Josef Kunkel in Oberlauken. Der Wert der ½-Grundstücksanteile ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

 1/a
 Anteil, Grst. Nr. 62
 4 809.60 DM,

 1/a
 Anteil, Grst. Nr. 63
 3 575,— DM,

 1/a
 Anteil, Grst. Nr. 64
 6 654.60 DM,

 1/a
 Anteil, Grst. Nr. 66
 2 178,— DM,

 1/a
 Anteil, Grst. Nr. 67
 655,— DM,

 1/a
 Anteil, Grst. Nr. 70
 693,30 DM,

 1/a
 Anteil, Grst. Nr. 71
 175 000,— DM,

Der Wert des Zubehörs (1/2 Anteil des Josef Kunkel zu dem Grundstück lfd. Nr. 71) ist auf 22 420,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsverstelgerungen" wird hingewiesen.

6390 Usingen, 15. 12. 1975 Amtsgericht

270

61 K 38/75: Beschluß: Das im Grundbuch von Igstadt, Band 65, Blatt 1748, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 31, Flurstück 13.71, Bauplatz (lt. Ortsgericht = Reihenhaus), Zum Golzenberg 32, Größe 1,54 Ar,

soll am 10. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvoilstreckung versteigert werden.

Eingetragene Elgentümer am 28. 8. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Wolfgang und Karola Wittenberg, geb. Beaury, in Wiesbaden-Igstadt — zu ie 1/12 —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 145 000,—Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 23, 12, 1975 Amtsgericht

271

61 K 24/75 — Beschluß: Das im Grundbuch von Medenbach, Band 38, Blatt 1038 eingetragene Grundstück Gemarkung Medenbach,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 202, Hofund Gebäudefläche Spessartstr. 7, Größe 12,86 Ar, Verkehrswert 1076 800,— DM,

und der 1/2 Mitelgentumsanteil an den Grundsfücken lfd. Nr. 2 zu 1, Flur 4, Flursfück 205, Weg

Bauernheck, Größe 3,21 Ar, Verkehrswert 6400 DM, lfd. Nr. 3 zu 1, Flur 4, Flurstück 206,

Parkfläche Bauernheck, Größe 2,94 Ar, Verkehrswert 5900,— DM,

sollen am 23. März 1976, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 3. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Arnim Kloth in Medenbach.

Der Wert des Grundstücks bzw. der Grundstücksdrittel ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie oben angegeben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 24, 12, 1975 Amtsgericht

272

1 K 672: Das im Grundbuch von Ermschwerd, Band 17, Blatt 323, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ermschwerd, Flur 6, Flurstück 24/2, Hof- und Gebäudefläche, Ziegenhagener Landstraße 208, und Ackerland, daselbst, Größe 18,71 Ar.

soll am 8. März 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, durc Zwangsvollstreckung versteigert werden. durch

Eingetragene Eigentümer am 9. 3. bzw. 17. 8. 1972 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Klempnermeister Hans Bittner und

b) dessen Ehefrau Helga Bittner, geb. Hof-

in Ermschwerd - je zur ideellen Hälfte. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 118 400,- DM fest-

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3430 Witzenhausen, 5. 1. 1975 Amtsgericht

273

2 K 34/73 - Beschluß: Das im Grundbuch von Balhorn, Band 36, Blatt 1117, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Balhorn, Flur 4, Flurstück 158, Bauplatz, Simmenhausen, Größe 7,85 Ar,

soll am 16. März 1976, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wolfhagen, Zimmer 13. Zwangsvollstreckung versteigert

Eingetragener Eigentümer am 22. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Baustoffhändler Herbert Schwittek, Bochum, Robertstraße 105.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a

Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 12 700,— DM. Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte "Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3549 Wolfhagen, 19. 12. 1975 Amtsgericht

274

Andere Behörden und Körperschaften

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1975 des Umlandverbandes Frankfurt

Auf Grund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103, 164), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1973 (GVBl. I S. 161) hat der Verbandstag am 9. 12. 1975 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

est to a large to the second set in the second seco

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1975 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	760 (000, DM
in der Ausgabe auf		000,— DM
im Vermögenshaushalt		
in der Einnahme auf	302	310,— DM
in der Ausgabe auf	302	310, DM
in der Einnahme auf		

festgesetzt.

Kredite werden nicht veranschlagt.

8 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

Kassenkredite werden nicht beansprucht.

Die Festsetzung von Steuern entfällt.

§ 6

Es gilt der von dem Verbandstag am 9. Dezember 1975 beschlossene Stellenplan.

§ 7

Die Verbandsumlage wird gemäß § 15 UFG in Verbindung mit § 35a FAG auf 760 000,— DM festgesetzt.

6000 Frankfurt (Main), 10. 12. 1975

Umlandverband Frankfurt Der Verbandsausschuß gez. Schubert Beigeordneter

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1975 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach § 35a Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 1. Juli 1975 (GVBL I S. 156) in Verbindung mit § 15 des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt vom 11. September 1974 (GVBl. I S. 427) erforderliche Genehmigung der Aussichtsbehörde zu der Festsetzung in dem § 7 ist ortollt erteilt.

Sie hat folgenden Wortlaut:

Gemäß § 35a Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 1. Juli 1975 (GVBl. I S. 156) in Verbindung mit § 15 des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt vom 11. September 1974 (GVBl. I S. 427) genehmigen wir für das Haushaltsjahr 1975 die vom Verbandstag des Umlandverbandes Frankfurt am 9. Dezember 1975 beschlossene Verbandsumlage

in Höhe von 760 000,- DM unter der Voraussetzung, daß die Aufteilung der Verbandsumlage auf die Verbandsmitglieder nach der dem Bericht vom 15. 12. 1975 beigefügten Aufstellung über die Verteilung der Verbandsumlage zugrunde gelegt wird. Diese Aufstellung ist mit der Genehmigung zu veröffentlichen.

Der Hessische Minister des Innern Im Auftrag gez. Jordan

Der Hessische Minister der Finanzen Im Auftrag gez. Horn

Die Aufstellung über die Festsetzung der Umlagesätze für die Verbandsmitglieder ist als Anlage 1 beigefügt.

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme vom 26. 1. 1976 bis 30. 1. 1976 und vom 2. 2. 1976 bis 6. 2. 1976 bei der Geschäftsstelle des Umlandverbandes Frankfurt, Sitz im Rathaus der Stadt Frankfurt am Main, Bethmannstraße 3, Zimmer 210, während der allgemeinen Bürostunden zwischen 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr öffentlich aus.

6000 Frankfurt (Main), 9. 1. 1976

Umlandverband Frankfurt Der Verbandsausschuß gez. Schubert Beigeordneter

Anlage 1

Aufstellung über die Festsetzung der Umlagesätze für die Verbandsmitglieder

Umlage des Umlandverbandes Frankfurt für das Rechnungsjahr 1975 (Anlage zum Schreiben vom 15. 12. 1975)

Dem Umland-		Erhöhte	Umlagegrundlagen				
	verband ange- hörende kreis- freie Städte und kreisangehöige Gemeinden	Kreis	Einwoh- nerzahl gemäß Bo- gen A, FA 1975 Sp. 3	°/o	Umlagegrund- lagen gemäß Bogen A, FA 1975, Sp. 95 und 96	*/ 6 ,	
	. 1	2	3	4	5	6	
	Frankfurt	Stadt	671 491	44,00	521 279 454	57,25	
	Offenbach	Stadt	120 172	7,88	70 809 953	7,78	
	Nieder-Roden	Dieb.	11 306	0.74	4 137 720	0,45	
	Ober-Roden	Dieb.	10 422	0.68	3 558 586	0,39	
	Urberach	Dieb.	8 439	0,55	3 138 636	0,34	
	Kelsterbach	Gr. Ger.	15 421	1,01	11 065 709	1,22	
	Friedrichsdorf	Hoch-Ts.	17 391	1,14	6 439 693	0,71	
	Glashütten	Hoch-Ts.	4 484	0,29	1 244 211	0,14	
	Grävenwiesbach	Hoch-Ts.	3 737	0,25	1 141 768	0,13	
	Homburg v.d.H.	Hoch-Ts.	51 758	3,39	26 309 568	2,89	
	Königstein	Hoch-Ts.	16 132	1,06	6 364 735	0,70	
	Kronberg	Hoch-Ts.	17 170	1,13	7 509 538	0,82	
	Neu-Anspach	Hoch-Ts.	6 477	0,42	2 314 879	0,25	
1	Oberursel	Hoch-Ts.	40 224	2,64	16 298 777	1,79	
	Schmitten	Hoch-Ts.	6 810	0,45	2 505 594	0,28	
	Steinbach	Hoch-Ts.	9 810	0,64	3 102 326	0,34	
	Usingen	Hoch-Ts.	9 398	0,62	2 935 060	0,32	
	Wehrheim	Hoch-Ts.	6 476	0,42	1 929 103	0,21	
	Weilrod	Hoch-Ts.	5 108	0,33	1 406 745	0,15	
	Bergen-Enkheim	Main-Kinz.	15 182	1,00	7 205 040	0,79	
1	Maintal	Main-Kinz.	36 115	1,00	13 114 561	1,44	

			Umlage	grundlagen	
Dem Umland- verband ange- hörende kreis- freie Städte und kreisangehöige Gemeinden	Kreis	Erhöhte Einwoh- nerzahl gemäß Bo- gen A, FA 1975 Sp. 3	9/8	Umlagegrund- lagen gemäß Bogen A, FA 1975, Sp. 95 und 96	*/*
1	2	3	4	5	6
Altenhain	Main-Ts.	1 531	0,10	421 902	0,05
Bremthal	Main-Ts.	3 120	0,20	837 098	0,09
Ehlhalten	Main-Ts.	920	0,06	209 117	0,02
Eppstein	Main-Ts.	2 523	0,17	885 136	0,10
Eschborn	Main-Ts.	18 020	1,18	7 770 863	0,85
Fischbach	Main-Ts.	4 638	0,30	1 358 095	0,15
Hattersheim	Main-Ts.	22 031	1,44	7 527 480	0,83
Hofheim	Main-Ts.	27 236	1,79	10 367 625	1,14
Kelkheim	Main-Ts.	17 747	1,16	7 237 258	0,79
Kriftel	Main-Ts.	7 931	0,52	2 844 602	0,31
Liederbach	Main-Ts.	5 596	0,37	2 598 050	0,29
Neuenhain	Main-Ts.	5 528	0,36	1 574 219	0,17
Rossert	Main-Ts.	2 39?	0,19	879 309	0,10
Schwalbach	Main-Ts.	14 629	0,96	8 552 139	0,94
Soden Bad-	Main-Ts.	10 402	0,68	5 955 542	0,65
Sulzbach	Main-Ts.	6 436	0,42	4 429 382	0,49
Vockenhausen	Main-Ts.	2 044	0,13	631 08 3	0,07
Wallau	Main-Ts.	2 854	0,19	921 573	0,10
Wildsachsen	Main-Ts.	1 011	0,07	248 716	0,03
Buchschlag	Off.	3 106	0,20	3 145 473	0,35
Dietzenbach	Off.	19 500	1,28	7 586 227	0,83
Dreieichenhain	Off.	7 886	0,52	3 365 342	0,37
Dudenhofen	Off.	5 365	0,35	1 789 027	0,20
Egelsbach	Off.	8 352	0,55	3 214 407	0,35
Froschhausen	Off.	3 100	0,20	927 193	0,10
Götzenhain	Off.	4 661	0,31	1 706 827	0,19
Hainhausen	Off.	2 667	0,18	770 826	0,08
Hainstadt	Off.	6 784	0,44	2 202 535	0,24
Hausen	Off.	9 691	0,64	4 562 129	0,50
Heusenstamm	Off.	14 417	0,94	6 119 C50	0,57
Jügesheim	Off.	8 556	0,56	3 142 849	0,35
Kl. Krotzenburg	Off.	5 884	0,39	2 017 465	0,2
Klein Welzheim	Off.	2 273	0,15	702 020	0,0
Lämmerspiel	Off.	3 874	0,25	1 259 889	0,14
Langen	Off.	31 296	2,05	13 579 444	1,49
Mainflingen	Off.	3 056	0,20	1 043 680	0,1
Mühlheim	Off.	22 729	1,49	8 378 710	0,9
Neu-Isenburg	Off.	36 213	2,37	25 711 806	2,8
Obertshausen	Off.	10 205	0,67	5 660 397	0,6
Offenthal	Off.	8 090	0,20	817 872	0,0
Rembrücken	Off.	2 192	0,14	665 288	0,0
. Seligenstadt	Off.	12 336	0,81	4 967 637	0,5
Sprendlingen	Off.	22 410	1,47	11 475 641	1,2
Weiskirchen	Off.	4 988	0,33	1 753 742	0,1
Zellhausen	Off.	3 816	0,25	1 249 186	0,1
Zeppelinheim	Off.	1 687	0,11	2 630 818	0,2
Vilbel Bad-	Wetterau	2 5 2 27	1,65	11 086 251	1,2
		1 525 978	100,00	910 593 476	100,0

Die Verbandsumlage für das Rechnungsjahr 1975 wurde auf 760 000,— DM festgesetzt. Gemäß § 35a FAG in der Fassung vom 1. Juli 1975 wird die Umlage aufgebracht:

380 000,— DM im Verhältnis zu Sp. 4 und 380 000,— DM im Verhältnis zu Sp. 6.

Für die Richtigkeit:

gez. Schubert Beigeordneter

275

Der Abwasserverband Bergstraße — Sitz Weinheim sucht für seine auf ca. 200 000 Einwohnergleichwerte ausgerichtete Verbandskläranlage einen

Betriebsleiter

Gewünscht wird ein Bauingenieur (grad.) der Fachrichtung Siedlungswasserwirtschaft mit langjähriger Erfahrung auf dem Gebiet der Abwassertechnik mit Kenntnissen im kommunalen Verwaltungs- und Rechnungswesen.

Aufgabe: Betriebsleitung und -organisation der Verbandskläranlage, Pumpwerke und Zuleitungssysteme, sowie Rogenüberlaufbecken und Mitarbeit in der Geschäftsführung des Verbandes.

Der Abwasserverband beabsichtigt, seine Verbandskläranlage im Sommer 1977 in Betrieb zu nehmen.

Die Einstellung des Betriebsleiters soll jedoch bereits am 1. April 1976 erfolgen.

Bei Anstellung im Angestelltenverhältnis ist eine Vergütung bis BAT II möglich; bei Vorliegen der Voraussetzungen zur Anstellung als Beamter hat die Verbandsversammlung die Schaffung einer Stelle nach A 13 (gehobener Dienst) bereits beschlossen.

Bewerbungen sind unter Beifügung der üblichen Unterlagen mit Lichtbild bis spätestens 10. 2. 1976 an den Abwasserverband Bergstraße, 694 Weinhelm, Rathaus (Postfech 1769) zu richten.

6940 Weinheim, 7, 1, 1976

Der Verbandsvorsitzende: gez. G i e 3 e i m a n n Oberbürgermelster

276

Oberinspektorin (26)

in größerer Kommunalverwaltung, mit speziellen Kenntnissen (5jährige praktische Tätigkeit) im Sicherheits- und Ordnungsrecht sowie Französisch- und Englischkenntnissen (Abitur und VH-Zertifikat), sucht neuen Wirkungskreis mit Aufstlegsmöglichkeiten.

Zuschriften erbeten unter Nr. 3/76 an den Staatsanzeiger für das Land Hessen, 6200 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42.

ALLGEMEINE BERGVERORDNUNG

FÜR DAS LAND HESSEN - ABV - VOM 6. 6. 1969 Herausgeber: Hessisches Oberbergamt

Textausgabe mit Sachverzeichnis

Sonderdruck aus dem Staats-Anzeiger für das Land Hessen – 128 Seiten Format 120 x 170 mm – Umschlag gellochaniert – Preis DM 3,- einschl Versandkosten u. 5.5% Mwst

Zu beziehen bei

BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN GmbH & Co KG — 62 Wiesbaden, Wilhelmstrafte 42, Postfach

Der "Staatsanzeiger für das Land Hessen" erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 21,30 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Herausgeber Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktioneilen inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den Offentlichen Anzeiger Peter Chudoba. Verlag: Buchund Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, 62 Wiesbaden, Postfach 2229. Postscheck konto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bank konto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 143 600. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, 52 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Telefon Sa.-Nr. 33671 (Telefonische Anfragen zu Anzeigen: Telefon 061226071). Fernschreiber 04 186648 Der Preis von Einzelstücken beträgt DM 5,00 Im Preis sind die Versandspesen und 5,3 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Positscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 14360-603. Anzeigenschluß: 7 Tage vol Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 12 vom 1. 7. 1875.